

NEUE ZEIT

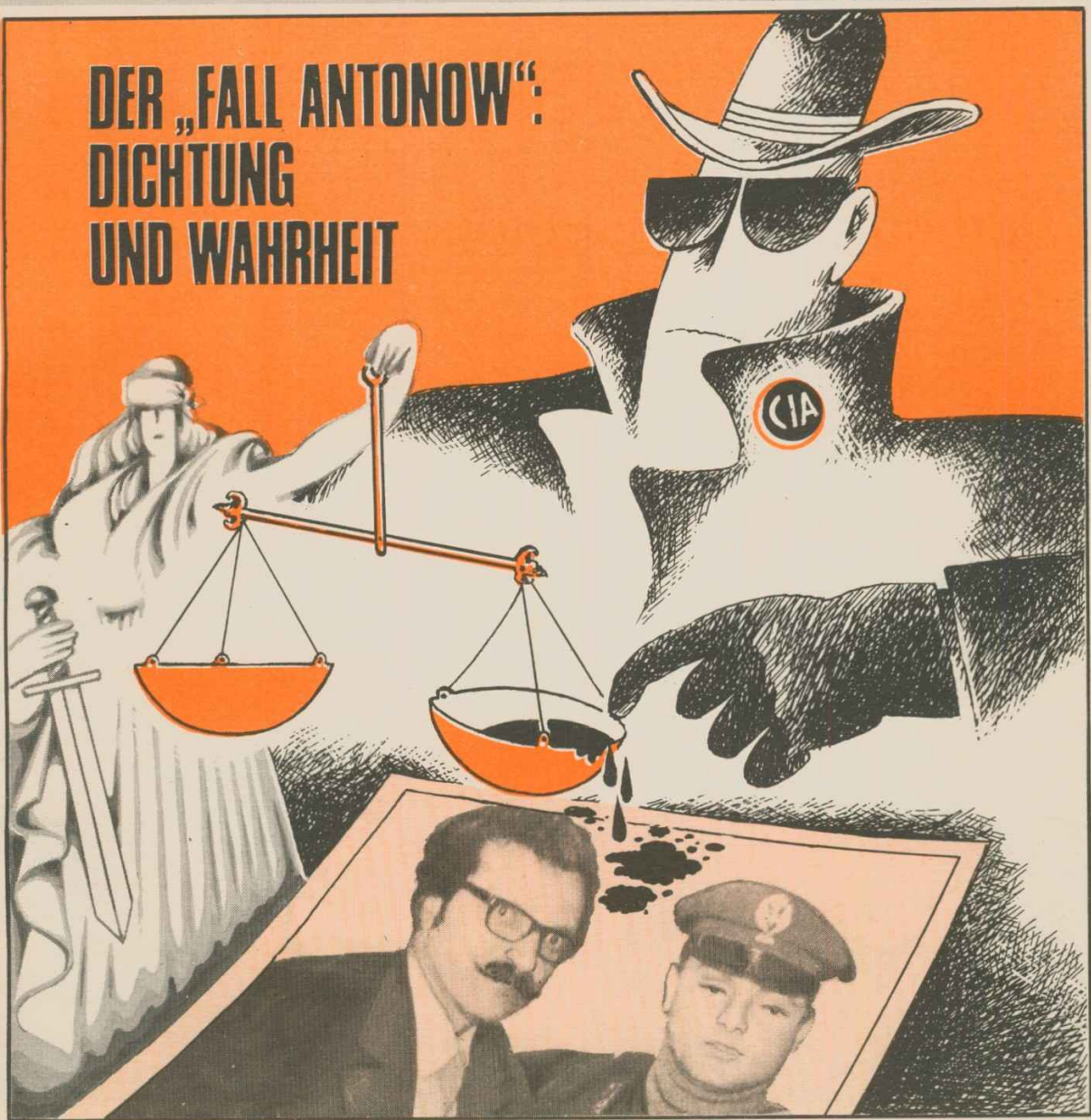
JANUAR 1985

2 auf-
genommen

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

DER „FALL ANTONOW“: DICHUNG UND WAHRHEIT



DAS MUSEUM KUSKOWO

In einem Außenbezirk Moskaus befindet sich eine architektonische und künstlerische Denkwürdigkeit aus dem 18. Jh.: das Schloß Kuskowo. Dort sind unlängst Restaurationsarbeiten beendet worden. Architekten und Maler haben allen Räumen des aus den Jahren 1769—1775

stammenden Schlosses ihr ursprüngliches Aussehen wiedergegeben. Sie sind schön und erlesen ausgestaltet: mit Stuckgirlanden, feinen Holzschnitzereien, kunstvoller Marmorimitation, vielfarbigem Parkett, Kachelöfen, Möbeln mit Schnitzwerk und Vergoldungen, Spiegeln und Kristallkronleuchtern. Kuskowo war für sein hervorragendes Theater berühmt. Die Schauspieler, Musiker und Verfasser

vieler Stücke waren Leibeigene des Grafen Scheremetjew.

Im Jahre 1932 wurde das Porzellan- und Glasmuseum in Kuskowo untergebracht, und 1938 wurde dort ein Staatliches Keramikmuseum eröffnet. Neben Sammlungen russischen Porzellans aus dem 18. und 19. Jh. sind dort sowjetische Keramiken zu sehen. Die Sammlung von „Agitationsporzellan“ ist



Das Schloß



Zeichnungen:
R. Iwanow

Die Eingangshalle



Der Pavillon
„Ermitage“

Die große
Orangerie

eine der größten in der UdSSR. Mit ihren energischen Linien und prägnanten Farben preisen diese Stücke die Errungenschaften der Oktoberrevolution. Tiefen Eindruck hinterlassen die Arbeiten zum Thema des Großen Vaterländischen Krieges.

Die moderne Keramik ist im Museum mit einmaligen Werken führender Meister der größten Porzellan- und Fayencefabriken des Landes sowie mit Arbeiten namhafter Keramikünstler vertreten.



Die Kirchenkuppel
wird restauriert



EFFEKTIVERE ARBEIT ZUM WOHL DES VOLKES

Der bedeutende proletarische Schriftsteller Maxim Gorki hat einmal den Gedanken geäußert, die Kapitalisten machten so viel von der hohen Arbeitsproduktivität her, als hätten sie die Milch erfunden, während sie tatsächlich lediglich die Methoden zum Kühemelken perfektioniert haben. Will man bei diesem Bild bleiben, muß man sagen, daß die Kapitalisten von heute, wenn sie die Produktivkräfte der Gesellschaft als melkbare Kuh ansehen, noch immer die Möglichkeiten perfektionieren, nicht nur Milch, sondern auch alles andere aus ihr herauszupressen.

Die sozialistische Wirtschaft ist ebenfalls an der Entwicklung ihrer Produktivkräfte interessiert, die bekanntlich die Produktionsmittel und die in der Produktion beschäftigten Menschen einschließen. Wir streben ständig nach Effektivität der Produktion, nach Hebung der Arbeitsproduktivität. Der gesellschaftliche Reichtum, dessen gerechte Verteilung den Sozialismus so deutlich vom Kapitalismus unterscheidet, läßt sich schließlich nur durch Arbeit erhöhen. Wir haben keine Arbeitslosigkeit zu fürchten, die Arbeitsproduktivität wird nicht dadurch gehoben, daß der Werktätige Angst hat, ohne Existenzmittel bleiben, den Wohnraum verlieren oder seine Kinder ohne Ausbildung lassen zu müssen und daß er selbst im Alter oder beim Verlust der Erwerbsfähigkeit ohne Pflege und soziale Hilfe bleibt. Dazu wurde ja der Sozialismus errichtet, damit seine Bürger niemals eine derartige Angst verspüren. Wir haben andere Anreize zur Arbeitsproduktivität als der Kapitalismus; sie reichen völlig aus, um es dem ersten Land des Sozialismus in der Geschichte zu ermöglichen, alle Unbilden der kapitalistischen Umgebung zu überstehen. Übrigens nicht nur zu überstehen, sondern auch — in vollem Einklang mit den gegenwärtigen ökonomischen Möglichkeiten — die Spitzenposition in der Arbeitsproduktivität anzusteuern.

Das neue Jahr steht für die Werktätigen der Sowjetunion im Zeichen der Vorbereitung auf den XXVII. Parteitag der KPdSU. Parteitage waren stets Marksteine auf dem Weg des Aufbaus. Der bevorstehende wird außerdem noch durch ein besonderes Merkmal gekennzeichnet sein. Er wird

den Entwurf des Parteiprogramms diskutieren und beschließen. Die Entwicklung der Wirtschaft in unserem Land ist an einem Punkt angelangt, wo **qualitative Fortschritte und Veränderungen** notwendig und unausbleiblich sind. Notwendig, weil man, um voranzukommen, die gigantisch ausge dehnte Produktion nicht nur erweitern, sondern erneuern muß. Unausbleiblich, weil die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Intensivierung der Produktion geschaffen wurden.

An der Perspektivdiskussion beteiligen sich nicht nur Millionen Mitglieder der KPdSU, sondern breite gesellschaftliche Kräfte, alle die es wünschen. Ein westlicher Leser mag fragen, was es hier zu diskutieren gebe? In den kapitalistischen Industrieländern erreichen die Konzernherren, Ingenieure und das Management hohe Arbeitsproduktivität ohne überflüssige Diskussionen. In gewissem Sinne hat der Skeptiker recht: Im Westen steht die Gesellschaft abseits von Produktionsproblemen, da sie dort im Grunde überhaupt nicht mit den Aufgaben des allgemeinen Wohlstands im Zusammenhang stehen. Man fragt die Kuh nicht, welchen Melkapparat man ihr anlegen soll.

Unsere Arbeitseffektivität führt nicht zu "sozialen Spannungen", wie westliche Kommentatoren die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung, darunter auch die starke Unzufriedenheit der Werktätigen, bezeichnen. Im Gegenteil handelt es sich bei uns um eine gesellschaftliche Effektivität, die zum besseren Leben für alle führt. Was aber heißt besseres Leben? "Manchmal wird dieser Begriff sehr einseitig ausgelegt und voll und ganz auf höheren Lohn, höheres Einkommen, höheres Konsumniveau beschränkt", schreibt Konstantin Tschernenko im Dezemberheft der Zeitschrift "Kommunist". "Es gibt ... eine Menge geistige, moralische und psychologische Werte, die der sowjetische Mensch nicht weniger, vielleicht sogar mehr schätzt als materielle Güter. Ist deine Arbeit interessanter geworden, findest du mehr Achtung im Kollektiv, ist im Betrieb eine gute kollegiale Atmosphäre entstanden — das sind ein paar willkürlich herausgegriffene Nenner, deren Summe bereits das ergibt, was in den Begriff 'besser leben' hineingelegt wird. Dazu kann und muß man aber natürlich noch viele andere Erfolge, Leistungen und Freuden hinzufügen, die jeder in seinem persönlichen Leben anstrebt und die wir alle gemeinsam im großen einheitlichen Leben unserer Gesellschaft erreichen wollen."

Die vor der sowjetischen Gesellschaft stehenden Aufgaben sind der beste Beweis dafür, daß der Sozialismus nicht an internationalen Spannungen interessiert ist und es wahrlich nicht sein kann. Der globalen außenpolitischen Strategie unseres Landes liegt nach wie vor der Gedanke Lenins zugrunde: Unseren wichtigsten Einfluß auf die Weltentwicklung, auf die Weltgeschichte üben wir durch unsere wirtschaftlichen Erfolge aus.

Die internationale Atmosphäre ist gegenwärtig so gespannt, daß sich kein Land in Sicherheit wiegen kann. Ein Krieg würde die ganze Welt erfassen. Die Hauptaufgabe der Menschheit ist es, eine Veränderung der Weltlage zu erreichen. Die im Wettrüsten verborgenen Wurzeln des Bösen müssen ausgeremert werden. Außer allem anderen vertieft es schließlich die wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche in den kapitalistischen und den Entwicklungsländern. Die ungeheuren Summen, die das Wettrüsten heute verschlingt, würden für friedliche Zwecke genutzt, und die vollständige Abrüstung böte weitreichende Möglichkeiten für einen ungeheuren wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Das riesige Heer der Wissenschaftler und Experten, die im militärischen Bereich beschäftigt sind, würde freigesetzt, außerdem trüge die Abrüstung zum Abbau der Steuerlasten in den verschiedenen Staaten bei, was eine Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung und zunehmende Beschäftigung bedeutete. Das alles würde es gestatten, die Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer zu erhöhen und insbesondere Mittel zur Krankheitsbekämpfung aufzubringen.

B. S. BHATNAGAR
Agra, Indien

Schon lange wollte ich meine Gedanken zur Politik Japans darlegen. Ich bin jetzt über 60 Jahre alt. Meine Jugend fiel in die Zeit, in der mein Land französische Kolonie war. Wie die meisten meiner Landsleute litt ich darunter, daß meine Heimat versklavt war. Damals blickte ich begeistert auf Japan, als auf das einzige asiatische Land, das den Weißen, die die gelben Völker Asiens knechten, widerstehen kann. Erst nach der Niederlage Japans 1945, nach der Augustrevolution in Vietnam, als ich dank den Kommunisten die Wahrheit erkannte, begriff ich, daß in der Welt nicht Rassen — die weiße, gelbe oder schwarze —, sondern Klassen einander gegenüberstehen. Und daß in allen Ländern Unterschiede zwischen den Interessen der Volksmassen und der herrschenden Klassen gemacht werden müssen. Nach seiner Niederlage beschloß Japan eine neue Verfassung, die das Führen von Kriegen verbot. Ich sagte mir damals: Wie jeder einzelne Mensch muß auch ein Volk vieles durchleben, um andere in Not geratene Völker zu verstehen. Die in jüngster Zeit aus Japan kommenden Meldungen müssen jedoch verwundern und aufhorchen lassen: Japan rüstet wieder auf, wird zum "unversenkbar Flugzeugträger", die japanische Kriegsmarine will die Schiffsstraßen in Umkreis von 1000 Meilen vor der japanischen Küste "verteidigen". Warum geschieht das alles? Hat etwa die japanische herrschende Klasse die Lehren der jüngsten Vergangenheit vergessen?

LE TRUNG LE
Cuu Long, Vietnam

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 2 JANUAR 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Effektive Arbeit zum Wohl des Volkes (Wort des Redakteurs)	1
Botschaft Konstantin Tschernenkos an die vietnamesischen Leser	3
I. Frolow — Friedensstrategie gegen Kriegsgefahr	4
D. Sgerski — UdSSR—Türkei. In den Traditionen der guten Nachbarschaft	6
Pen Navouth — Kampuchea. Lernen und aufbauen	6
L. Shegalow, A. Usatow — Indien. Mandat für 5 Jahre	8
M. Wladimirow — Neuseeland. Sie lassen sich nicht erpressen	10
V. Gustschin — Wo mündet das „Gesicker“? (NZ-Standpunkt)	11
G. Galperin — Äthiopien. Spekulationen um die Hilfe	12
W. Dolgow — Kesselfreien in Mittelamerika	14
K. Nagas — „Die drei nichtnuklearen Prinzipien einhalten“ (Interview)	14
Notizen ♦ Glossen	16
F. Gorjunow — Im Zeichen des Superdollars (Kapitalistische Wirtschaft 1984)	18
L. Makarewitsch — Bestelltes Getrommel (Hinter den Kulissen)	22
G. Rosanow — Ein Gebot der Nuklearära: umdenken (Das politische Buch)	27
M. Taratuta — Zwei Stimmen — ein Lied	28
G. Sidorowa — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der "Fall Antonow" war von Anfang an von einer Kette rätselhafter Zufälle begleitet, die sich kaum als solche bezeichnen lassen. Jede Wende in der Untersuchung des Attentats auf den Papst begann und endete zu einem genau festgelegten Zeitpunkt, nämlich dann, wenn Washington das nötig hatte (S. 22).

Titelbild: N. Stscherbakow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

BOTSCHAFT KONSTANTIN TSCHERNENKOS AN DIE VIETNAMESISCHEN LESER

Der Verlag "Su That" hat das Buch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Tschernenko, "Fragen der Tätigkeit der Partei- und Staatsapparates" in vietnamesischer Sprache herausgegeben.

Im Zusammenhang damit veröffentlichten die Zentralorgane eine Botschaft Konstantin Tschernenkos an die vietnamesischen Leser.

Mit tiefer Genugtuung erfülle ich die Bitte, ein Vorwort zur vietnamesischen Ausgabe meines Buches "Fragen der Tätigkeit der Partei- und Staatsapparates" zu schreiben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich vor allem den vietnamesischen Kommunisten und allen Werktätigen Vietnams, mit denen die sowjetischen Menschen Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und der Solidarität verbinden, meine herzlichsten Grüße übermitteln.

Der Leser wird erkennen, daß das ihm vorliegende Buch einen bedeutenden Zeitabschnitt im Leben der KPdSU und des Sowjetstaates erfaßt. Als roter Faden zieht sich der Gedanke durch dieses Buch, daß es notwendig ist, die Wirksamkeit der Partei- und Staatsarbeit zu erhöhen und ständig für die Vervollkommenheit ihres Stils und ihrer Methoden zu sorgen.

Selbstverständlich müssen unsere Erfahrungen durch das Prisma der Geschichte betrachtet werden. Heute löst das sowjetische Volk Aufgaben der Vervollkommenheit der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus. Die Schaffung dieser Gesellschaft ist das Resultat der heldenhaften, aufopferungsvollen Arbeit mehrerer Generationen von Arbeitern, Bauern, der Volksintelligenz sowie der vielfältigen Tätigkeit der KPdSU.

Heute ist unsere mehr als 18 Millionen Mitglieder starke Kommunistische Partei der anerkannte politische Vortrupp nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen sowjetischen Volkes. Die KPdSU erarbeitet die wissenschaftlich begründete Strategie der Entwicklung des Landes, entscheidet weitgesteckte Aufgaben politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und Verwaltungscharakters.

Jede Etappe unserer Vorwärtsentwicklung wirft eigene, manchmal sehr komplizierte Probleme auf. Auch hier war und bleibt unser Leitstern stets der Marxismus-Leninismus. Die Leninsche revolutionäre Lehre, die Leninsche Methodologie helfen unserer Partei bei der erfolgreichen Lösung der vom Leben gestellten Probleme.

Die sowjetischen Kommunisten messen ihre tägliche Arbeit an den Geboten Lenins, halten sich für verpflichtet, dem Leninschen Stil zu folgen und ihn in ihrer Tätigkeit durchzusetzen. Eine der Hauptaufgaben unserer Partei und ihres Zentralkomitees ist es, die Arbeit der Partei ständig zu verbessern, für die Festigung der sozialistischen Disziplin, gegen Bürokratismus und alles zu kämpfen, was die Vorwärtsbewegung behindert.

Die langjährigen Erfahrungen haben uns davon überzeugt, daß der Erfolg unserer Sache in hohem Maße von der ideologischen Überzeugung, der Aktivität, der moralischen Sauberkeit der Partei- und Staatskader, von ihrer Verantwortungsbewußtheit, kollegialen Arbeit abhängt. Deshalb schenken wir der Auswahl, dem Einsatz und der Erziehung unserer Kader große Aufmerksamkeit. Das müssen Menschen sein, die den Ideen des Marxismus-Leninismus ergeben und, wie Lenin sagte, mit Tausenden Fäden mit den Massen verbunden sind, Menschen, die sich durch gute organisatorische Fähigkeiten, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit auszeichnen.

Wir wissen, daß die vietnamesischen Kommunisten und alle Werktätigen der Republik die Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung unter Bedingungen lösen, die sich von unseren unterscheiden. Doch wir haben gemeinsame Ziele und Ideale. Wie in Fragen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus verbinden die KPdSU und die KP Vietnams, die Sowjetunion und Vietnam auch bei der Lösung der außenpolitischen Aufgaben klare Klassenpositionen und internationale Solidarität.

Wir sind an Ihren Angelegenheiten, liebe vietnamesische Freunde, sehr interessiert, wissen von den nicht geringen Leistungen und den Schwierigkeiten, die Ihr Land zu

überwinden hat. Ich bin überzeugt, daß das einheitliche sozialistische Vietnam stark und blühend werden wird. Dazu haben Sie wichtige Voraussetzungen: reiche Bodenschätze und ein günstiges Klima, ein gutes Produktionspotential und die Hilfe der Freunde. Und natürlich in erster Linie die Volksmacht und die standfesten, fleißigen Menschen, die die Fesseln der Ausbeutung für immer abgeschüttelt haben und bewußt an einem neuen, freien Leben bauen. Ihnen fehlt es nicht an Entschlossenheit, die Sache der Augustrevolution zu verteidigen und weiterzuentwickeln, deren 40. Jahrestag 1985 auch die sowjetischen Menschen, alle Freunde Vietnams zusammen mit den Werktätigen der SRV begehen werden.

Mit den vietnamesischen Genossen verbindet uns die einheitliche Beurteilung der gegenwärtigen Weltlage. Die Feinde des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus schüren die Spannungen. Sie betreiben ein unaufhaltsames Wettrüsten, entwickeln eine immer raffiniertere Kriegstechnik, greifen zu grober Erpressung und zum Druck auf unabhängige Staaten. Doch sie stoßen auf den erstarkenden Friedenswillen der Völker, auf eine die ganze Welt umfassende Aktivität der Kräfte, die entschlossen sind, den Untergang der Menschheit durch eine nukleare Katastrophe nicht zuzulassen und Recht und Freiheit der Völker zu verteidigen.

Es gibt heute keine wichtigeren Probleme, als einen Weltkrieg zu verhüten und das imperialistische Wettrüsten einzudämmen. Die Geschichte hat dem Sozialismus eine verantwortungsvolle und edle Mission auferlegt: im Vortrupp des Kampfes für die Lösung dieser außerordentlich komplizierten und wichtigen Aufgaben zu stehen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Lösung sehen wir in der weiteren Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft, in der Vertiefung der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens der Bruderparteien und -staaten. Jedes unserer Länder leistet einen nicht geringen Beitrag zur großen Sache des Kampfes für Frieden und Fortschritt. Vereinen wir aber unsere Anstrengungen, erhöhen wir diesen Beitrag um ein vielfaches.

Die Sowjetunion unterstützt voll und ganz die Vorschläge Vietnams, Laos' und Kampuchéas zur Regelung der Lage in Südostasien. Die Verwandlung dieser Region in eine Zone des Friedens, der Stabilität und der guten Nachbarschaft wäre von großer Bedeutung für die Gesundung des politischen Klimas auf unserem Planeten.

Und noch etwas: Das Ihnen vorliegende Buch wurde bei uns Anfang 1982 herausgegeben. In dieser so dynamischen Zeit sind zweieinhalb Jahre keine geringe Frist. Das Leben tritt nicht auf der Stelle, es trägt seine Korrektiven in die gesellschaftliche Entwicklung, in Praxis, Stil, Formen und Methoden der Partei- und Staatsarbeit.

Viel Neues, Interessantes und Lehrreiches hat sich z. B. in dieser Zeit in der Arbeit unserer Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane im Zusammenhang mit der Durchführung des großangelegten ökonomischen Experiments in unserem Land ergeben, nämlich der Einführung der Brigadeaufträge, der Organisation von Agrar-Industrie-Vereinigungen, der Schaffung neuer territorialer Wirtschaftskomplexe, der Schulreform.

Wir sind in die unmittelbare Vorbereitung auf den XXVII. Parteitag der KPdSU eingetreten. Er wird den Entwurf des neuen Parteiprogramms zu diskutieren haben, in dem, unter Berücksichtigung des von uns erzielten Grades der sozialökonomischen Reife der neuen Gesellschaft die neuen Grenzen zur Vervollkommenheit des entwickelten Sozialismus, die Prinzipien der Tätigkeit der KPdSU, Stellung und Rolle der Partei im politischen System der sowjetischen Gesellschaft abgesteckt werden.

Die KPdSU wird auch künftig wie immer der Vervollkommenheit des Stils und der Methoden der Arbeit unverminderte Aufmerksamkeit schenken, um die werktätigen Massen im Kampf für den Aufbau der neuen Gesellschaft stets sicher anzuführen.

Ich wünsche dem vietnamesischen Volk große Erfolge beim sozialistischen Aufbau, wünsche jeder Familie im brüderlichen Vietnam Frieden und Glück.

FRIEDENSSTRATEGIE GEGEN KRIEGSGEFAHR

Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR
Iwan FROLOW

Wir Erdenbürger erleben jetzt eine schwere und bedrohliche Zeit. Die Menschheit mit ihrer Zivilisation, Kultur, Vernunft schwebt in der Gefahr, dem Nichts preisgegeben zu werden. Deshalb muß der globalen Kriegsgefahr eine globale Friedensoffensive entgegentreten.

Wie können wir gemeinsam den Frieden erhalten? Um das zu verstehen, muß man es lernen, aufeinander zu hören und einen fairen, interessierten Dialog über Probleme allgemeinschlichen, globalen Charakters zu führen. Zu ihnen gehört heute auch das Problem des Weltfriedens, der Verhütung eines nuklearen Infernos. Nur wenn wir den engen Zusammenhang aller Probleme der Welt, der vordringlichen und künftigen Anliegen der Menschheit erkennen, werden wir jene Richtung unseres Denkens und Handelns klarer sehen, die als globale Friedensstrategie an der Wende zum dritten Jahrtausend bezeichnet werden kann. Gewiß, das ist nur ein kleiner Abschnitt des praktisch unendlichen Lebensfadens der Menschheit. Aber dieser Faden kann jeden Augenblick — heute oder morgen — reißen. Deshalb müssen die Menschen der Erde auf die Frage nach dem Sein oder Nichtsein ohne Aufschub und fest antworten: Sein!

Potenzierter Wahnsinn

Heute genügt es nicht mehr, den Krieg zu verwerten. Ein thermonuklearer Weltkrieg schließt jede Form der menschlichen Existenz aus. Ehe es zu spät ist, muß er verhütet, aus dem Leben der Menschheit gebannt werden. Die Erkenntnis muß sich den Weg bahnen, daß heutzutage durch Krieg keine politischen, sozialen oder ideologischen Ziele zu erreichen sind, denn er würde unausbleiblich globale Ausmaße annehmen. Deshalb kann ein Nuklearkrieg nicht die Fortsetzung der Politik sein — wenn das keine manische Selbstmörderpolitik ist. Die Kriegspropaganda muß — wie in der

UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern — völlig ausgeschlossen sein. Alle Formen einer "wissenschaftlichen Begründung" von Kriegen sind einer vernichtenden Kritik auszusetzen.

Die bürgerlichen Propagandisten eines nuklearen Weltkrieges, von denen sich viele Wissenschaftler schimpfen, vertreten die Konzeption der Unvermeidbarkeit von Kriegen: Sie ergäben sich aus der aggressiven Menschennatur, seien auch auf die Unwissenheit der breiten Massen, ihre Neigung zu Gewalt und Fanatismus zurückzuführen. Der Faschismus, der den zweiten Weltkrieg vom Zaun brach, erprobte viele dieser Konzeptionen. Das Ergebnis ist bekannt.

Neben den konservativen Kriegstheorien gibt es noch "liberale" und sogar "kritische": Ihre Anhänger verweisen auf die dem Imperialismus eigenen aggressiven Züge, gelangen jedoch, die "sowjetische Bedrohung" vorschützend, zu antikommunistischen und antisowjetischen Schlüssen. Einige "Theoretiker" sehen in einem nuklearen Weltkrieg sogar die "radikale Lösung" der schweren globalen Probleme, eine Art reinigende Sintflut. Sie gehen auch weiter und erklären, das wahrscheinlichste Resultat eines allgemeinen Nuklearkrieges werde das weitere Wettrüsten zur Vorbereitung auf einen zweiten nuklearen Holocaust sein. Ein potenziert Wahnsinn!

Gewisse imperialistische strategische Doktrinen gehen von dem ungeheuren Postulat aus, der Sieg in einem Nuklearkrieg sei möglich. Bei aller Lächerlichkeit eines solchen Gedankens machen die Urheber solcher Doktrinen einen Vorbehalt: Heute kann der Sieg über den Gegner nicht verhindern, daß der Besiegte das Industriepotential, die Städte des Siegerlandes und unausdenkbare Menschenmassen vernichtet. Deshalb sei das Nuklearpotential nach Meinung einiger Strategen nur Mittel zur "gegenseitigen Abschreckung".

Bei der Einschätzung diverser Varianten des Kernwaffeneinsatzes betonen sie, daß maximal destabilisierend eine Konstellation ist, bei der die eine Macht die Möglichkeit eines Erstschlages hat, die andere aber nicht. Der stabilste Zustand sei, wenn die beiden Seiten relativ gleiche Möglichkeiten eines Zweitschlages haben und sich überdies zu ähnlichen Doktrinen bekennen. Das nehme den Seiten die Hoffnung auf den Sieg in einem möglichen Nuklearkrieg und bewirke ein "Gleichgewicht der Angst" als Verkörperung der "nuklearen Abschreckung". Viele westliche Strategen meinen, die Haupttriebkraft des nuklearen Wettrüstens sei die stürmisch vorwärtsdrängende Technologie, und sie bestimme die jeweilige Militärdoktrin, die ihr dienen solle.

Ein solcher Schluß bietet sich direkt an, wenn man die militärische Technologie verabsolutiert und die dubiose "Abschreckungskonzeption" vertritt. Entscheidend aber bleiben auch hier soziale Faktoren. Technik, technologische Kriegsmittel können, je mehr sie wachsen, nur zu sozialen Entscheidungen bewegen, die den Krieg aus dem Leben der Gesellschaft bannen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Gefährlichkeit eines Einsatzes der technischen Kriegsmittel für die Menschheit zunimmt. Mit der Zeit erreichen sie die absolute Grenze, d. h., daß ihr Einsatz kein Kriegsmittel mehr sein kann, würde er doch die Menschheit auslöschen.

Keine Waffen ins All

Besonders verhängnisvoll wird das Wettrüsten angesichts der Pläne, es auf den Weltraum auszudehnen. Deshalb ist der Kampf für friedlichen Weltraum ein überaus wichtiger Aspekt der heutigen und künftigen Antikriegsbewegung. Ihm gelten viele Initiativen und Vorschläge der UdSSR, namentlich die Tatsache, daß sie auf der 39. UNO-Vollversammlung die Frage "Über die Nutzung des Weltraums aus-

schließlich zu friedlichen Zwecken, zum Wohl der Menschheit" stellte.

Bekanntlich nahm die 39. UNO-Vollversammlung die Resolution "Verhütung des Wettrüstens im Weltraum" beinahe einstimmig an. Das einzige Land, das sich dabei der Stimme enthielt, waren die USA. Das ist verständlich, denn in der führenden Macht des Westens trägt man sich mit den wahnwitzigen Star-War-Plänen. Dort beruft man sich auf die "Notwendigkeit", der "sowjetischen Bedrohung" Paroli bieten zu müssen, darauf, daß die sozialistischen Länder angeblich das nukleare-Gleichgewicht stören. All diese Ausgangspunkte sind absolut falsch, denn **Sozialismus und Krieg sind unvereinbar**, erst recht, wenn es sich um einen Raketenkernwaffenkrieg handelt, der die Menschheit zu vernichten droht. Der grundsätzliche Kurs des Sozialismus ist Minderung und letztendlich völlige Beseitigung der Gefahr eines Nuklearkrieges.

Aber der Sozialismus muß sich vor den durch die Imperialisten heraufbeschworenen Gefahren schützen. Dadurch schützt er **die ganze Menschheit**. Damit sie verteidigt und unsere doch so zerbrechliche Welt gefestigt werden kann, müssen die UdSSR und ihre Bündnispartner eine schwere Bürde auf sich nehmen, nur um zur imperialistischen nuklearen Bedrohung ein Gegengewicht zu schaffen.

Zugleich aber sind grundlegende Wandlungen in den internationalen Beziehungen unumgänglich, wenn wir die Kriegsgefahr abwenden und die Welt für die heutigen und künftigen Generationen retten wollen. Solche Beziehungen müssen ausschließlich auf der friedlichen Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beruhen.

Eine Hauptaufgabe bei der Gewährleistung des festen Friedens und der Völkersicherheit ist und bleibt die Nichtmilitarisierung des Weltraums, die Einstellung des Wettrüstens, vor allem des nuklearen, die radikale Reduzierung und letzten Endes vollständige Vernichtung der Kernwaffen.

Schwere Bürde

Das Wettrüsten lastet schwer auf der Menschheit: Jährlich werden in der Welt über 700 Md. Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Das Wettrüsten führt dazu, daß enorme

materielle und intellektuelle Reserven der Menschheit der Lösung ihrer vordringlichsten Probleme entzogen werden. Dabei kann schon allein deren Verschärfung das Leben auf der Erde gefährden, und dies bereits in unferner Zukunft. Die Rüstungsausgaben der Welt wachsen in Real Ausdruck in letzter Zeit um 2% im Jahr und machen über ein Viertel des Gesamtprodukts in der Welt aus. Bis zum Jahr 2000 können sie die unglaubliche Höhe von über 820 Md. Dollar erklettern. Und das zu einer Zeit, da auf unserem Planeten jährlich 30-40 Millionen Menschen Hungers sterben, 800 Millionen Analphabeten bleiben und etwa 1,5 Milliarden nicht einmal die elementare medizinische Hilfe haben.

Die weltweite Gemeinschaft der Wissenschaftler muß heute ihre Anstrengungen noch deshalb intensivieren, weil das äußerst akute globale **Problem des Menschen und seiner Zukunft** seiner Lösung harrt. Schon jetzt ist die Menge von Faktoren, die des Menschen Umwelt und Lebensfähigkeit negativ beeinflussen, bedrohlich angewachsen. Vor allem sind es zahlreiche chemische Faktoren (es gibt über 5 Mio Verbindungen, die in den verschiedensten Bereichen Verwendung finden), der erhöhte Grad der ionisierenden Strahlungen, der zum allgemeinen Anwachsen von Erkrankungen führt (etwa 20% der gesamten Krankheitsfälle der Bevölkerung sind auf die Umweltverschmutzung zurückzuführen), die Aktivierung von Mutationen, die zunehmend zu Mißgeburten führen, und das erhöhte Risiko bösartiger Neubildungen. Diese Probleme lassen sich nur gemeinsam und nur im Frieden lösen.

Vor dem neuen Jahrtausend

Die Menschheit nähert sich ihm unter den Verhältnissen, da sich die Mikroelektronik, Robotertechnik, Informatik und Biotechnologie stürmisch entwickeln. Die Erkenntnis setzt sich durch, wie sehr es darauf ankommt, bei der Lösung diesbezüglicher sozialer und menschlicher Probleme neue Methoden zu finden und dem Verhältnis von neuer Technologie zu Gesellschaft und Mensch ein qualitativ anderes Niveau zu geben. Das setzt ein hohes Kulturniveau und die schöpferische Selbstverwirklichung des Menschen in harmonischer Form voraus.

Schließlich muß das alles seinen Platz in einer neuen, humanistisch orientierten Wertskala finden, die auf neue Art den Sinn des menschlichen Lebens auffaßt und alle Dinge, einschließlich der neuen Technologie, einschätzt.

Die Menschheit hat ein offenes historisches Wirkungsfeld vor sich, das entweder vernichtet wird oder aber sich in ungeahnten Ausmaßen erweitert. Es geht aber nicht nur um die Ausmaße der Zukunft, sondern auch darum, welch bewundernswerte, mit nichts zu vergleichende Höhen die Menschheit bei der Entwicklung ihrer Zivilisation auf der Erde und im Weltall erklimmen kann. Dazu muß ein langer Weg zurückgelegt, vor allem aber jene Stufe passiert werden, die heute oder morgen verhängnisvoll werden kann. Es bedarf konkreter Ziele, die der Menschheit schon heute als die wichtigsten gelten müssen. Es bedarf einer Aktivierung der Anstrengungen der ganzen Menschheit bei der Lösung globaler Probleme, unter denen die Beseitigung der Kriegsgefahr, die Einstellung des Wettrüstens das Problem Nr. 1 ist. Auch andere Probleme dulden keinen Aufschub: Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung, Überwindung der Rückständigkeit der schwachentwickelten Länder, des Hungers und Elends von Millionen Werktätigen, Entwicklung von Wissenschaft, Technik, Bildung, Kultur und Gesundheitsschutz, Suche nach neuen Mitteln und Wegen zur Lösung des Umwelts- und des Bevölkerungsproblems.

Konstantin Tschernenko betonte: "Heute, da der Frieden erneut in Gefahr ist, bedarf es aktiven Handelns, um die Katastrophe zu verhindern... Das ist die Hauptaufgabe, die heute vor der ganzen Menschheit steht. Und wir sind überzeugt: Kein einziger Staat darf bei ihrer Lösung abseits stehen."

Die Menschheit wird den Schritt ins dritte Jahrtausend tun, wenn sie eine globale Friedensstrategie der Entwicklung unter den Verhältnissen globaler Gefahren und Probleme ausarbeitet und sie entschlossen verwirklichen wird. Dazu gibt es keine Alternative, denn der Untergang der einmaligen irdischen Zivilisation und der Menschheit selbst ist keine. ■

IN DEN TRADITIONEN DER GUTEN NACHBARSCHAFT

In Istanbul gelangt man auf einer Brücke über den Bosphorus von Europa nach Asien. Ähnlich ist es in Orenburg mit einer Brücke über den Ural. Die UdSSR und die Türkei sind die beiden einzigen Länder in der Welt, durch die die abstrakte Grenze zwischen Europa und Asien verläuft. Diese geographische Lage bestimmt den politischen Status beider Staaten als Mitglieder der europäischen und der asiatischen Gemeinschaft der Nationen und erlegt ihnen gleichzeitig eine besondere Verantwortung für das gegenseitige Verständnis zwischen ihnen auf.

Der Besuch des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Nikolai Tichonow

in Ankara wurde zu einem hervorstechenden internationalen Ereignis, insbesondere gegenwärtig, da die Weltlage zu wünschen übrig läßt. Die Traditionen der guten Nachbarschaft zwischen der UdSSR und der Türkei gehen bereits auf das Anfangsstadium der Sowjetmacht, auf das Jahr 1921 zurück. Ihre Ursprünge legten Wladimir Iljitsch Lenin und Kemal Atatürk. Seither waren die sowjetisch-türkischen Beziehungen nicht immer ausgeglichen. Will man ihren jetzigen Zustand charakterisieren, darf man feststellen, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern neue Möglichkeiten bieten. Vor dem Besuch Nikolai Tichonows erinnerte die einflußreiche türkische

"Milliyet" daran, daß mit Beteiligung der UdSSR errichtete Industriebetriebe ein konkretes Resultat der Zusammenarbeit seien.

Die Ergebnisse der Verhandlungen in Ankara vom 25. bis zum 27. Dezember eröffneten weitere Perspektiven. Besprochen wurde vor allem der Ausbau der Wirtschaftszusammenarbeit. Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben gezeigt, daß dies der zuverlässigste Weg zur Festigung der guten Nachbarschaft ist. Nicht von ungefähr ist das bei den Verhandlungen Nikolai Tichonows mit Ministerpräsident Turgut Özal unterzeichnete Dokument auf die Zukunft angelegt. Es handelt sich um ein "Langfristiges Programm zur Entwicklung der wirtschaftlichen, Handels- und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozial-

7. JANUAR: NATIONALFEIERTAG KAMPUCHEAS

LERNEN UND AUFBAUEN

Pen NAVOUTH, Minister für Volksbildung der VR Kampuchea

Das Haus wurde mit größter Vorsicht auseinandergenommen. Man mußte sich wundern, daß seine Besitzer und ihre Kinder — Schüler mit lebhaften, klugen Augen und lächelnden Gesichtern — am eifrigsten arbeiteten.

Bei ihrem Anblick mußte ich an eine andere Zeit und andere Szenen denken: an die Zeit des Pol-Pot-Regimes, als das Rabengesindel in der schwarzen Uniform der "roten Khmer" Tod und Verderben über das Land brachte. Es zwang die Leute, ihre Heimstätten zu verlassen, und vernichtete vor ihren Augen die Häuser.

Ich erfuhr, daß das Haus auseinandergenommen wurde, weil man an seiner Stelle eine Schule bauen wollte. Die Besitzer hatten es sozusagen für die Dorfkinder gespendet.

Die kleine Szene, die ich in einem Dorf der Provinz Kandal sah, beeindruckte mich tief. Diese Menschen haben ja bewußt Opfer

gebracht und Entbehrungen auf sich genommen (die Familie ist aus dem massiven Haus in eine Pfahlhütte umgezogen), damit das Dorf eine Schule bekommt. Sie taten es in der Überzeugung, daß die Volksbildung Sache des ganzen Volkes und obendrein eine dringliche Angelegenheit ist.

Die Angestellten des Bildungswesens haben es relativ leicht in einem Land, wo man die Wichtigkeit von Kenntnissen für das Volk erkennt, das sein Leben neu gestaltet. Wir aber haben es manchmal nicht ganz leicht: Es fehlt an Schulhäusern, Unterrichtslabors und -werkstätten, Schulbüchern, Heften usw. Aber das ist noch nicht das schlimmste. Viel schwerer ist es, eine andere Bresche auszufüllen — wir haben zu wenig Fach- und Lehrkräfte. In den mehr als drei Jahren des Pol-Pot-Regimes wurden rund 3 Millionen Landesbewohner getötet, darunter 95 Prozent der Studenten und 75 Prozent der Lehrkräfte.

Da dieses Problem erstrangig ist, befassen wir uns ganz besonders damit. Wir haben jetzt 28 Fach- und Fortbildungsschulen für Lehrer. Im Schuljahr 1982/83 bildeten sie 6636 Lehrer aus bzw. fort. Leider ist der Unterricht an diesen Schulen vorläufig noch unregelmäßig,

Ich sagte schon, daß unter dem Pol-Pot-Regime nur 25% der Lehrkräfte und noch weniger Studenten die Schrecken überlebten. Jetzt, sechs Jahre nach dem Sieg vom 7. Januar 1979, als dem menschenfeindlichen Regime Pol Pots, Ieng Sarys und Khieu Samphans ein Ende gemacht wurde, haben wir in der VR Kampuchea schon über 41 000 Lehrer. Und wieviel Schüler? 1,5 Millionen!

Ich möchte den Leser nicht mit Zahlen ermüden, aber eine, die ich für sehr aufschlußreich halte, muß ich doch noch nennen. Der Jahreszuwachs an Schülern schwankt bei uns zwischen 50 000 und 60 000. Unter Sihanouk betrug er 25 000. Auch die steigende Geburtenziffer ist ein Zeichen für die Stabilisierung der Situation, für die Gewißheit, mit der die Leute dem morgigen Tag entgegensehen, und für ihr zunehmendes Wohlergehen.

listischen Sowjetrepubliken und der Republik Türkei". Unterzeichnet wurde ferner eine Vereinbarung über den Warenaustausch zwischen der UdSSR und der Türkei für 1986-1990 und ein Programm der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit. "Wir haben alle Möglichkeiten, um schneller voranzukommen und den Faktor der guten Nachbarschaft vollständiger zu nutzen", betonte Nikolai Tichonow. "Die heute unterzeichneten Dokumente sind feste Grundsteine, auf denen unsere Beziehungen errichtet werden." Der türkische Ministerpräsident Özal stellte fest: "Ich glaube, daß diese Dokumente die Möglichkeit bieten, dynamisch und langfristig die Beziehungen zu unserem Nachbarn Sowjetunion, der über ein riesiges Wirtschaftspotential verfügt, zum gegenseitigen Vorteil auszubauen."

Bei den Verhandlungen wurden beide Staaten interessierende politische Fragen nicht ausgespart und in freundschaftlichem Geist behandelt. Auch hier sind die

Verhandlungsergebnisse vielversprechend.

Turgut Özal äußerte Besorgnis über die komplizierten West-Ost-Beziehungen. "In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Beschluß der UdSSR und der USA über die Aufnahme von Verhandlungen in Genf", sagte er. Die gleiche Besorgnis über die angewachsene Kriegsgefahr äußerte Nikolai Tichonow. "Das geschieht nicht durch Verschulden der UdSSR und ihrer Verbündeten", sagte er. "Wir haben deutlich vor den Folgen der Stationierung neuer US-amerikanischer Raketen in Westeuropa gewarnt... Die Marschflugkörper haben weder die Sicherheit der Vereinigten Staaten noch der Länder, die die neuen Kernwaffen aufgenommen haben, erhöht." Beide Seiten äußerten Besorgnis über die Vorgänge im Nahen Osten. Schließlich liegt diese Region in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen der UdSSR und der Türkei und ist daher Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit beider Staaten.

Den Meinungs austausch zur internationalen Politik gewissermaßen resümierend, sagte Nikolai Tichonow: "Wir stellen mit Genugtuung fest, daß in der Einstellung der UdSSR und der Türkei zu mehreren regionalen Problemen angenäherte oder sogar übereinstimmende Momente bestehen. Zu einigen anderen Fragen sind wir unterschiedlicher Meinung. Doch das ist lediglich ein zusätzlicher Anlaß, unsere Bemühungen zu verdoppeln, eine gemeinsame Sprache zu den grundlegenden Problemen der Gegenwart zu finden."

Der Präsident der Republik Türkei, Kenan Evren, empfing Nikolai Tichonow, der eine Botschaft und gute Wünsche Konstantin Tschernenkos sowie eine Einladung zu einem offiziellen Besuch der Sowjetunion überbrachte. Präsident Evren nahm diese Einladung dankend an.

Der Besuch Nikolai Tichonows in der Türkei hat einen bedeutenden positiven Beitrag zur internationalen Entspannung geleistet.

D. SGRSKI



Auch in Kampuchea treten die Kinder den Weg zum Wissen beim ABC an

Foto: TASS

Die Volksrepublik ist nicht nur an Jahren jung, sondern auch, was das Alter ihrer Bürger betrifft. Laut Statistik ist über die Hälfte unter 19 Jahren alt. Jugend strebt immer und überall nach Wissen. Das Besondere an unserer Wirklichkeit ist, daß wir nach der Vertreibung des Pol-Pot-Gesindels vieles mit nichts anfangen mußten. Das Schulwesen bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Außerdem hoffen die Feinde der Republik noch immer, die alten Zustände wiederherstellen zu können. Ihre Anstrengungen sind vergebens, daran zweifelt bei uns keiner mehr. Aber Schwierigkeiten haben wir in den

Schulen aller Stufen infolge von Sabotageakten doch noch. Die Schüler und Studenten und ihre Lehrer sind nicht nur mit dem Unterricht beschäftigt. Das wollen wir natürlich, aber die Realität zwingt uns zu etwas anderem. Man muß gleichzeitig an "drei revolutionären Volksbewegungen" teilnehmen: gegen die Feinde kämpfen, revolutionäre Kräfte aufstellen und an der Produktion teilnehmen.

Unser Hauptgrundsatz im Bildungswesen ist die Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit, eine engere Verschmelzung der Schule mit der Praxis. In den Städten sind bei den Schulen Gärten angelegt, die von den Schülern und Lehrern bearbeitet werden. Auf dem Lande sind ihnen Parzellen von 1-2 ha angegliedert.

Stolz sind wir auf unsere Hochschulen. Es sind noch nicht viele, sie sind aber schon wiederhergestellt und schulen Fachkräfte heran, die das Land dringend braucht. Ich erwähne da nur die Technische Hochschule der kampucheanisch-sowjetischen Freundschaft. Sie wurde in Pnom-Penh schon Mitte der 60er Jahre als Schenkung der UdSSR gebaut. Unter der bestialischen Clique Pol Pots, Ieng

Sarys und Khieu Samphans wurde sie zerstört und die Einrichtung vernichtet. Die Pol-Pot-Leute räumten wie die Barbaren unter den Lehrkräften und Studenten auf, fast alle fielen ihnen zum Opfer. Nach dem Sturz dieses Regimes waren nur sechs Absolventen der TH noch am Leben, darunter der jetzige Rektor, Nien Sarak.

Mit Hilfe der UdSSR konnte die Hochschule sehr schnell wieder aufgebaut werden. Die sowjetischen Freunde schenkten uns eine neue Einrichtung und Lehrbücher. An dieser Lehranstalt unterrichten jetzt ungefähr 50 sowjetische Lehrkräfte. Ihnen verdanken wir es, daß unsere nationalen Fachkräfte mit jedem Jahr zahlreicher werden.

Noch vor kurzem lag das Unterrichtswesen Kampucheas völlig darnieder. Die Schulen ersetzten vielfach Klöster, in denen die buddhistischen Mönche den Kindern das Alphabet beibrachten. Bei einem Vergleich denkt man, wie viel doch in den sechs Jahren dank der Fürsorge der Revolutionären Volkspartei und dank den Bemühungen des ganzen Volkes im Unterrichtswesen geleistet worden ist. Es bleibt aber noch sehr viel zu tun übrig. ■

Ergebnisse der Parlamentswahlen

MANDAT FÜR 5 JAHRE

Von unseren Sonderberichterstatern
Leonid SHEGALOW, Alexander USWATOW

Zuerst verschwand der kleine Finger, dann der Ring- und der Mittelfinger, und einen Tag später wurde auch der Daumen demontiert und zusammen mit anderen Attributen der Wahlkampagne, Plakaten, Flugblättern, Transparenten — über die Jumna zur Altstoffverarbeitung geschafft.

Von der riesigen Hand, dem Wahrzeichen des regierenden Indischen Nationalkongresses mitten in Chandni Chowk, einem belebten Bezirk Delhis — ragte also nur noch der Zeigefinger auf. Vielleicht als Erinnerung an die stürmischen Dezemberwochen, in denen der Wahlfeldzug für das Unterhaus des indischen Parlaments stattfand, oder als Warnung, wachsam zu sein, angesichts der äußeren Anschläge gegen Indien, denn gerade das war das zentrale Thema während der mit dem Jahresausklang abgeschlossenen Wahlen.

Die 460 000 Wahlbezirke mit ihren zwei Millionen Urnen wurden von über 60% der 380 Millionen Inder über 21 Jahre aufgesucht, die das Stimmrecht besaßen. Eine recht hohe Beteiligung für die hiesigen Verhältnisse.

Das Unterhaus des Parlaments hat 544 Sitze. Gewählt wurden diesmal jedoch 508, für die es über 5000 Anwärter gab. In zwei der 22 indischen Unionsstaaten — Punjab und Assam — wurden wegen der instabilen, von subversiven Elementen provozierten Situation bewußt keine Wahlen angesetzt. Außerdem wurde die Abstimmung — bereits wegen örtlicher Ursachen — in weiteren Wahlkreisen ausgesetzt, darunter in Bhopal, wo die Katastrophe im Chemiewerk der "Union Carbide" 2500 Menschenleben dahingerafft hatte.

Die jetzigen, in den Jahren der Unabhängigkeit achten Wahlen hatten, wie hier betont wird, besondere Bedeutung. Nach dem tragischen Tod Indira Gandhis war das Land auf eine komplizierte Wegstrecke geraten, und deshalb war von solcher Bedeutung die politische Entscheidung, die die Inder mit ihren Wahlzetteln zu fällen hatten.

In Indien wie auch im Ausland hatte kaum jemand Zweifel daran, daß der Indische Nationalkongreß, dessen Führung inzwischen der 40jährige Sohn Indira Gandhis, Rajiv, übernommen hatte, erneut die parlamentarische Mehrheit erzielte. Von der Frage, wie diese Mehrheit aussehen würde, hing in nicht geringem Maße die Stabilität in dem riesigen Land ab, das feindliche äußere Kräfte destabilisieren, schwächen oder gar spalten wollen. Die Schüsse auf Indira Gandhi galten ganz Indien, seiner Souveränität, seiner Zukunft.

Heute ist bereits offensichtlich, daß die Inder in diesem dramatischen Augenblick die Situation erkannten und für die Einheit und Integrität der Republik eintraten. Dieses Thema hatten der Indische Nationalkongreß und sein neuer Vorsitzender in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt.

Die Wahlergebnisse haben überzeugend bewiesen, daß die meisten Inder mit der Regierungsführung dieser Partei den Fortschritt verbinden, den das Land in den Jahren seiner Unabhängigkeit erzielen konnte, ebenso wie die Hoffnung auf weiteres Vorankommen, auf Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes.

Oppositionelle Politiker versuchen den beispiellosen Erfolg der Kongreßpartei (und dementsprechend ihre überwältigende Niederlage) mit jener "Woge des Mitleids" zu erklären, die das Volk nach der Ermordung Indira Gandhis erfaßt habe. Sicher hat auch das anscheinend eine Rolle gespielt. Insgesamt jedoch stützt sich der Sieg der Kongreßpartei auf wesentlich mehr Faktoren. Sie hat unter Führung Rajiv Gandhis so eine Mehrheit (400) der Parlamentssitze errungen, wie sie sie weder unter seinem Großvater Jawaharlal Nehru noch unter seiner Mutter Indira Gandhi besessen hatte.

Zur Wahl war der Kongreß mit einer umfangreichen Plattform angetreten. Tonangebend war dabei der Parteivor-

sitzende und Ministerpräsident Rajiv Gandhi. Er bereiste fast alle Unionsstaaten, wo er manchmal auf zehn bis zwölf Kundgebungen pro Tag sprach und die Wähler eindringlich aufforderte, "den Kräften, die die Einheit und territoriale Integrität Indiens bedrohen, eine Abfuhr zu erteilen".

Die jüngste Bestätigung dafür, daß diese dem Land drohende Gefahr kein Mythos ist, wie das manch einer hinstellen wollte, kam aus den USA. Mitte Dezember, zur Hochsaison der Wahlkampagne, wurde ein Geheimdokument publik, das für das Außenministerium der USA und die CIA angefertigt worden war. Dabei handelt es sich um einen ausführlichen Bericht, in dem die mögliche politische Entwicklung in Indien für den Fall eines "plötzlichen Todes" Indira Gandhis eingehend analysiert wird. Das Papier entstand zwei Monate vor ihrer Ermordung. Demokratische Kreise Indiens bewerteten diesen ominösen Bericht als offene Provokation, als Programm der Wühltätigkeit gegen Indien, das einen "wahrhaft üblen Eindruck" hinterlassen hat.

"Wozu brauchte das State Department dieses Papier, wo Indira Gandhi doch am Leben und gesund war, wo ihr Leben und ihre Gesundheit durch nichts bedroht waren?" fragte Rajiv Gandhi auf den Wahlkundgebungen.

"Die in dieses empörende Dokument gesetzten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, aber das heißt nicht, daß die Gefahr vorüber wäre", schrieb der Chefredakteur der Zeitung "Patriot", R. K. Mishra. Er meinte, nach den Parlamentswahlen seien neue Anschläge feindlicher Kräfte zu erwarten.

Der Devise, Einheit und Integrität des Landes zu bewahren, setzt der INK Aufgaben des 7. Fünfjahrplans hinzu: Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, Erhöhung der Beschäftigungsrate und Hebung der Arbeitsproduktivität. Rajiv Gandhi hat mehrfach darauf hingewiesen, daß die Partei entschlossen sei, Indien zu einem wirtschaftlichen starken Land zu machen, "Indien aus dem Zeitalter der Büffelkarren in ein Zeitalter der Computer zu führen". Tatsächlich besteht ein scharfer Kontrast. Einerseits ist das Land dem Volumen der Industrieproduktion nach bereits unter die ersten zehn Staaten aufgerückt, andererseits aber sind die meisten Bauern noch immer an den Pflug angewiesen und hausen in erbärmlichen Hütten.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik hat der INK seine "feste Treue zum Sozialismus und zur Planwirtschaft" bekundet und unterstrichen, er betrachte den staatlichen Sektor der Industrie als Hauptinstrument zur beschleunigten Industrialisierung. Man hat sich die Aufgabe gestellt, Betriebe des staatlichen Sektors in neuen Richtungen des technischen Fortschritts zu schaffen.

Rajiv Gandhi sprach davon, die Arbeit der Administration effektiver zu machen, "die Korruption überall zu bekämpfen", diesem "Übel die Spitze zu nehmen", wobei er allerdings hinzufügte, daß das "leichter gesagt als getan" sei. Er betonte, die Regierung der Kongreßpartei "gewährleistet den vollen Schutz der Sikhs", die er gleichzeitig aufrief, sich des Extremismus und Terrors zu enthalten. Er versicherte, die Regierung werde keine Wiederholung der feindlichen Ausfälle der Reaktion gegen irgendwelche Bevölkerungsgruppen dulden und alles Mögliche zur Gewährleistung der Sicherheit der Angehörigen von nationalen Minderheiten und religiösen Gemeinden tun. Gleichzeitig warnte der Ministerpräsident unzweideutig, jegliche Versuche, eine territoriale Spaltung Indiens nach sprachlichen oder religiösen Grundsätzen anzustreben, würden entschlossen durchkreuzt.

Außenpolitisch erklärte der INK seine Entschlossenheit zu einer Politik der Nichtpaktgebundenheit, des Friedens, der Zusammenarbeit und der Freundschaft sowie zur Bannung der Gefahr eines Nuklearkriegs. Indien wird den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus voll unterstützen. Betont wurde die Entschlossenheit angesichts der Gefahr, die durch die großen Lieferungen modernster Waffen nach Pakistan und in den Indik-Raum entstanden ist, Indiens Sicherheit zu verteidigen.

In seinen Wahlreden hob Rajiv Gandhi ständig die große Bedeutung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion hervor, die man auch weiter

ausbauen und vertiefen wolle, um die sowjetisch-indische Zusammenarbeit noch ersprießlicher zu machen.

Uns gegenüber äußerte Dr. Bhabani Sen Gupta vom Zentrum für politische Studien in Delhi, gleichberechtigte, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion seien keine persönliche oder Parteipolitik, sondern die gesamt nationale Politik Indiens. Deshalb sei sie während des Wahlkampfs von keinem einzigen politischen Führer auch nur dem geringsten Zweifel unterzogen worden.

Die bürgerlichen Oppositionsparteien haben den Wählern weder gemeinsam noch einzeln ein reales, konkretes Programm anbieten können. Hätten die Wähler vielleicht den faktisch gegen die Industrialisierung gerichteten Aufruf (zurück zum Handwerk) der vom ehemaligen Ministerpräsidenten Charan Singh geführten bäuerlich-bourgeoisen Partei Dalit Mazdoor Kisan ernst nehmen sollen oder hätten sie den vielen Versprechungen der rechten Oppositionsparteien glauben sollen, die, als sie 1977-1979 im Amt waren, Koalitionskämpfe austrugen und alles ruinierten, was sich nur ruinieren ließ?

Keine Oppositionspartei hoffte selbst für den Fall eines Erfolges darauf, selbständig die Regierung bilden zu können. Zwischenparteiliche Rivalitäten gestatteten ihnen nicht, in den meisten Bundesstaaten, insbesondere im Norden des Landes, Wahlbündnisse einzugehen.

Die Rechten bemühten sich, Rajiv Gandhi persönlich in seinem Wahlkreis Amethi (Staat Uttar Pradesh) zu schlagen. Der dortige Gegenkandidat war seine 28jährige Schwägerin Menaka Gandhi, die Witwe seines 1980 ums Leben gekommenen jüngeren Bruders Sanjay, der von diesem Kreis ins Parlament gewählt worden war. Mit ihrer kleinen Partei "Rashtriya Sanjay Manch" hatte Menaka schon seit langem eine Kampagne gegen Indira Gandhi geführt und stellt sich jetzt gegen Rajiv. Die Rechtsparteien zogen ihre Kandidaten im Wahlkreis Amethi zu Menakas Gunsten zurück. Doch das alles fruchtete nichts; Rajiv Gandhi errang eine Mehrheit von etwas mehr als 300 000 Stimmen.

Nur im Staat Andhra Pradesh hatten die Oppositionskräfte einen relativen Erfolg. Kennzeichnend ist, daß die extremrechte

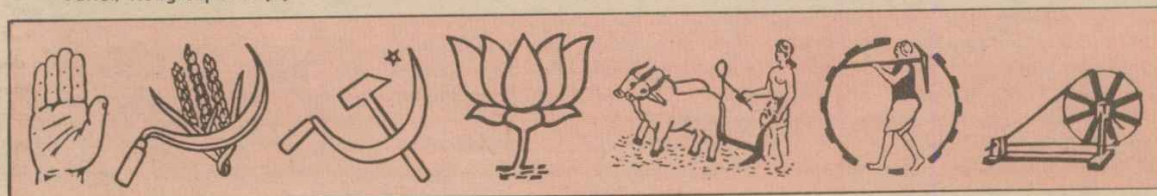
Bharatiya Janata Partei den stärksten Einbruch erlitt. Von ihren 225 Kandidaten gelangten nur zwei ins Parlament. Die meisten Führer der Opposition aber büßten sogar ihre eigenen Parlamentsmandate ein.

Die KP Indiens und die KP Indiens (M) legten bei den Wahlen eigene Wahlprogramme vor. Die KPI trat unter der Losung "Linkswende im politischen Leben des Landes" an und forderte wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen, den Abschluß der Bodenreform und die Verstaatlichung einiger Wirtschaftszweige.

Der außenpolitische Kurs der INK-Regierung stößt bei den Kommunisten insgesamt auf keine Einwände. "Es ist sehr gut, daß der INK den fortschrittlichen außenpolitischen Kurs auf Frieden, Nichtpaktgebundenheit, Kampf gegen den Imperialismus und auf Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern fortsetzt", schrieb der Sekretär des Nationalrats der KPI, M. Farooqi, im "Indian Express". "Die KPI und andere oppositionelle linke und demokratische Kräfte wünschten eine weitere Festigung dieses Kurses. Die Rolle Indiens im weltweiten Kampf gegen die militaristische Politik der USA muß auch weiter intensiviert werden."

Die erste große Aktion der Öffentlichkeit nach den Wahlen war eine Protestdemonstration gegen die Einmischung Washingtons in die inneren Angelegenheiten Indiens am 27. Dezember vor der US-Botschaft in Delhi. Einer ihrer Veranstalter, Asrarul Haque, Mitglied des Oberhauses des Parlaments von der Regierungspartei äußert, der zufällig oder vorsätzlich an der Chandni Chowk hinterlassene symbolische Zeigefinger solle wohl weniger der Erinnerung an die Wahlen, sondern vielmehr als Warnung dienen. Eine Warnung an jene Kräfte der indischen Gesellschaft, die die Warnungen Rajiv Gandhis vor der äußeren Gefahr während der Wahlkampagne als Wahlkampfrhetorik abtun wollten. Aber auch an jene, die das vom indischen Volk so überzeugend ausgesprochene Verdikt mißachten wollen, auch weiter dem Kurs Jawaharlal Nehru-Indira Gandhi zu folgen. Delhi

Wahlsymbole von sieben indischen Landesparteien. V.l.n.r.: Indischer Nationalkongreß (I), KP Indiens, KP Indiens (M), Bharatiya Janata Partei, Dalit Mazdoor Kisan Partei, Janata Partei, Kongreßpartei (S).



Seit den Parlamentswahlen, bei denen die Laborpartei siegte, ist ein halbes Jahr vergangen. Wie hält die neue Regierung ihre Wahlversprechen?

SIE LASSEN SICH NICHT ERPRESSEN

Michail WLADIMIROW

Die vorige Regierung, eine Koalition der Liberalen und der Nationalpartei unter Robert Muldoon, hinterließ der Laborregierung ein drückendes Erbe: eine Staatsschuld von 17 Md. und ein Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz von annähernd 3 Md. Neuseeland-Dollar. Jeder zehnte Arbeitsfähige ist beschäftigungslos. Ein Minister der neuen Regierung sagte dazu sarkastisch, die Laboristen hätten nicht nur kein Geschirr im Küchenschrank, sondern auch den Schrank selbst nicht vorgefunden.

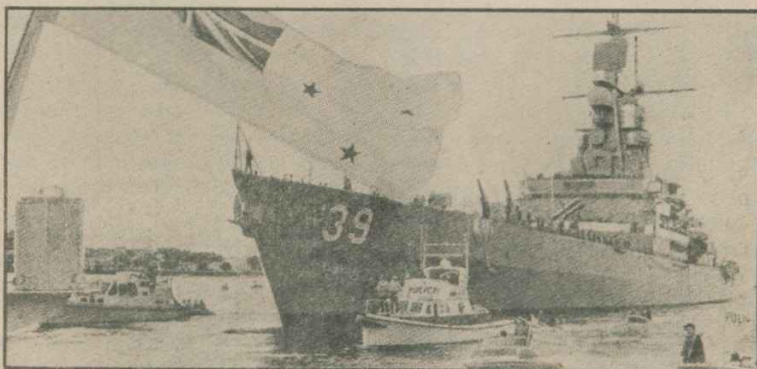
Der erste Schritt der Regierung David Lange im Bereich der Wirtschaft war die Einberufung einer Landeskonzferenz unter Beteiligung von Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Gewerkschaften. In diesem Gremium wurde versucht, aufgrund eines "nationalen Ausgleichs und Konsenses" ein einheitliches Programm für die Sanierung der Wirtschaft aufzustellen. Im Kommuniqué der Konferenz wurden die fünf wichtigsten Ziele niedergelegt: ein steter Wirtschaftszuwachs, Vollbeschäftigung, Preisstabilisierung, ausbalancierte auswärtige Verrechnungen, und gleichmäßigere Verteilung der Einkünfte. Die Laborregierung versprach, die von ihrer Vorgängerin verabschiedeten gewerkschaftsfeindlichen Gesetze aufzuheben und Maßnahmen zur Besserstellung der geringbesoldeten Beschäftigten zu treffen. Die Gewerkschaften erreichten, daß ihnen zugesagt wurde, die Wohnverhältnisse, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die Sozialfürsorge zu verbessern.

Obwohl die Konferenz keine Lösungen für eine Reihe konkreter Wirtschaftspro-

bleme fand, wird sie von der Landesöffentlichkeit als guter Anfang der Suche nach solchen Lösungen unter Berücksichtigung der Ansichten aller beteiligten Seiten angesehen.

Von den ersten außenpolitischen Schritten der Laborregierung hatte der Beschluß, das Anlaufen der Häfen

US-Kampfschiff an der Küste Neuseelands. Wird die Laborregierung imstande sein, die ungebetenen Gäste endgültig loszuwerden?
Foto aus: "Newsweek" (USA)



Neuseelands durch kernwaffenbestückte Schiffe oder solche mit nuklearem Antrieb zu verbieten, die stärkste Resonanz. Für die USA, die unter der Regierung Muldoon gewöhnt waren, Neuseeland für einen ihrer ergebensten Bündnispartner zu halten, war der Beschluß ein Blitz aus heiterem Himmel.

Trotz des Drucks, den die proamerikanischen Kreise im Wahlkampf ausübten, haben die meisten Neuseeländer dafür

Stellung genommen, daß die militärischen Beziehungen zu den USA im ANZUS-Block (der aus den USA, Australien und Neuseeland besteht) einer Revision unterzogen werden sollen und daß Neuseeland, ja der ganze Südpazifik zur kernwaffenfreien Zone erklärt wird. Einer Umfrage zufolge wird der antinuklearen Einstellung der Laborregierung von mehr als 70 Prozent der Bevölkerung zugestimmt. Rund 100 Städte und andere Ortschaften sind bereits zu kernwaffenfreien Zonen erklärt worden. Die Nichtbeachtung der Stimmungen einer breiten Öffentlichkeit war gerade eine der Ursachen für die Wahlniederlage der Nationalpartei, die für die nukleare Präsenz der USA im Südpazifik Stellung genommen hatte.

Nicht von ungefähr wird in einer Resolution der Landeskonzferenz der Labor-Partei zum Austritt Neuseelands aus den Militärbündnissen mit den Nuklearmächten, zum Verzicht auf die Beteiligung an den gemeinsamen Manövern und auf die Aufstellung der von Muldoon geplanten "Eingreiftruppe" nach US-Muster aufgerufen. Auf der Konferenz wurde betont, daß der ANZUS-Block ausschließlich den globalen Interessen Washingtons dient und Neuseeland in einen Kernwaffenkrieg hineinziehen kann. Die Konferenzteilnehmer forderten, daß US-amerikanischen Militärflugzeugen verboten werden soll, den

Luftwaffenstützpunkt bei Christchurch zu benutzen.

Die Delegierten verurteilten auch Washingtons Außenpolitik entschieden. Resolutionen der Konferenz enthalten die Forderung, daß die USA ihre militärische Einmischung in die Angelegenheiten Nikaraguas und anderer Länder Lateinamerikas einstellen sollen; ferner eine Verurteilung des militärischen Beistandes Washingtons an das volksfeindliche Re-

gime in El Salvador sowie der Intervention in Grenada. Die Resolutionen sind derart radikal, daß Ministerpräsident Lange speziell die Erklärung abgab, sie seien für die Regierung nicht bindend.

Es ist ganz klar, daß der Beschluß der Laborregierung, das Einlaufen von Nuklearschiffen in Häfen Neuseelands zu verbieten, die Öffentlichkeit einigermaßen beschwichtigen soll. Die Regierung Reagan aber kümmert sich am allerwenigsten um die Stimmungen unter den Neuseeländern. Kommentatoren zufolge befürchten die USA, das Beispiel Neuseelands könne andere Länder "anstecken".

Die Zeitung "Australian" schrieb unlängst, falls die USA Neuseeland hinsichtlich des Anlaufens von Schiffen nicht zum Nachgeben zwingen, könnte der linke Flügel der Labor-Partei Australiens auf seiner nächsten Konferenz eine Resolution nicht nur über ein Verbot der Besuche amerikanischer Nuklearschiffe, sondern auch über die Auflösung der US-Militärstützpunkte in Australien durchsetzen.

Die Londoner "Times" sagte in einem Leitartikel mit der unzweideutigen Überschrift "Wie lange noch Langes Honigmond?" voraus, daß "die Realitäten der Macht ihn bald zwingen können, diese Politik" (das Verbot des Anlaufens von Nuklearschiffen) "zu bereuen". Das Blatt möchte Neuseeland auch weiterhin als "wichtigsten Brückenkopf des Westens in der Pazifikregion" sehen. Kika de la Garza, der Vorsitzende des einflußreichen Agrarausschusses im US-Kongreß, erklärte ohne alle Umschweife, sollten die Neuseeländer den besagten Beschluß nicht ändern, so würden die USA die Vereinbarung über eine koordinierte Politik im Bereich des Verkaufs von Agrarerzeugnissen auf dem Weltmarkt nicht verlängern.

Wenn man bedenkt, daß von den Valutaeinkünften Neuseelands fast zwei Drittel aus dem Agrarexport stammen, während die USA recht oft solche Erzeugnisse zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt bringen, so ist die Erklärung des Kongreßmitglieds eindeutig als wirtschaftliche Erpressung aufzufassen.

Nach der neuseeländischen Presse zu urteilen, läßt sich Wellington aber nicht erpressen. Vor kurzem ist bekannt geworden, daß das Pentagon auf den neuseeländischen Chatham-Inseln auf Trident-U-Boote gestützte Raketen zu testen gedenkt. Die Nachricht löste in Neuseeland Entrüstung aus. Lange hat erklärt: "Sollten die USA Neuseelands Zustimmung zum Benutzen des Raums der Inseln als Testgelände für ihre Raketen anfordern, so werden sie sie nicht bekommen."

NZ

STANDPUNKT

WO MÜNDET DAS „GESICKER“?

"Streng geheime Informationen" sickern jetzt buchstäblich überall in den USA durch. Strengste Staatsgeheimnisse sind an jedem Zeitungsstand zu haben, an Werktagen zu 20–30 Cent das Stück, an Sonn- und Feiertagen etwas teurer, aber auch erschwinglich. Über diese Unverantwortlichkeit stehen nicht nur dem Mann auf der Straße, sondern auch den an solche Dinge gewöhnten Kongreßmitgliedern und selbst Verteidigungsminister Weinberger die Haare zu Berge. Im Weißen Haus ist man verärgert, aber schließlich lebt man in einem freien Land, in dem jeder das unveräußerliche Recht auf Information hat. Folglich drucken US-amerikanische und andere Blätter Dokumente über die Mysterien der Washingtoner Politik ab. Man will sie aus "zuverlässigsten Quellen" bezogen oder einfach vom Schreibtisch des Präsidenten stibitzt haben.

In den letzten Wochen hat es wieder solche "Gesicker" in rauen Mengen gegeben. Ausführlich brachte die Presse einen "Plan zur militärischen Besetzung Nikaraguas", der im Pentagon wohlverwahrt liegt; dann Angaben über ein "analytisches Dokument", dessen Verfasser schon zwei Monate vor der Ermordung Indira Gandhis genau kalkulierten, was bei deren "plötzlichem Tode" geschehen werde. Und schließlich kam es zu einem großen Skandal, weil trotz der Warnung des Pentagons, nichts über den für den 23. Januar geplanten Start eines militärischen Geheimsatelliten zu verlautbaren, unerfindlich wie eine ganze Sturzflut von Informationen darüber in die Presse gelangte, daß man gar nicht versuchte, sie zu stoppen.

Nach unserer Ansicht wäre das alles schrecklich für die Landessicherheit der USA und herrlich als Musterbeispiel für die gepriesene Informationsfreiheit, wenn... Ja, wenn sich nicht schließlich gezeigt hätte, daß jedes "Gesicker" das (wie zufällig) untergestellte politische Mühlrad Washingtons trieb.

Im Falle des Interventionsplans gegen Nikaragua mit der genauen Errechnung sämtlicher Angriffskräfte und -mittel, ja sogar der eventuellen Verluste der USA hat das "Gesicker" dem patriotischen Steuerzahler lieblich in die Ohren geklungen. Der Preis der Aggression ist ja nur auf 10 Md. und 644 Mio Dollar veranschlagt, wenig, wenn man ihn mit den erwarteten Vorteilen der Aktion für die USA vergleicht. Man denke an Grenada. Ist die Möglichkeit, den dortigen Erfolg auszubauen, etwa keine 10 Md. wert?

Selbst das Erscheinen der blamablen Kalkulation für den Fall eines "plötzlichen Todes" Indira Gandhis kam manchen hohen Vertretern Washingtons höchst gelegen. Als hätte sich ein Traum in der Neujahrsnacht erfüllt, denn gleich nach dem schmählichen Mord in Delhi äußerte die Weltpresse den Verdacht, es sei ein Komplott gewesen, dessen Fäden sich weit über die Grenze Indiens hinauszögen. Man erinnerte sich z. B., daß kurz davor Vertreter der Sikh-Gemeinde mit einem Vertreter des Senatsausschusses des US-Kongresses für Auswärtige Angelegenheiten zusammengetroffen waren.

Die kompromittierenden Umstände konnten schwerlich geheimgehalten werden, man konnte jedoch die amtlichen Vertreter vor Folgen bewahren (wer weiß, wie die Versuche geendet hätten, wären die Verbindungen der Sikh-Terroristen unter die Lupe genommen worden!). Wie aus den "durchgesickerten" Aktenstücken erkennbar, sind die "analytischen Schätzungen für den Fall eines plötzlichen Todes" nicht vom Außenministerium oder von der CIA, sondern nur von einer privaten "Forscherguppe" unter Prof. R. Hardgrave gemacht worden. Die Ämter wollen nur Einblick in die Schlußfolgerungen aus dem Bericht genommen haben. Man muß sich schließlich auf alle Fälle rückversichern.

Und nun zum "Durchsickern" der Nachricht über den Spionagesatelliten. Der Pentagonchef gab Journalisten den bevorstehenden Geheimstart bekannt und bat, die Sache für sich zu behalten. Anderntags war überall in den USA von nichts anderem die Rede. Jetzt "muß" Weinberger allen klarmachen, daß der Start notwendig ist, um genau zu beobachten, wie die Russen ihr Kernraketenpotential aufstocken. Überhaupt seien die USA in dieser Hinsicht weit hinter Rußland zurückgeblieben (Gott sei Dank sei das den Russen noch nicht aufgegangen). Man müsse sie einholen und habe kein oder jedenfalls nicht genug Geld. Für das neue Jahr sind für die militärische Nutzbarmachung des Kosmos "nur" 9 Md. Dollar bewilligt worden. Nun sei das Programm der kosmischen "strategischen Verteidigung" oder, wie es noch genannt wird, das Programm für "Sternenkriege", ohne das den Russen nicht beizukommen sei, an der Reihe. Da rechnet man bereits in Billionen Dollar. Wenn das Pentagon sie nicht bekommt, ist alles im Eimer. Das unaufhörliche "Gesicker" über den Spionagesatelliten sollte die Amerikaner also das Gruseln lehren. Auf das Pentagon scheint es als Dollarregen niedergehen zu wollen.

Also wo entspringt das Washingtoner "Gesicker" und wo mündet es?

Viktor GUSTSCHIN

SPEKULATIONEN UM DIE HILFE

Äthiopien kämpft schwer gegen die Folgen der chronischen Dürre. Über 7 Millionen der Einwohner leben in der Notstandszone. Aber bestimmte Kreise im Westen, besonders in den USA, neigen dazu, die Heimsuchung politisch, hauptsächlich antiäthiopisch und anti-sowjetisch, zu färben.

So behaupten die Massenmedien und einige amtliche Vertreter, die USA wären führend bei der Unterstützung Äthiopiens, die Hilfe seitens der UdSSR sei viel geringer als die amerikanische. Dazu wäre vor allem zu sagen, daß ein solcher krämerhafter Vergleich in einer für Äthiopien dramatischen Zeit zumindest taktlos ist. Äthiopien erhält dringende Hilfe von sozialistischen und kapitalistischen Ländern, von internationalen Organisationen, aber niemand außer den Amerikanern hat es sich einfallen lassen, die Beiträge der anderen zu messen.

Zudem begann die UdSSR schon vor 7 Jahren, Äthiopien dringende Hilfe zu erweisen: mit Nahrungsgütern, Medikamenten, Zelten, Transport- und Funkmitteln. Seit Jahren sind sowjetische Ärzte nicht nur in den Städten, sondern auch in den entlegensten Gegenden Äthiopiens tätig. Auch sowjetische Massenorganisationen leisten bedeutende Hilfe. All das geschah schon damals, als Washington nichts unterließ, um das revolutionäre Äthiopien zu isolieren und "leise" abzuwürgen.

Was die von Washington Äthiopien versprochenen Lebensmittel angeht, so ist ihre Menge im Vergleich mit den Getreideüberschüssen in den USA verschwindend gering. Eine Gruppe von Kongreßmitgliedern, die das sehr wohl wissen, forderte den Präsidenten auf, die Hilfe für die Hungernden zu vergrößern. Darauf antwortete Reagan salbungsvoll, er empfinde Mitleid mit den Äthiopiern und möchte ihnen maximal helfen, könne es aber leider nicht. Er befürchte, daß diese Hilfe das Budget belasten würde, dessen Defizit (wegen der enormen Ausgaben für die Hochrüstung) katastrophale Ausmaße angenommen habe. Um das Defizit abzubauen, schont der Präsident nicht einmal

seine eigenen Armen und kürzt die Hilfsprogramme für sie. Ob es da moralisch sei, fragte Reagan, unter diesen Umständen die Hilfe für die Äthiopier zu vergrößern?

Die Amerikaner vergleichen die Menge der von ihnen versprochenen Lebensmittel mit denen, die die UdSSR schon liefert. Übrigens ist die Beförderung und Verteilung der Lebensmittel für die Äthiopier nicht minder wichtig als die Nahrung selbst. Darüber schweigt man sich in Washington aus, denn zu 75% werden die Lebensmittel ja mit sowjetischen Transportmitteln befördert. Ebenfalls damit wurden Ende 1984 Zehntausende Personen aus der Notstandszone evakuiert. Übrigens benutzen alle Transportmittel, die diese dringende Hilfe leisten, darunter solche aus den westlichen Ländern, Treibstoff und Öl aus der Erdölraffinerie im Hafen Assab, die seinerzeit mit sowjetischem Beistand entstand.

Die Lösung des Lebensmittelproblems, des akutesten für Afrika, die Schaffung der nötigen agrartechnischen Garantien gegen Naturkatastrophen sind ohne Entwicklung einer modernen Landwirtschaft unmöglich. Was haben die USA in dieser Hinsicht getan? Zu verschiedenen Zeiten einige Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Und die Sowjetunion? Mit ihrem Beistand wurde ein Traktorenmontagewerk gebaut, werden Getreidesilos, Kühlanlagen und die ersten Maschinen-Traktoren-Stationen errichtet. Mit sowjetischer Hilfe begann die komplexe Erschließung von 10 000 ha Neuland im Westen Äthiopiens. Ein Forschungszentrum zur Selektion und zum Schutz von Nutzpflanzen arbeitet erfolgreich. Die UdSSR hilft immer mehr bei der Ausbildung äthiopischer Fachkräfte. Gemäß einem im September 1984 unterzeichneten zwischenstaatlichen Programm der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wird die UdSSR bei der Erschließung von 60 000 ha Neuland im Awash-Tal helfen, ferner regionale Zentren zur Reparatur und zum Betrieb von Landmaschinen sowie Musterfarmen errichten. Hinzuzufügen wären Industrie-, Energie- und Transportobjek-

te, die mit sowjetischem Beistand gebaut wurden bzw. in Bau oder im Projektierungsstadium sind. So oder so arbeiten sie für die Landwirtschaft. Äthiopien geht es nicht um einmalige Zuwendungen, sondern eben um eine langfristige, vielfältige, großangelegte wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit.

Auf einer Pressekonferenz in Addis Abeba am 17. November sagte Mengistu Haile Mariam als Antwort auf eine Frage nach der Hilfe des Westens und der sozialistischen Länder, das seien zwei unvergleichbare Dinge. Mit Hilfe der RGW-Länder sei in den letzten 10 Jahren weit mehr geleistet worden als mit Hilfe des Westens in den viereinhalb Jahrzehnten der Herrschaft Haile Selassies I. Geschaffen worden seien neue Objekte der Industrie, der Energie- und Landwirtschaft, der Infrastruktur, außerdem seien neue Wirtschaftszweige und neue geographisch-wirtschaftliche Gebiete im Entstehen begriffen.

Im Westen nahm man die Hungersnot in Äthiopien auch für andere provokatorische Behauptungen zum Vorwand. So erklärt die "Washington Times", die UdSSR beliefere Äthiopien vor allem mit Waffen, während die Hilfe des Westens human sei. Das ist nichts Neues, solche Erklärungen werden seit 1978 abgegeben, als Äthiopien mit militärpolitischer Unterstützung der UdSSR, Kubas, der DDR und anderer sozialistischer Länder die Gefahr einer Aufteilung seines Territoriums verhütete, die von der weltweiten Reaktion unterstützten interventionistischen Kräfte Somalias aufs Haupt schlug und die wichtigsten Herde der konterrevolutionären Separatisten liquidierte. Die sowjetische Militärhilfe erfolgte in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien der UNO-Charta und der Statuten der Organisation der afrikanischen Einheit, wurde sie doch einem Land erwiesen, das Opfer einer Aggression war. Die USA dagegen verhängten ein Embargo über Waffenlieferungen an Äthiopien, versorgten jedoch die somalischen Aggressoren großzügig mit Waffen, allerdings über Drittländer.

Auch Äthiopien selbst wird im Westen diffamiert. So heißt es, die äthiopischen Behörden seien unfähig, die Hilfe effektiv zu nutzen, sie werde zweckentfremdet. In diesem Zusammenhang wollen wir nur soviel konstatieren, daß die internationale Hilfe das Problem nur zum Teil löst. Die Hauptlast tragen da das äthiopische Volk selbst, seine Führung, die Arbeiterpartei

Äthiopiens. Übrigens ist der Kampf gegen die Dürrefolgen die erste große Probe für die junge Partei. Sie hat die Probe in Ehren bestanden. Ihre Mitglieder wie auch Mitglieder ihres Zentralkomitees sind an den schwierigsten Abschnitten bei der Bewältigung der Dürrefolgen eingesetzt. Eine gewaltige Arbeit bei der Mobilisierung von Mitteln und Ressourcen wurde geleistet. Die Verleumdungen, die äthiopische Regierung sei hilflos, werden von Washington verbreitet, um den Afrikanern zu suggerieren, die sozialistische Orientierung habe sich als ineffektiv erwiesen. Dabei haben die Menschen auch in etwa 20 weiteren, kapitalistisch orientierten afrikanischen Ländern unter der Dürre zu leiden.

Neben dringenden Aufgaben löst Äthiopien auch längerfristige. Dazu gehört die organisierte Übersiedlung eines Teils der Bevölkerung aus der "Hungerzone", vor allem aus den Provinzen Wollo und Tigre. In den USA beeilt man sich, das politisch umzudeuten: Die äthiopische Regierung wolle eigens die Gebiete, in denen die Separatistenbanden wirken, "lebloos machen", ihnen die "Basis" in der örtlichen Bevölkerung entziehen. Sofort griffen auch die Rä-

deelführer der Separatisten diese Verleumdung auf.

Es ist unverkennbares Wunschdenken, wenn man im Westen von einer "Basis" der Separatisten in der Bevölkerung redet. Selbst die Einwohner, die die Separatisten unterstützten, sind nun ihrer militanten Demagogie, vor allem aber ihrer Überfälle und Plünderungen müde. Die Separatisten in Äthiopien setzen denn auch nicht auf das Volk, sondern auf die innere und äußere Reaktion. Das Gerede von der Unterstützung des Separatismus durch das Volk ist grober Betrug. Das Problem des Separatismus hat also mit Addis Abebas Übersiedlungspolitik nichts gemein.

Bei ihr handelt es sich um eine erzwungene, notwendige sozialökonomische und nicht verwaltungstechnische Maßnahme. Faktisch begann man damit bereits 1978. Schon sind etwa 100 000 Personen umgesiedelt worden, insgesamt sollen es 500 000 sein.

Übrigens fing eine spontane Abwanderung der Bevölkerung aus den nördlichen in die südlichen und südwestlichen Gebiete Äthiopiens bereits vor der Revolution an. Die Übersiedlung ist freiwillig und betrifft jenen Bevölke-

rungsteil, für den die einzige Alternative dazu das Verhungern ist. Wie Mengistu Haile Mariam betonte, handelt es sich um die Einwohner jener Gebiete, in denen aus natürlichen oder wirtschaftlichen Gründen die Wiederherstellung von Ackerbau oder Viehzucht zumindest in den nächsten Jahren nicht möglich ist.

Der Staat muß Riesenausgaben tragen. In den neuen Siedlungsgebieten entstehen moderne Orte mit den notwendigen Folgeeinrichtungen. Die Siedler bekommen Boden zugeteilt, werden mit Inventar, Saatgut und Düngemitteln versorgt. In der Regel entwickeln sich die neuen Wirtschaften auf genossenschaftlicher Grundlage. Neubetriebe in den Provinzen Bale, Wollega und in Gebieten, in denen die Nomaden zur Sesshaftigkeit übergehen, versorgen sich schon seit etlichen Jahren mit Lebensmitteln und liefern sogar Markterzeugnisse. Die staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen Äthiopiens tun nicht wenig, damit die Übersiedlung möglichst schmerzlos vor sich geht.

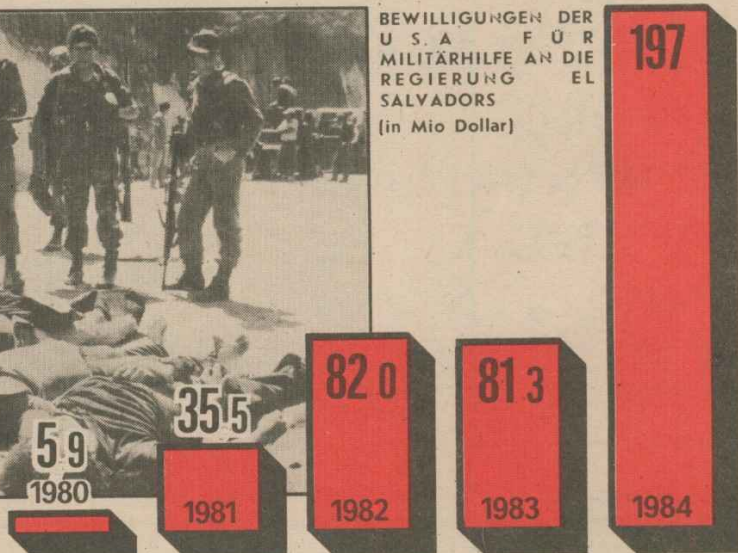
Das wären die Erdichtungen und die Fakten über Äthiopiens Kampf gegen die chronische Dürre.

G. GALPERIN

NZ-FOTODOKUMENTATION



BEWILLIGUNGEN DER
U.S.A. FÜR
MILITÄRHILFE AN DIE
REGIERUNG EL
SALVADORS
(in Mio Dollar)



BLUT UND DOLLARS

"Politisch ist Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion", schrieb Lenin. Heute treffen diese Worte in erster Linie auf den

US-Imperialismus zu. El Salvador, Nicaragua, Angola, Libanon, Grenada... Überall hinterläßt er seine blutigen Spuren. Geld und Waffen aus den USA erlauben den Marionetten Washingtons, die Repressalien gegen die Völker vieler Länder zu verstärken.

In El Salvador sieht die von Dollars

hochgezüchtete Todesrate so aus: Jede Million zur Bewaffnung der Regierungstruppen und der von den Großgrundbesitzern und Kapitalisten ausgehaltenen "Todesschwadronen" bedeutet immer neue Opfer unter der Zivilbevölkerung. Die Anzahl der Hingemordeten übersteigt bereits 50 000.

KESSELTREIBEN IN MITTELAMERIKA

Das Pentagon probt eine Invasion

Kriegsspiele der USA in Mittelamerika sind nicht nur zur ständigen Erscheinung geworden, sie werden auch immer umfangreicher. Den Pazifik und Atlantik befahren Kreuzer, Raketenträger und andere Schiffe der US-Marine. Alle Waffengattungen halten Manöver mit 90 000 Mann ab. In Vorbereitung sind "Filtrex"-85-Übungen an der Pazifikküste. Demnächst beginnt man, nach dem "Quick-Thrust"-(Eilvorstoß-)Programm eine Landung "an feindlicher Küste" zu üben. Außerdem sind "Readex-85"-Manöver der Kriegsmarine in der Karibik, bei Barbados und Puerto Rico, vorgemerkt. In Honduras werden US-Soldaten in letzter Zeit pausenlos gedrillt.

In der Karibik gilt das besondere Augenmerk Puerto Rico.

Auf dieser Insel sind vor kurzem Manöver der 82. Luftlandedivision, die sich bei dem Banditenüberfall auf Grenada hervortat, und der "Eingreiftruppe" abgehalten worden. Ein Teil der Mannschaften ist unlängst nach Honduras verlegt worden. Salinas in Puerto Rico hat man in ein großes Trainingszentrum der Bodentruppen und Fallschirmjäger umgewandelt. Der Luftwaffenstützpunkt Ramsey wird für Übungsoperationen der Luftstreitkräfte unter Teilnahme von B-52-Bombern benutzt.

Die Zeitung "Barricada" (Nikaragua) schreibt unter Berufung auf ausländische Presseagenturen, daß für Januar d. J. in

Panama Manöver unter der Kodebezeichnung "Minuteman 2" unter Teilnahme von 10 000 US-Soldaten geplant sind. Bemerkenswert ist, daß daran auch Einheiten der puertoricanischen Nationalgarde teilnehmen werden. Man gibt allerdings vor, man werde sie nur als Pioniere verwenden. In den USA ist es aber gesetzlich verboten, die Nationalgarde Puerto Ricos außerhalb dieses Landes einzusetzen. Pressemeldungen zufolge plant das Pentagon, daß die Puertoricaner in der beabsichtigten Intervention gegen Nikaragua den Kern des US-amerikanischen Truppenkontingents bilden werden. Die Manöver in Panama haben den Zweck, die Soldaten an das Tropenklima, das ja auch Nikaragua und El Salvador haben, zu gewöhnen. Aber noch eine Absicht des Pentagon ist unverkennbar: Es will bei der geplanten Intervention in Nikaragua spanischsprechende Soldaten verwenden.

Honduras ist zu einem Aufmarschgebiet der USA gemacht worden. Wie UPI meldet, steht zur Zeit in der Fonseca-Bucht unweit der Küste Nikaraguas und El

INTERVIEW

KAZUJI NAGASU: „DIE DREI NICHTNUKLEAREN PRINZIPIEN EINHALTEN“



In Japan wächst die Antikriegsbewegung an. Eine ihrer Formen ist die Erklärung von Städten und ganzen Präfekturen zu kernwaffenfreien Zonen. Die Selbstverwaltungen von fünf Präfekturen, sieben Bezirken des Distrikts Tokio und 199 Städten und Siedlungen, darunter die Präfektur Kanagawa, haben sich feierlich zu kernwaffenfreien Zonen erklärt. Der Gouverneur von Kanagawa, Herr KAZUJI NAGASU, hat unserem ständigen Berichterstatter in Japan, Juri Tawrowski, folgendes Interview gegeben:

Herr Gouverneur, was hat die Präfekturversammlung zur Annahme der Deklaration veranlaßt, in der es heißt, daß die Einwohner von Kanagawa zu den drei nichtnuklearen Grundsätzen stehen, Kernwaffen weder zu erzeugen noch zu erwerben und nicht zuzulassen, daß sie nach Japan gebracht werden!

Kanagawa ist mit US-Stützpunkten und anderen Militärobjekten förmlich gespickt. Darunter sind große wie der Marinestützpunkt Yokosuka und der Luftwaf-

fenstützpunkt Atsugi. Die Einwohner der Präfektur sorgen sich um ihre Zukunft. Ich würde diese Stimmung Nuklearsorge nennen. Je größer sie wird, desto stärker wird der Drang, die nukleare Abrüstung durchzusetzen. Als Einwohner und Gouverneur von Kanagawa bin ich fest entschlossen, meine Heimat vor der nuklearen Bedrohung zu schützen. Besonders stark wurde die antinukleare Bewegung vor zwei Jahren, vor der Sondertagung der UNO-Vollversammlung für Abrüstung. Eine Dele-

gation von Einwohnern Kanagawas reiste damals nach New York und überbrachte Vertretern der Weltgemeinschaft Petitionen mit der Forderung nach Frieden und Abrüstung. Danach kam die Bewegung für kernwaffenfreie Zonen in Gang. Dazu wurden die Städte Yokosuka, Yokohama, Kawasaki, Zama, Tujisawa und Hayama erklärt. Organisationen und Gruppen veranstalteten eine Unterschriftensammlung für die Forderung, ganz Kanagawa zur kernwaffenfreien Zone zu erklären. Die Zahl der Unterschriften reichte an 1,5 Mio heran! Nun nahm die Präfekturversammlung am 5. Juli 1984 die "Deklaration über die Erklärung der Präfektur zur kernwaffenfreien Zone" an. Wir haben den Wortlaut den Regierungschefs der fünf Nuklearmächte, den Leitern der UNO und anderer Weltorganisationen zugehen lassen.

Ich kann gar nicht sagen, wie bewegt ich das Antwortschreiben Nikolai Tichonows, Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, las. In der Sowjetunion hat man die Einstellung der Bürger Kanagawas zu den Kernwaffen verstanden und ihr zugestimmt. In dem Schreiben Tichonows

Salvadors die dritte Phase der "King's Guard"-Marinemanöver bevor. In Honduras werden andauernd Luftwaffenstützpunkte modernisiert und neugebaut. Ebenso entstehen Pisten für schwere Flugzeuge. Bezeichnend ist folgendes: Belief sich die militärische Hilfe der USA an Honduras 1980 auf 3,9 Mio Dollar, so Ende 1984 schon auf 77,5 Mio. Die Luftwaffe von Honduras hat 232 verschiedene Flugzeuge und Hubschrauber, darunter moderne Jagdbomber. Offiziell

Militärberater aus den USA drillen honduranische Soldaten

Foto: TASS



stehen dort 16 000 Mann unter Waffen, aber dem Londoner Internationalen Institut für strategische Forschungen zufolge sind es beinahe doppelt so viel.

Jetzt haben in Washington Verhandlungen mit Honduras wegen eines neuen Vertrags über "gegenseitige Militärhilfe" und den Bau noch eines permanenten US-Militärstützpunkts begonnen.

Ist Honduras ein strategisches Aufmarschgebiet, so ist Guatemala in den Plänen der USA die Rolle eines Militär-Industrie-Zwergkomplexes angewiesen. "Nuevo Diario" (Nikaragua) schreibt, daß Ende 1983 eine Beratung von Vertretern der USA, Israels und Guatemalas abgehalten und dabei der Beschluß gefaßt wurde, in der Entwicklung der Rüstungsindustrie und ihrer Zubringerindustrien der am Atlantik und Pazifik liegenden Gebiete Guatemalas über 200 Mio Dollar zu investieren. Die USA rechnen darauf, daß Guatemala es in 5 Jahren geschafft haben wird, die Rüstungsproduktion in Gang zu bringen und die Nachbarländer mit Waffen zu beliefern. So sollen im Raum von Puerto Barrios ein Hüttenwerk und ein Petrolchemiebetrieb gebaut werden. In Guatemala wird man israelische Kfz-Kampfflugzeuge zusammenbauen.

Die US-amerikanischen Rüstungsliefe-

rungen an Guatemala, die von der Regierung Carter abgebrochen wurden, sind 1982 wiederaufgenommen worden. Jetzt fließen Guatemala Investitionen und andere Dollarzuschüsse zu.

Aufschlußreich ist, daß Washington sogar Kostarika, das traditionsgemäß nie eine Armee hatte, immer mehr in seine militaristischen Pläne einbaut. Bekam dieses Land 1980 keinen Cent für Militärausgaben, so ließen ihm die USA 1984 bereits 2,1 Mio Dollar dafür zukommen. Das Pentagon plant, die "Sicherheitskräfte" zu modernisieren und mit neuen Waffen auszurüsten. Auch besteht ein Programm für die Ausbildung Angehöriger der kostarikanischen Bürgergarde (Polizei) an Militärschulen der USA in der Panamakanalzone. Immer öfter laufen Schiffe der US-Marine Häfen Kostarikas an. Vor kurzem war General Paul Gorman, Befehlshaber des Südlichen Militärkreises der USA, zu einer Inspektionsreise dort. Es ist schon beschlossen worden, daß die Industrie Kostarikas für die Armeen der proamerikanischen Regimes in Mittelamerika Monturen, Lederzeug, Schuhwerk und Konserven liefern wird.

W. DOLGOW
Eigenbericht

Managua

kommt prägnant die Politik der UdSSR im Hinblick auf Krieg und Frieden, auf die nukleare Abrüstung und auf Festigung des Vertrauens zwischen der UdSSR und Japan zum Ausdruck. Ich meine den Vorschlag zu einem bilateralen Abkommen über Garantien dafür, daß die UdSSR keine Kernwaffen zum Einsatz gegen Japan bringen wird, falls es die Verpflichtung bestätigt, sich strikt und konsequent an die drei nichtnuklearen Grundsätze zu halten. Ich möchte dem Vorsitzenden des Ministerrats nochmals für die unverzügliche und ausführliche Antwort danken.

Der nukleare Flugzeugträger "Carl Vinson" hat Yokosuka angelaufen. Wie verhält sich das Einlaufen kernwaffenbestückter Schiffe der US-Flotte in Häfen Kanagawas mit dem kernwaffenfreien Status dieser Präfektur? Wie denken Sie über die Aufforderungen japanischer Politiker an die Leiter der kernwaffenfreien Zonen, dafür zu sorgen, daß die Einhaltung des kernwaffenfreien Status strikter kontrolliert werden soll, und über die Ansicht dieser Politiker, daß die Erklärung zu kernwaffenfreien Zonen andernfalls die Gegner der Atomwaffen nur einlullen

und den Kampf zum Abflauen bringen würde?

Das sind sehr komplizierte Fragen. Nach dem "Sicherheitsvertrag" muß das US-amerikanische Oberkommando, wenn es Kernwaffen nach Japan zu schicken beabsichtigt, unsere Regierung um Zustimmung ersuchen. Unsere Regierung behauptet, wenn keine solchen Konsultationen abgehalten wurden, seien auch keine Kernwaffen hierher befördert worden. Aber viele haben den Verdacht, daß die USA trotzdem, ohne offizielle Zustimmung und ohne alle Konsultationen, Kernwaffen herschicken. Die Präfekturverwaltung kann die unsere Häfen anlaufenden US-Kampfschiffe nicht revidieren, dazu sind wir nicht befugt. Jedenfalls ersuchen wir die Regierung um Klarstellungen. Auch dieses Mal haben der Gouverneur der Präfektur und der Bürgermeister von Yokosuka an Außenminister Shintaro Abe geschrieben und ihn im Namen der Bevölkerung ersucht, das Einlaufen der "Carl Vinson" zu untersagen. Die Erklärung zu kernwaffenfreien Zonen ist vor allen Dingen ein Appell an die Vernunft.

Wie denken Sie über die Zukunft der drei nichtnuklearen Grundsätze?

In Japan fragt man öfter, ob die drei Grundsätze nicht auf 2,5 oder sogar nur auf 2 zusammengeschmupft sind. Man denkt dabei an die Übertretung des dritten, laut dem die Einfuhr von Kernwaffen nach Japan wie auch in den Luftraum und die Hoheitsgewässer unseres Landes nicht zugelassen werden darf. Für Sicherheit und Leben der 7,5 Millionen Einwohner der Präfektur Kanagawa verantwortlich, fühle ich mich verpflichtet, alles für die Aufrechterhaltung der drei nichtnuklearen Grundsätze zu tun. Ich bin Mitglied des in unserem Land gegründeten "22er Ausschusses für nukleare Abrüstung". Er besteht aus namhaften Politikern, Vertretern der Sozialistischen Partei und der Komeito, aus den Bürgermeistern von Hiroshima und Nagasaki sowie aus Wissenschaftlern. Nach unserer Ansicht muß die Bewahrung des Weltfriedens, von der ja die Zukunft unseres Landes abhängt, die Hauptaufgabe der japanischen Politik sein. Die strikte Befolgung der drei nichtnuklearen Grundsätze ist unbedingt notwendig, und wir werden uns ganz energisch dafür einsetzen.

Tokio

KEIN ERBARMEN

Wollte man eine Medaille für die einstigen, jetzigen und gleichzeitig auch künftigen "Verdienste" des Kapitals stiften, müßte man erst nicht lange nachdenken. Die Idee ist fix und fertig. Auf der einen Seite brauchte man nur einen Dollar zu prägen, auf der Kehrseite eine Neutronenbombe oder einen Giftgasballon. So würde das Endziel des Kapitals deutlich sichtbar, ebenso wie die Mittel, es durchzusetzen. Die Menschen aber? Solche Kleinigkeiten kann man sich sparen. Ganz wie im Leben.

Im indischen Bhopal wurden rund 200 000 Menschen in Mitleidschaft gezogen, weil die "Union Carbide" aus den USA bei ihrer Arbeit mit Giftstoffen an der Sicherheitstechnik sparte. Mehr als 2500 Menschen kamen um. Wessen Angehörige durch das amerikanische Giftgas dahingerafft wurden, hat einen nicht wiedergutzumachenden Verlust erlitten. Das bestreitet "Union Carbide" nicht. Kaum war jedoch die erste Woge der Empörung über das Verbrechen dieses Konzerns vorüber, deuteten dessen Manager an, ein materieller Ausgleich für die Opfer und die menschlichen Leiden würde es höchstwahrscheinlich nicht erfolgen.

Mit einem Problem allerdings müssen sich die Herren herumschlagen. Irrendwie mußte ihren Landsleuten und einigen Verbündeten schließlich beigebracht werden, daß bei ihnen nichts derartiges geschehen könne. Auf den asiatischen, afrikanischen, lateinamerikanischen und anderen "Entwicklungshinterhöfen" sparen wir zwar, aber bei den

Vertretern unserer "freien Welt", insbesondere der US-amerikanischen, ist das etwas ganz anderes, so wertvoll wie die sind.

"Union Carbide" hat an Fremden gespart. Ein anderer amerikanischer Mörderkonzern, "Amory mining", an eigenen Leuten. In ihren Gruben im Staat Utah kamen kurz vor Neujahr 27 Bergleute um. Auch hier erschien das Leben der Amerikaner den Besitzern von "Amory



Mining" billiger als die Sicherheitstechnik. Und hier handelte es sich um Amerikaner. Auch für das Leben von Landsleuten geben solche Herrschaften offenbar keinen Groschen. Auf der Jagd nach Profit macht das Kapital keinen Unterschied zwischen eigenen und fremden Bürgern.

V. Wiktorow

Das Firmenschild der "Union Carbide" auf dem verödeten Werkgelände, erinnert daran, welche Gefahr die Allmacht der Monopole birgt.

Foto aus: "Time" (USA)

DIE TANTE GEKILLT

Eliza Doolittle, Bernard Shaws Heldin aus "Pygmalion", dachte, bevor sich die Blumenverkäuferin als fair Lady entpuppte, zwar grob, aber klar. Als sie das Verschwinden des heißgeliebten Hutes der Tante und den gewaltsamen Tod der alten Dame miteinander verglich, kam sie zu der unschlagbaren Feststellung: "Wer den Hut gemaust hat, hat auch die Tante abgemurkt."

Dem Landsmann und Namensvetter des berühmten britischen Dramatikers, dem Innenminister Großbritanniens Giles Shaw, kam ein ähnliches Sujet auf den Tisch. Ein Teilnehmer am Falkland-Krieg und ehemaliger Offizier der Seeaufklärung, Robert Green, erklärte, seine 78jährige Tante, Mrs. Murrell, sei ein Opfer von Geheimdienstagenten geworden, die in das Haus eingedrungen seien, um auszukundschaften, ob sich dort Beweise dafür fänden, daß er, Robert Green, Schuld daran trage, daß Informationen über die Beschließung des argenti-

nischen Kreuzers "Belgrano" an die Öffentlichkeit gelang. Die Presse hatte geschrieben, Green habe am 1982 dem britischen "Conqueror" über ein Signal zum Angriff auf den Kreuzer gegeben.

Wie sich herausstellte, keinerlei Grund zum Angriff. Gezielt wurden der Kreuzer, getötet werden sollte der friedlichen Beilegung des Konflikts, dessen Beginn London nicht Resultat: 368 argentinische Seeleute fanden den Tod. Die Schuldigen wollten die Sache verwässern, was ihnen jedoch gelang. Die Wahrheit an die Oberfläche sucht man einen bösen Bock. Robert Green, net, etwas mit der Öffentlichkeit zu tun zu haben.

"Wer im Haus hiberniert, hat auch die Tante ermordet. Sie hätte unliebsamer Zeugen kennen", meint Robert Green. Die alte Dame liebte eben Eliza Blumen. Mrs. Murrell züchtete Rosen, die in den Ländern Bewußtsein auslösen.

V. M.

BONNER KOPFZERBRECHEN

Die "Frankfurter Rundschau" konstatiert: "Der Tag der Kapitulation bereitet in Bonn Kopfzerbrechen... Der Bundesregierung geht es darum, eine Form angemessenen Gedenkens zu finden, die für sie ohne politischen Schaden im Innland und Ausland bleibt."

Warum dieses Kopfzerbrechen? Dem Berichterstatter der "Welt" wurde im Bundeskanzleramt erläutert, was es damit auf sich habe. Dort ist man der Ansicht, daß der 40. Jahrestag "keinen Grund zu besonderen Feiern" (!) bietet und "Bundeskanzler Kohl möchte, daß der ... 40. Jahrestag der deutschen Kapi-

titulation ... still begangen wird". Man könne sich auf einen Gottesdienst im Kölner Dom beschränken, wo "für die Opfer der Gewaltherrschaft und für die Erhaltung des Friedens gebetet werden" solle.

In Bonn ist man also für Stille? Die Führer der revanchistischen Landsmannschaften wollen jedoch in Hannover ein "Schlesiertreffen" abhalten, für das Bundeskanzler Kohl schon eine Rede zugesagt hat. Ist es erstaunlich, daß das starke Proteste im Lande, darunter in der sozialdemokratischen Opposition im Bundestag, ausgelöst hat?

"Politischer Schaden im Aus-

land". Den hat Bonn schon angerichtet. In Polen und bei uns kann das Hannover-Treffen nur Empörung hervorrufen. Offenbar aber hält es Bonn heute für angebracht, nicht darüber nachzudenken, was in den sozialistischen Ländern über die einen oder anderen Schritte der BRD gedacht wird. Dort linst man nur nach Westen, wofür sich ein weiterer Beweis findet: In politischen Kreisen der CDU/CSU gab es Besorgnis, ob die Staatsmänner des Westens, die Anfang Mai zu einem "Gipfeltreffen" nach Bonn kommen wollen, nicht etwa ihren Sieg auf deutschem Boden feiern wollen? Wenn das nun die Beziehungen der Bundesdeutschen zu ihren jetzigen

Verbündeten beeinträchtigt. Eine andere Sorge der Regierungsparteien: Welches Bonn des Feierns enthält dann die CDU bei den Feiern im Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen nicht Stimmberechtigten?

Des Kopfzerbrechens kein Ende. Dabei könnte sich das alles sparen, brauchte nur in die UNO-Kapitulation zu blicken, die der Weltöffentlichkeit auf den 8. und 9. Mai als Feiertag gegen die Gefahr des Faschismus, als Tag des Kampfes gegen die Gefahr des Faschismus zu begehen, allerdings müßte man die ausfordernde revanchistische Demonstrationen vermeiden.

A. KOS

NOCH MEHR GEWALT

Die spanische Zeitschrift "Cambio 16" meldete kürzlich, der chilenische Diktator Pinochet sei mit seinen 68. Jahren in guter Form, stehe um halb sechs Uhr früh auf und stemme zweimal am Tag Hanteln. Der chilenische Oberfaschist möchte seine Washingtoner Gönner offenbar davon überzeugen, daß man ihn noch nicht abzuschreiben braucht und er zumindest bis 1989 seinen Sessel nicht abgeben werde.

Dieser Sessel aber gleicht nach einhelliger Ansicht politischer Beobachter immer mehr einem Pulverfaß. Die Wirtschaft steckt in einer anhaltenden Krise. Das Land stöhnt unter der Last der Auslandsschulden in Höhe von 20 Md. Dollar — eine der höchsten Summen im Pro-Kopf-Verhältnis in der Welt. Jeder dritte Chilene ist ohne Arbeit. Ununterbrochen gibt es Pleiten. Die politische Opposition aktiviert ihre Suche nach Bündnissen, um die nationale Einheit gegen den Diktator zu gewährleisten.

Worauf hofft Pinochet? Auf Gewalt! Dazu spannt er nicht nur die eigenen Muskeln. Ende vergangenen Jahres wurde außer dem Ausnahmezustand auch noch der Belagerungszustand verhängt. Zusammen mit dem sogenannten Gesetz über die "Bedrohung des Friedens" gestatten es derartige Maßnahmen den Militärbehörden, wen sie wollen ins Gefängnis zu werfen oder zu verbannen. Nach elf Jahren Amtszeit sei die Regierung Pinochet gezwungen, das Land mit militärischer Gewalt zu regieren und wie ein fremdes Okkupationsheer zu handeln, äußerte der Vorsitzende der einflußreichen oppositionellen Christlich-Demokratischen Partei Chiles, Gabriel Valdes.

Trotz der Repressalien wird der Widerstand gegen die Diktatur immer stärker. Zu den nationalen Protesttagen gehen Hunderttausende Chilenen auf die Straße, fest entschlossen, der Diktatur ein Ende zu setzen.

Pinochet werden weder Hanteln noch das Heer, noch die Finanzoligarchie, noch das Pentagon im Hintergrund helfen. Die Zeit des Usurpators verrinnt!

A. BARYSCHEW



TAFEL ENTFERNT, GEIST GEBLIEBEN

Die Geschichte der Karl-Franzens-Universität im österreichischen Graz reicht weit in die Vergangenheit zurück. Ge-gründet wurde sie 1586 von Jesuiten. Und blieb lange Zeit den Traditionen des Ordens treu. Die Jahre vergingen, und 350 Jahre später zeigte die Universität die Neigung zu anderen Traditionen: im 20. Jahrhundert wurde sie zur Brutstätte des Faschismus. Während die mittelalterlichen Gründerväter jedes Verbrechen "zum Ruhm Gottes" für gerechtfertigt hielten, brachten die österreichischen Faschisten ihrem Götzen Hitler die Unabhängigkeit der Republik und die Freiheit des Volkes zum Opfer. Nun, vor dem 400. Jahrestag der Universität, erschien an deren Mauern eine Tafel mit der Inschrift: "Im Gedenken

an alle ihre Angehörigen, die in den Jahren 1934—1955 der politischen Willkür und dem zweiten Weltkrieg zum Opfer gefallen sind."

Ein harmloser Mensch könnte glauben, gemeint seien die Opfer des Faschismus. Denn die Willkür im Land kam von den Faschisten: seit 1934 von einheimischen und 1938 von den Nazis des "Dritten Reichs". Doch von der "braunen Pest" wurde Österreich zehn Jahre früher gesäubert, als die Gedenktafel angibt.

Der Akademische Senat der Grazer Universität setzte mit der Stiftung dieser Tafel (vielleicht auf Anraten der Neonazis?) ein Gleichheitszeichen zwischen der in den Jahren 1934—1945 herrschenden faschistischen Willkür und der zeitweiligen (bis 1955) Besetzung Österreichs durch Truppen der vier Siegermächte.

Diese politische Provokation rief in breiten Kreisen der österreichischen Öffentlichkeit Empörung hervor. Unter ihrem Druck mußte die Schandtafel verschwinden. Was einem jedoch nicht in den Kopf will: Wie konnte es überhaupt in einem Land dazu kommen, das sich auf den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und den 30. Jahrestag des Staatsvertrags vorbereitet, der Österreich die Selbständigkeit und die staatliche Integrität zurückgab?

G. MJASNIKOW

Die "Schandtafel", wie Studenten dieses Machwerk taufen, löste bei den Österreichern berechtigten Zorn aus.

Aus: "Volksstimme" (Österreich)



NICHT ZU VERGESSEN!

NBC verkündete ihren Zuschauern, die Regierungstruppen in El Salvador hätten die Kinder zum Weihnachtsfest mit Spielzeug beglückt. "Auf diese Weise hoffen wir, mit der Zeit den Krieg zu gewinnen", wurde dem Korrespondenten bedeutet. "Die

Regierung hofft", setzte der Journalist dem hinzu, "daß die 8jährigen Jungen, wenn sie heranwachsen, sich erinnern werden, wer ihnen zu Weihnachten 1984 Spielzeug geschenkt hat".

Sie werden sich bestimmt erinnern! Nur nicht an die

billigen Gaben der Weihnachtsmänner mit den geschulterten US-amerikanischen M-16-Flinten. Die Kinder von El Salvador werden ihr Lebtag nicht vergessen, wer Leid über sie gebracht, wer ihre Mütter und Väter erschossen hat.

A. WASSILJEW

IM ZEICHEN DES SUPERDOLLARS

Felix GORJUNOW

Nach der zyklischen Krise von 1980–1982, der tiefsten der Nachkriegszeit, und nach der Depression von 1983 erholte sich die Wirtschaft des Kapitalismus im vorigen Jahr. Die Belebung war ungleichmäßig: Die USA und Japan wiesen ein relativ hohes, Westeuropa ein bescheidenes Wirtschaftswachstum auf.

Kurzlebiger Boom

Der nach der wirtschaftlichen Belebung 1983 einsetzende Boom in der US-Industrie war der stürmischste, wenn man ihn mit der entsprechenden Phase der anderen Zyklen der Nachkriegszeit vergleicht. In den meisten Zweigen lag die Industrieproduktion im ersten Halbjahr über dem Vorkrisenstand, ihre Zunahme belief sich auf 10%. Ebenso wie in den früheren Zyklen erweiterte sich in der Phase des Aufschwungs die Verbrauchernachfrage. Die Krise, in der der Wohnungsbau und die Automobilindustrie 1979–1982 steckten, schuf einen Staubeck. Vermögende Amerikaner kauften in der Hoffnung, die schlimmste Zeit schon überstanden zu haben, trotz hoher Preise und Zinsen Wohnhäuser und Autos (ein durchschnittliches Einfamilienhaus kostet rund 80 000 Dollar). In nur einem Jahr wurden 1,5 Mio Neubauten angefangen, der Pkw-Ausstoß erreichte 7,9 Mio Stück. Zur Konjunkturbelebung trugen eine Senkung der Einkommensteuer und besonders der den Industriellen zugeordnete Steuernachlässe für den Verschleiß von Ausrüstungen bei. Das begünstigte die Investitionen, die in einem Jahr um 14% zunahmen.

Was die Aktivität der Unternehmer nicht zuletzt stimulierte, war die Veränderung des Verhältnisses auf dem Arbeitsmarkt zu ihren Gunsten. Als die Arbeitslosigkeit 1982, mitten in der Krise, 12% erreichte, zwangen die Unternehmer die Gewerkschaften zum Lohnstopp, und dies trotz der gewachsenen Arbeitsintensität. Die Löhne hinkten auch 1984 den wachsenden Leistungen hinterher: Die Kosten einer Arbeitskräfteeinheit stiegen um knapp 2%, die Arbeitsproduktivität in der Industrie erhöhte sich aber um 3%. Das ist der Durchschnitt, und in der verarbeitenden Industrie z. B., wo die Unternehmer, statt neue Kräfte einzustellen,

Überstunden einführen, stieg die Leistung je Beschäftigten um 8%. Zwar ging die Arbeitslosigkeit 1984 insgesamt auf 7,4% (8,4 Millionen Personen) zurück, doch vornehmlich durch Vergrößerung der Beschäftigung in der Dienstleistungssphäre, in der die Löhne und Gehälter weit niedriger als in der Industrie sind. (Übrigens vertritt der "Aktionsrat für Vollbeschäftigung" folgende Meinung: In die Arbeitslosenstatistiken sind die 5,5 Millionen Kurzarbeiter sowie die amtlich nicht erfaßten Beschäftigungslosen aufzunehmen. In diesem Fall betrüge die Arbeitslosigkeit 13%.) Westliche Wirtschaftswissenschaftler meinen, die wirtschaftliche Belebung habe die materielle Lage der Arbeiterfamilie nicht verbessert. Ihre Realeinkünfte blieben im vergangenen Jahr genau wie vor 10 Jahren. Mehr als alle übrigen Bevölkerungsgruppen profitierte von den Reagconomics die "obere Mittelklasse", die 20% der amerikanischen Familien ausmacht. Ihre Einnahmen stiegen in den letzten 4 Jahren um 9%, während die Reallöhne und -gehälter von 40% der Amerikaner zurückgingen (siehe Aufstellung).

Während 11,7% der Amerikaner, wie die Oberbürgermeisterin von Washington, Marion Barry, zugab, 1979 als arm eingestuft waren, stieg ihr Anteil bis Anfang 1984 auf 15,2% der Bevölkerung. In den ersten vier Jahren von Reagans Präsidentschaft stießen zu den früheren Armen weitere 9 Millionen.

Eine wichtige Rolle bei der Stimulierung der Konjunktur spielten die enormen Ausgaben der republikanischen Administration für die Hochrüstung. Sie wird aus Anleihen des US-Schatzamt auf dem inneren und dem internationalen Geldmarkt bezahlt. Die Produktionszunahme im militärischen Sektor (12% im Jahr) liegt über dem allgemeinen Wachstum der Industrieproduktion. Der Militär-Industrie-Komplex verminderte seine Laufgeschwindigkeit auch dann nicht, als in der zweiten Jahreshälfte in der Konjunktur eine jähe Wende eintrat. Dafür begann die Auslastung der Kapazitäten in der Industrie schnell zu sinken, bis sie 80% erreichte (der Vorkrisenstand betrug 83%), der Wohnungsbau verlangsamte sich, die Bestände an nichtrealisierten Erzeugnissen bei Industriellen und Käufern begannen anzuschwellen.

Nun raten Geschäftsleute und

Wirtschaftsexperten, ob es sich um eine Verlangsamung oder die nächste Depression handelt. Eher sei das ein "Ausgleich" des Wirtschaftswachstums, das im kommenden Jahr mindestens 3% ausmachen werde. Aber das Ausgleichsgerede kann die Geschäftskreise kaum animieren. Die Hoffnungen aus den unvergeßlichen Tagen der 60er Jahre hätten sich verflüchtigt, schrieb die Wochenzeitung "Business Week" im Dezember. Der 3-Prozent-Zuwachs ist immerhin wesentlich weniger als die vom Weißen Haus der USA-Wirtschaft für lange Jahre versprochene 5-Prozent-Zuwachsrate.

Mit fremden "Kohlen"

Der kurze Boom von 1984 half den Republikanern bekanntlich, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, doch konnte er die Gebrechen der Wirtschaft, die von nüchternen Experten betont werden, nicht auskurieren. "Trotz des raschen Wachstums im Laufe des Jahres 1983 und in der ersten Hälfte 1984 lagen die durchschnittlichen Zuwachsraten in der Wirtschaft faktisch unter dem Durchschnitt der ganzen Nachkriegszeit, besonders in Anbetracht der tiefen Talfröh von 1981/82", schreibt Lawrence Chimere, führender Wirtschaftsexperte der Forschungsfirma Chase Econometrics. "Der heutige Aufschwung hat in der Hauptsache die wirtschaftlichen Verluste der vorausgegangenen Jahre wettgemacht." Angesichts der ersten Zerrüttung des Finanzsystems durch die chronischen Defizite des Bundeshaushalts (im Finanzjahr 1982/83 belief sich das Defizit auf 195,4 Md., 1983/84 auf 175,3 Md. Dollar) und als Folge der verschlechterten Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Waren auf dem Weltmarkt könnten es sich die USA laut Chimere nicht leisten, gleichzeitig die Steuern zu senken und die militäristischen Programme zu erweitern. Dabei ist gerade das die eigentliche Wirtschaftspolitik der republikanischen Administration.

Die Zerrüttung der Staatsfinanzen geht mit einem keineswegs rosigen Zustand im Banksystem einher. Bis Oktober 1984 waren 66 Banken bankrott (vergleichsweise: 1981 waren es 10, 1982 schon 42). Das Bundesamt für Einlagenversicherung betrachtet 797 kleine und mittlere Banken als

unzuverlässig. Der Hauptgrund für ihre finanzielle Schwäche sind die 190 Md. Dollar Farmerschulden. Wie sich erweist, sind zwei Drittel der Farmen außerstande, den Banken auch nur die Zinsen zu zahlen.

Aber die Probleme der kleinen und mittleren Farmen und Banken kümmern das Weiße Haus und das Bundesreservat wenig. Viel mehr Sorgen bereitet ihnen der Dollar, und seit Beginn der 80er Jahre sind die Machenschaften mit der Währung das Hauptmittel der von Reagan versprochenen "Wiederherstellung von Amerikas Leistungsvermögen".

Diese "Wiederherstellung" erfolgte offensichtlich auf fremde Kosten. Die heraufgeschraubten Zinssätze in den Banken der Wall Street pumpen schon seit 4 Jahren ausländisches Kapital in die USA, und dies in immer breiteren Ausmaßen. Während der Belebung und des Aufschwungs fuhr die Wirtschaftslokomotive der USA faktisch mit fremdem "Treibstoff". Nach Schätzungen der westlichen Presse verbrauchte die US-Wirtschaft allein im ersten Halbjahr v. J. 160 Md. Dollar ausländisches Kapital; das ist viermal soviel wie im ganzen Jahr 1983. Ausländer investierten nicht nur in der US-Industrie. Ein beträchtlicher Teil ihrer Anlagen galt dem Zweck, das Defizit des Bundeshaushalts zu decken. Allein in den ersten 6 Monaten 1984 erwarben Ausländer Obligationen der staatlichen US-Anleihen für 20 Md. Dollar. Der Zustrom von Auslandskapital in die USA erreichte in den letzten Jahren solche Ausmaße, daß einige westliche Wirtschaftler nicht ohne Grund annehmen: Das frühere Gläubigerland USA sind heute ein Schuldnerland. Ihre Außenschulden betragen schon über 800 Md. Dollar (doppelt soviel wie die Gesamtschulden Lateinamerikas).

Die Lokomotive zieht nicht

Ein Merkmal des Industriebooms 1984 in den USA war ein beispielloser Importanstieg. Er bewirkte ein Außenhandelsbilanzdefizit, das fast doppelt so hoch wie 1983 war. Im vergangenen Jahr war der Import laut Vorschätzungen um 130 Md. Dollar größer als der Export.

Die USA sind dabei, auf fremde Kosten nicht nur ihre Streitkräfte, sondern auch ihre Produktionskapazitäten neu auszurüsten. Auf die importierten Werkzeugmaschinen z. B. entfallen 40% des gesamten US-Marktes für Werkzeugausrüstungen. Die Einfuhr von elektronischen Anlagen war 1984 erstmals höher als die Ausfuhr. Etwa ein Drittel des 1984 investierten Kapitals verwendeten die

US-Industriellen für den Ankauf ausländischer Ausrüstungen.

Japan profitierte mehr als die anderen kapitalistischen Länder vom Aufschwung in den USA: Auf Japan entfiel beinahe ein Drittel des gesamten US-Handelsdefizits. Unter den Kessel der amerikanischen Lokomotive schippte das japanische Business freigebig nicht nur technische Novitäten, sondern auch die "Kohlen". Japanische Industriefirmen erweiterten ihre Produktion in den Filialen in den USA, Bankiers investierten in Aktien amerikanischer Gesellschaften und kauften Obligationen der US-Schatzkammer auf. Die Exportorientierung der japanischen Industrie brachte der Geschäftswelt auch 1984 beträchtliche Dividenden. Doch die Abhängigkeit des Landes von der Konjunktur in den USA ruft in Tokio zunehmende Besorgnis hervor. Das ist verständlich: Der Rückgang der Geschäftstätigkeit in den USA in der zweiten Jahreshälfte zog sofort einen Produk-

tionsrückgang in der japanischen Industrie nach sich. Die individuelle Konsumtion nahm 1984 nur unbedeutend zu, auch der Wohnungsbau wahr eher lahm. Vorläufig haben auch die erhöhten Investitionen in neue, intelligenzintensive Zweige und Technologien noch keine Erweiterung des Inlandsmarktes bewirkt.

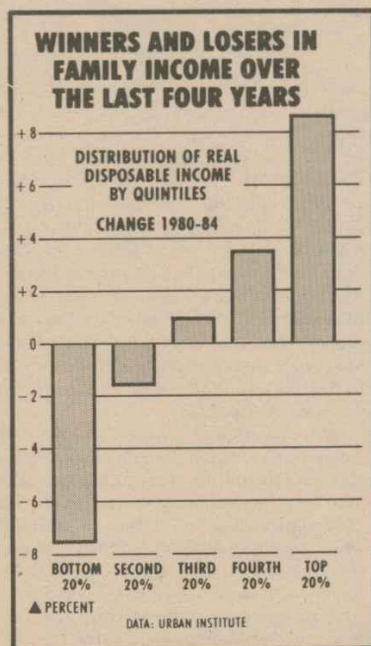
Der wirtschaftliche Aufschwung in den USA hat ferner den Umfang des transatlantischen Handels beeinflußt. So erweiterte die BRD ihren Export 1983 bis erste Hälfte 1984 um 49%, bei Großbritannien waren es 22%. Aber entgegen Reagans Versprechungen, die US-Lokomotive würde, ebenso wie nach der Krise von 1973-1975, die westeuropäische Wirtschaft über den toten Punkt hinausbringen, ist das nicht der Fall. Im September klagte "Financial Times" (London), diesmal habe die Lokomotive "doppelt so stark gezogen, aber das Vorankommen in der westeuropäischen Wirtschaft war nur halb so groß". Die USA schafften es vor allem deshalb nicht, weil sie zugleich ihren NATO-Bündnispartnern Kapitale entlockten, die die Westeuropäer sonst hätten für Investitionen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden können.

Vorschätzungen zufolge belief sich die Wachstumsrate in der Bundesrepublik 1984 auf 2,5%. Aber die durch Exporterweiterung stimulierte Zunahme der Industrieproduktion führte zu keinem Rückgang der Arbeitslosigkeit: Sie sank nicht unter 2,3 Millionen. Relativ bescheiden (3,5%) war in der BRD auch der Investitionszuwachs.

Der britischen Wirtschaft half im vorigen Jahr nicht einmal die Exporterweiterung. "Der Umfang der Industrieproduktion hat den Tiefststand der letzten zwei Jahre erreicht." So "Financial Times". In der verarbeitenden Industrie war das Produktionsniveau um 10% niedriger als selbst 1978. Schuld an der deplorablen Verfassung der britischen Industrie sind nicht die seit nunmehr 10 Monaten streikenden Bergleute, wie die Rechtspresse versichert, sondern die Kreditpolitik der Tory-Regierung. Einen negativen Einfluß auf die Geschäftsaktivität im Lande hatten ferner die hohen Zinsen, die die Bank of England mit einem Seitenblick auf die Wall Street aufrechterhalten mußte. Praktisch hat Großbritannien die Depression nicht überwunden und weist mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Westeuropa — über 13% der Arbeitskräfte bzw. 3,5 Millionen Personen — auf.

Frankreichs wirtschaftliche Kennziffern waren 1984 höher als jenseits des Ärmelkanals, aber niedriger als bei den übrigen EG-Ländern. In den ersten 9 Monaten stieg die Industrieproduktion

GEWINNER UND VERLIERER DER 4 JAHRE REAGANOMICS



Die aus "Business Week" [USA] entnommene Graphik zeigt, daß das Lebensniveau für 60 Prozent der amerikanischen Familien von 1980 bis 1984 absolut gesunken ist. Die Realgewinne von 20 Prozent der reichsten Familien dagegen sind gestiegen.

um 2% und nahmen die Investitionen um 3% zu. Positiv war die Kürzung des Außenhandelsbilanzdefizits auf die Hälfte



BRUTTOINLANDS-PRODUKT

Wachstumsrate
in % zum Vorjahr

1982 1983 1984*

Sämtliche kapitalistischen Industrieländer	—0,5	2,2	4,5
USA	—2,4	3,4	6,2
EG	0,4	0,8	2,1
Japan	3,0	3,0	5,3

*Vorschätzung

gegenüber 1983. Dennoch bleiben die Außenschulden (rd. 47 Md. Dollar) für Paris eines der akutesten Probleme. In Italien nahm die Industrieproduktion ebenfalls zu (ca. 5%), aber auch dort bewirkte das keinen Rückgang der Arbeitslosigkeit (über 2 Millionen).

Amtlich bleibt die Arbeitslosenzahl in der EG etwa auf dem Stand des Vorjahrs. Faktisch aber sind über 18 Millionen arbeitsfähige Europäer beschäftigungslos oder haben nur Gelegenheitsarbeit. Es ist kaum zu erwarten, daß die Zahl in den nächsten Jahren geringer wird. Die Tatsache, daß sich das wirtschaftliche Wachstumstempo der USA verlangsamt, wird unbedingt Konjunktur und Beschäftigung in den anderen kapitalistischen Industrieländern, die zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehören, beeinflussen. Die Londoner Wochenschrift "Economist": "Die günstige Belebungsphase in der Wirtschaft der OECD-Länder ist zu Ende, trotzdem bleiben 31 Millionen Personen nach wie vor arbeitslos." Das kapitalistische Weltssystem hat das Jahr 1985 mit einem Heer von "überflüssigen Menschen" begonnen, das zahlenmäßig stärker als das Industrieproletariat der ganzen Welt an der Wende zum 20. Jahrhundert ist.

Nach Vorschätzungen nahm der kapitalistische Welthandel 1984 um 8% zu (1983: nur 2%). Profitiert haben vorwiegend die kapitalistischen Industrieländer. Den Randgebieten des Weltkapitalismus hat die Belebung des internationalen Warenaustausches vorläufig keine nennenswerte Erleichterung gebracht. Ebenso wie im Vorjahr waren relativ hohe Wachstumsraten der Wirtschaft (rund 6%) nur im asiatischen Teil der dritten Welt zu verzeichnen. In dem tief in den

Außenschulden steckenden Lateinamerika betrug die Zuwachsraten in der Industrie im Durchschnitt nicht über ein Prozent. Eine grausame Dürre hat der Wirtschaft vieler Länder Schwarzafrikas arg zugezogen. Die Wirtschaftsschwierigkeiten der Entwicklungsstaaten vertieften sich deshalb, weil die Rohstoffe im Preis fielen und weil die kapitalistischen Industrieländer weniger davon importierten.

Nach Schätzung von Experten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) ist die auf den zyklischen Aufschwung in der westlichen Wirtschaft



INDUSTRIE-PRODUKTION

Wachstumsrate
in % zum Vorjahr

1982 1983 1984*

Sämtliche kapitalistischen Industrieländer	—4,0	3,1	6,8
USA	—8,2	6,6	10,2
EG	—1,6	0,4	2,8
Japan	0,4	3,6	11,7

*Vorschätzung

zurückgehende Erweiterung des Welthandels von kurzer Dauer. Sie wird keine Basis für höhere Investitionen, besser ausgelastete Produktionskapazitäten und größere Beschäftigung bilden. Im Unterschied zum Aufschwung der Geschäftsaktivität von Mitte der 70er Jahre seien die Geschäftskreise vieler kapitalistischer Länder der Zukunft ungewiß, meint man im GATT. Besonders beunruhigt seien sie über die gigantischen Außenschulden, die Instabilität der Währungen und die Unberechenbarkeit von Washingtons Kredit- und Außenhandelspolitik.

Wie begründet diese Unruhe ist, bekräftigte u. a. die jüngste Jahrestagung des GATT (Genf, im November). Die USA stellten ihr das Ultimatum: den Handel mit Dienstleistungen, vor allem im Bankwesen, zu liberalisieren. Sonst werden sie auf die multilateralen Handelsabkommen innerhalb des GATT verzichten und zu bilateralen Handelsverträgen mit Regierungen übergehen, die den Transaktionen von US-Bankiers in ihrer nationalen Wirtschaft nachsichtig zusehen würden.

Dollar-Malstrom

Einige westliche Wirtschaftsexperten meinen, Washingtons Forderung, den

Handel mit Dienstleistungen zu liberalisieren, gehe auf seine Sorge um die Zahlungsbilanz zurück. Der Handel mit Dienstleistungen bringt ca. 40% aller Exporteinnahmen, und wenn er sich nicht erweitert, werden die USA beim heutigen enormen Defizit im Warenhandel konkurrenzlos sein. Aber nach allem zu urteilen, sind die aufdringlichen Aufrufe Washingtons, die Bedingungen für internationale Bank- und sonstige Finanzoperationen zu erleichtern, auf eine langfristige Strategie der Finanzgewaltigen zurückzuführen.

"Die Welt kannte keinen Superdollar seit den 50er Jahren, als die USA die vom Krieg arg in Mitleidenschaft gezogene" (kapitalistische) "Weltwirtschaft eindeutig beherrschten. In den 50er Jahren konnten es die USA im Produktionsumfang mit jedem Land aufnehmen. Gegenwärtig holt die restliche Welt sie in bezug auf das Produktionspotential ein, aber Amerika herrscht erneut, weil sie das Mekka des Investitionskapitals geworden ist. Im Grunde strebt die Welt erneut dem



AMTLICH REGISTRIERTE ARBEITSLOSE (Mill. Personen)

1982 1983 1984*

Sämtliche kapitalistischen Industrieländer	32,0	34,0	31,0
USA	12,0	9,4	8,4
EG	11,5	12,3	12,1
Japan	1,3	1,7	1,3

*Vorschätzung

Dollarstandard zu, und die neue Ära der Dollarführung verändert das ganze Antlitz der Weltwirtschaft." Damit plaudert "Business Week", ein Organ der US-Geschäftswelt, die Absichten der Wall-Street-Magnaten aus der Schule.

In der Tat: Der Superdollar "verändert das Antlitz" des Weltkapitalismus, indem er seiner Wirtschaft riesigen Schaden zufügt. Das Niveau der Geldakkumulation in den führenden kapitalistischen Ländern sinkt in den letzten 10 Jahren ununterbrochen. Gerade diese zurückgehenden Ressourcen werden vom amerikanischen Malstrom aus anderen Ländern, vor allem aus Westeuropa, aufgesogen. Und wiederum lamentiert "Economist" (London): "Wenn Amerika diese aufgestauten Leihgelder aus den anderen Ländern herauspumpt, drückt es die Leihzinsen nach oben, schränkt die Investitionsmöglichkeiten ein und läßt sie

"NEUE ZEIT" 2.85

mit veralteten Ausrüstungen dahinvegetieren."

Der Superdollar zehrt nicht nur an der finanziellen, sondern auch an der technischen Substanz der kapitalistischen nationalen Wirtschaften. Als "Mekka des Investitionskapitals" ziehen die USA auch die internationalen Ströme in Japan und Westeuropa entwickelter neuer Technologien an. Washington braucht sie, um ebenso wie vor drei Jahrzehnten die jetzt von seiner eigenen Wirtschaftspolitik arg



**ZUNAHME
DER EINZEL-
HANDELSPREISE**
(in %)

	1982	1983	1984*
Sämtliche kapitalistischen Industrieländer	7,8	5,2	5,5
USA	6,1	3,2	4,2
EG	9,9	6,2	5,1
Japan	2,7	1,9	2,2

*Vorschätzung

in Mitleidenschaft gezogene kapitalistische Weltwirtschaft zu "beherrschen".

Heute kann man schon ein gewisses Fazit aus dem Wirtschaftszyklus vom Beginn unseres Jahrzehnts ziehen; 1983 und 1984 traten darin Belebung und Aufschwung ein. Typisch für die kapitalistische Weltwirtschaft sind — noch mehr als in den 70er Jahren — die Labilität und Ungleichmäßigkeit der Entwicklung ihrer einzelnen Regionen. Auch die soziale Labilität ist ausgeprägter: Selbst bei der Belebung der Konjunktur bleiben die Arbeitslosigkeit und die allgemeine Verschlechterung der Lage der Werktätigen akut. Die Wechselbeziehung zwischen der Lage des Proletariats und der Außenpolitik der staatsmonopolistischen Kreise ist deutlicher geworden. Das der Welt von den US-Falken aufgezwungene Wettrüsten führt unweigerlich zur Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen aller kapitalistischen Länder. Die Gegensätze zwischen den Zentren des Weltkapitalismus und seinen neokolonialen Randgebieten verschärfen sich, die Wirtschaft der dritten Welt hängt noch mehr vom Konjunkturgefälle und von der eigennützigen Politik einiger weniger Länder des kapitalistischen "Nordens" ab.

Der zyklische Aufschwung hievte 1984 die Wirtschaft der USA und ihre Währung hoch. Der Superdollar herrschte in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Aber die Zeiten ändern sich, und das kann sich als ein Pyrrhussieg erweisen. ■

"NEUE ZEIT" 2.85

NZ

VOR 40 JAHREN

Das Jahr 44 war von bedeutenden Ereignissen gekennzeichnet. Es setzt einen Gedenkstein in der Geschichte des Kampfes der Vereinten Nationen gegen die faschistische Barbarei. Es war ein Jahr der Siege der Roten Armee und der Truppen unserer Alliierten über die faschistischen deutschen Eroberer, ein Jahr der Stärkung und Erweiterung der Front der Antihitlerkoalition.

Der aufopferungsvolle Kampf der Roten Armee hat dazu geführt, daß unser sowjetische Boden für immer von den Hitlerokkupanten befreit ist. In harten Kämpfen, geprägt von Heroismus und hoher Kriegskunst, haben die sowjetischen Truppen ihre ruhmbedeckten Banner vom Dnepr zur Donau, von Shitomir nach Budapest, von Nowel nach Ostpreußen getragen. Die ganze Welt war Zeuge der unüberwindlichen Kraft der sowjetischen Gesellschaftsordnung und hörte den festen Marschtritt der Roten Armee, die ihre hohe Befreiungsmission erfüllt.

1944 hat die militärische und politische Karte Europas grundsätzlich verändert. Der Raubblock Hitlers ist zerfallen, und nach Italien haben die übrigen Satelliten Hitlers — Rumänien, Bulgarien, Finnland und schließlich Ungarn — ihre Waffen gegen die Deutschen gerichtet. Die Rote Armee hat einen großen Teil Polens und der Tschechoslowakei von den Deutschen gesäubert, sie kämpft auf norwegischem Boden. Nach drei Jahren heldenhaften Ringens der Sowjetunion und ihrer Roten Armee gegen Hitlerdeutschland und seine Satelliten sind die Armeen unserer Alliierten Großbritannien und USA in den Kampf gegen die Deutschen eingetreten.

Das neue Jahr wird zu einem Jahr des vollständigen Sieges über Hitlerdeutschland werden. Je hoffnungsloser die Lage des Feindes, desto wütender verteidigt er seine Haut.

Im neuen Jahr muß das bedeutsame Gebäude der internationalen Organisation der Sicherheit errichtet werden. Die Aufgabe lautet, den Ausbruch eines neuen Krieges unmöglich zu machen. Die friedliebenden Nationen haben gezeigt, daß sie stärker als die Aggressorländer sind, daß sie entgegen den Hoffnungen der internationalen Raubgesellen gemeinsam handeln und ihre Anstrengungen zur Zerschlagung des Aggressors vereinen können. Doch wäre es gefährlich und unheilvoll, jene historische Gesetzmäßigkeit außer acht zu lassen, daß aggressive Nationen, die lange Zeit hindurch ihre Kräfte für den Krieg sammeln, gewöhnlich besser auf den Krieg vorbereitet sind, als die friedliebenden Nationen. Daraus ergibt sich, daß diese Nationen endlich eine wirksame und machtvolle Organisation zum Schutze des Friedens und zur Gewährleistung der Sicherheit schaffen müssen, die über Rechte wie über die notwendigen Kräfte zur Verhinderung einer Aggression oder zu ihrer sofortigen Liquidierung verfügen.

Das sowjetische Volk geht mit der unerschütterlichen Gewißheit in das Jahr 1945, daß es das Jahr des Sieges unserer gerechten Sache über den Feind werden wird. [Heft 1, vom 1. Januar 1945].

Die Werktätigen der Sowjetunion können im Bewußtsein ihrer ehrlich erfüllten Pflicht gegenüber der Heimat und gegenüber den Völkern aller friedliebenden Länder, deren Existenz und Unabhängigkeit vom deutschen Faschismus tödlich bedroht waren, zurückblicken. Unter unerhört komplizierten Bedingungen im Zusammenhang mit der Verlagerung der Industrie nach Osten, mit der Umrüstung der Betriebe zur Herstellung von Kriegsproduktion, mit dem Eintritt neuer, ungenügend ausgebildeter Menschen in die Industrie, die die an die Front gegangenen Arbeiter ersetzen sollten, haben die Werktätigen im sowjetischen Hinterland Tag für Tag den Produktionsausstoß erhöht. Sie sicherten die ununterbrochene Versorgung der Roten Armee mit allem Notwendigen.

Die Faschisten und ihre Agenten in den demokratischen Ländern bauen auf eine Schwächung der Freundschaft, auf die Verletzung der Einheit und der koordinierten Aktionen der Vereinten Nationen. Der Feind, der eine schwere militärische Niederlage erlitt, setzt jetzt alle Hoffnungen darauf, es werde infolge der einen oder anderen Differenzen zu einer Spaltung im Lager der alliierten Mächte kommen und das werde Hitlerdeutschland vor der Zerschlagung retten.

Es ist selbstverständlich, daß die Aufgabe der Gewerkschaften als organisierter Teil der Arbeiterklasse — der Avantgarde der Gesellschaft von heute — darin besteht, derartige Versuche Hitlerdeutschlands zu durchkreuzen. [Heft 2 vom 15. Januar 1945].

Jede Wende im „Fall“ des
Papstattentats kam zur rechten Zeit. Wann?

BESTELLTES GETROMMEL

Lew MAKAREWITSCH

Antonio Albano strahlt vor Freude: Der Prozeß gegen Sergej Antonow und seine angeblichen Helfershelfer findet statt. Um den Ausgang dieses Prozesses macht sich der stellvertretende Generalstaatsanwalt von Rom keine Sorgen — meint er ja, das Urteil schon in der Tasche zu haben.

An der Story vom Papstattentat wird nun schon drei Jahre gezimmert. Treibende Kraft ist dabei das Streben der Reaktion in den USA und in der katholischen Kirche, den „Fall“ als Instrument zur Bearbeitung der Katholiken in den USA, Lateinamerika und Europa zu benutzen.

Die Neokonservativen in den USA — das bedeutet nicht nur ein neuer Wirtschaftskurs („Reaganomics“) und neue Rüstungsprogramme, sondern auch die erneute Betonung der Ideologie, ein Versuch, Religion und Politik zu vereinen, was immer zu einer gefährlichen Waffe wird. Der „Fall Antonow“ ist einer dieser Versuche.

Wenn man zurückblickt, um zu begreifen, wie eben die verschiedenen Wendungen des „Komplots“ datiert waren, wird deutlich, daß diese nicht zufällig erfolgten, sondern in genau geplanten Wellen. Allein schon das Attentat auf den Papst, die Aussagen des Terroristen Agcas, seine Gedächtnislücken und „Erinnerungsfähigkeit“, vor allem aber die Äußerungen der amerikanischen und der westeuropäischen Presse fielen auf den Tag, ja auf die Stunde genau mit den Aktionen Washingtons gegen die VR Polen, bei denen es den Glauben der katholischen Bevölkerung ausschalten wollte, zusammen. Ein kleinerer zeitlicher und räumlicher Exkurs soll das illustrieren.

Mai 1981

Die Lage in der VR Polen ist gespannt. Der PVAP-Parteitag wird vorbereitet. Die „Solidarnosc“-Führer provozieren Unruhen. Die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC fönt, Polen stehe vor einem großen historischen Ereignis, der Lösung vom Ostblock. Der Ge-

werkschaftsbund AFL-CIO gibt den Konterrevolutionären jegliche Unterstützung.

13. Mai, 17.17 Uhr. Auf dem Petersplatz in Rom fallen drei Schüsse. Johannes Paul II. ist schwer verwundet. Eine Panik bricht aus. Einer der Schützen kann fliehen. Der andere, Agca, Mitglied der türkischen neofaschistischen Organisation „Graue Wölfe“, wird gefaßt und in das Ascoli-Piceno-Gefängnis gebracht. Bei den Verhören schweigt er. Die Ermordung des Papstes, erklärt später Luigi Cavallo, Mitarbeiter eines strategischen Forschungszentrums in Washington, hätte

den USA und in Westeuropa teilnehmen. Friedenspolitische Diskussionen führen zu einer Spaltung bei den Kirchenobersten. Die Päpstliche Akademie der Wissenschaften überreicht Reagan die „Deklaration über die Folgen des Einsatzes von Nuklearwaffen“. Die Neokonservativen werten der US-Administration Willensschwäche vor und verlangen entschiedenes Handeln.

Ihre Stimme wurde gehört. Als Objekt für eine Demarche wird Warschau gewählt. Das Weiße Haus gibt die Einsetzung einer „Arbeitsgruppe“ zu Polen bekannt. Sie wird von John D. Scanlan, einem hohen Mitarbeiter des State Department, geleitet. Am 16. Dezember tritt eine weitere „Sondergruppe“ auf den Plan. Ihr gehören Vizepräsident Bush (Leiter), Außenminister Haig, Verteidigungsminister Weinberger, CIA-Direktor Casey, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs und Vertreter des Nationalen Sicherheitsrates an. Aufgabe der Gruppe ist es, die Hilfe für die Konterrevolution seitens verschiedener amerikanischer Stellen zu koordinieren. CIA und Pentagonsspionage werden beauftragt, sich verstärkt den polnischen Ereignissen zu widmen.

Am 17. Dezember attackiert Reagan auf einer Pressekonferenz in Washington die Regierung Jaruzelski. Wenige Tage später



die Opposition in Polen gestärkt. Der erste polnische Papst wäre für die Gläubigen und die Aktivisten der „Solidarnosc“ zum Märtyrer geworden.

Dezember 1981

Die Vorgänge in Polen spitzen sich zu. In der Nacht auf den 13. Dezember wird der Ausnahmezustand verhängt, um einen konterrevolutionären Putsch zu verhindern. Die neokonservativen Kreise in den USA und die reaktionären Kleriker sind außer sich.

Wütend sind die Rechten auch über die Haltung von Hunderttausenden Katholiken, die an Antikriegsdemonstrationen in

Bis zu den Schüssen auf den Papst bleiben nur noch Sekunden

gibt er einen Lieferungsstopp für das von Polen angekaufte Getreide, ein Verbot der Kreditierung des Exports in die VR Polen, die Annullierung polnischer Fischereirechte in amerikanischen Hoheitsgewässern, die Einstellung des Luftverkehrs zwischen beiden Ländern und andere Sanktionen bekannt. Der Ausschuß des US-Kongresses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa führt ein besonderes Polen-Hearing durch.

Die Rechten brauchen starke propagandistische Töne, die ihr Echo in Kreisen der

katholischen Kirche, bei den Gläubigen, darunter in Polen, finden würden. Und die sind am 29. Dezember zu vernehmen: Agca macht seine ersten Aussagen. Die ersten Informationen "sickern durch": "Der Türke ist von einem osteuropäischen Land geschickt worden." Später wird bekannt: Agenten der CIA, der italienischen Geheimdienste SISMI und SISDE hatten dem "Grauen Wolf" für eine Zusammenarbeit zehn Jahre Gefängnis statt lebenslänglich versprochen.

Januar--Juni 1982

Die Antikriegsmanifestationen in Europa und in den USA, an denen auch Gläubige teilnehmen, gehen weiter — angesichts der Gefahr der Stationierung neuer Nuklearraketen, deren Produktion bereits aufgenommen wurde. Die Rechten beunruhigt auch die Lage in der VR Polen, wo sich eine Normalisierung abzeichnet, was den Konterrevolutionären keinerlei Chancen läßt.

Am 13. Mai wird in Fatima (Portugal) ein weiteres Attentat auf den Papst verübt. Der Täter, der rechtsradikale Geistliche Juan Fernandez Kron wirft Johannes Paul II. vor, die Kirche und Polen zu zerstören und den internationalen Kommunismus zu begünstigen. Die Untersuchung ergibt: Kron besuchte 1981 Gdansk, war bei dem Kongreß der "Solidarnosc" zugegen und stellte Verbindungen zu deren Führung her.



Am 7. Juni trifft Reagan in Rom ein. Einen Tag später, in London, rief er vor dem Parlament zu einem neuen Kreuzzug auf — um den "Marxismus-Leninismus auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern". Jetzt aber, in den Gesprächen mit dem Vatikan, tut der Präsident alles, um das Oberhaupt der katholischen Kirche zu einer härteren Position gegenüber Warschau zu bewegen.

Reagan empfiehlt dem Papst, Polen im August 1982 unter dem Vorwand der Teilnahme an religiösen Veranstaltungen zu besuchen. Er erklärt sich bereit, die finanzielle Hilfe für die Opposition, insbesondere über kirchliche Kanäle, zu verstärken. Der Chef des Weißen Hauses besteht auch darauf, daß der Vatikan die katholischen Priester, die in der Friedensbewegung mitwirken, zur Ordnung ruft.

In eben diesen Junitagen wird erstmals in Wohnungen bulgarischer Diplomaten in Rom eingebrochen. Die Diebe lassen nichts mitgehen, doch fotografieren sie eifrig. Sergej Antonow bekommt einen Nachbarn, Pater Marlione, der seit den 40er Jahren für die US-Spionage tätig ist.

Die Geheimdienste beginnen, Agca zu bearbeiten. Daran beteiligen sich auch zwei Häftlinge aus dem gleichen Gefängnis — ein Terrorist der "Roten Brigaden", Senzani (mit Italienisch-Stunden), und der Mafia-Boss Cutolo (mit Morddrohungen gegen den Türken). Doch die Dressierung des "Grauen Wolfes" macht offenbar nur langsame Fortschritte.

August 1982

Der Vatikan gibt endlich die lang erwartete Erklärung für die "Solidarnosc" ab. Genau zur gleichen Zeit beginnt die amerikanische Presse eine Kampagne

Agca und Martella (mit Brille). Es gibt mehr offene Fragen, als Antworten

Ein Helfershelfer flieht nach dem Attentat. Ein Bulgare, sagen die Zeitungen. In Wirklichkeit aber ein türkischer Terrorist



gegen Bulgarien, das der "Beteiligung" an der Verschwörung gegen den Papst bezichtigt wird. Die Attacken werden von Claire Sterling, einer "Schülerin" des CIA-Veteranen James Angleton, einer großen Spezialistin für Medienkampagnen, dirigiert.

Der US-Botschafter in Italien, Rabb, meldet dem State Department: Agca ist zur Zusammenarbeit bereit. Rabb bittet, Sonderbotschafter Vernon Walters, bis vor kurzem stellvertretender CIA-Direktor, nach Rom zu entsenden, um endgültig die Operation zur Diskreditierung der VR Bulgarien und der UdSSR zu planen.

Untersuchungsrichter Ilario Martella wird nach Washington eingeladen. Er trifft mit CIA-Agenten zusammen, studiert von den Amerikanern für ihn vorbereitete Material über das Attentat.

September 1982

Die Katholiken sollen weiter bearbeitet werden. Am 21. September zeigt NBC die Sendung: "Der Mann, der auf den Papst schoß". Die stets rührige "Stimme Amerikas" meldet am 23. September: Der Präsidentenausschuß zur Überwachung der Einhaltung der Vereinbarungen von Helsinki vernahm "kompetente Personen" über die Beteiligung bulgarischer und russischer Kommunisten am Attentat auf Johannes Paul II. Die Ausschußmitglieder, die Senatoren D'Amato und Leahy, sowie der Kongreßabgeordnete Ritter lobten die Massenmedien dafür, daß sie das Komplott gegen den Papst in eine globale Frage verwandelt hatten. Besonders hervorgehoben werden die Verdienste von Claire Sterling. Am gleichen Tag, dem 23. September, macht sich der Vatikan erneut öffentlich für die "Solidarnosc" stark.

CIA-Direktor William Casey stafft Ankara einen 36stündigen Besuch ab. Die meiste Zeit verbringt er mit Beratungen in der US-Botschaft. In Rom verlangen die Vertreter Bulgariens vergeblich von den Behörden, den Einbrüchen in Wohnungen ihrer Mitarbeiter ein Ende zu setzen.

Oktober 1982

Am 18. Oktober trifft Vernon Walters in der italienischen Hauptstadt ein. Im Vatikan erörtert er die Lage in Polen und in Mittelamerika. Das bereitet den Neokonservativen zusätzliche Kopfschmerzen. Sie sind erschrocken darüber, daß immer mehr Katholiken mit der Waffe in der Hand gegen die Diktatoren kämpfen. Besonders verhaßt sind ihnen die "Theologie der Befreiung" (der Versuch, die christliche Lehre und eine Klassenanalyse zu vereinen) und die Beteiligung einiger Geistlicher an der Regierung Nikaraguas. Walters besteht darauf, daß der Vatikan dieses neue "Ketzerium" verdammt, die Zusammenarbeit von Katholiken mit den Sandinisten verurteilt und die Priester, die das Weiße Haus kritisieren, zur Ordnung ruft.



November 1982

In der westlichen Presse platzt eine neue Sensation: Der Vatikan ist mit der Banco Ambrosiano des Freimaurers Roberto Calvi liiert, über die Dutzende Millionen Dollars an die "Solidarnosc" transferiert wurden. Doch diese Sensation wird sogleich von einer anderen verdrängt. Am 15. November nimmt die Polizei eine Haussuchung in der römischen Vertretung der bulgarischen Fluggesellschaft "Balkan" vor. Am 25. November wird Sergej Antonow verhaftet. Presse, Rundfunk und Fernsehen lassen es alle Welt wissen: Der Bulgare sei an dem Papstattentat beteiligt.

Dezember 1982

Der US-Präsident spricht in Washington auf einer Konferenz zu Fragen konservativer politischer Aktionen. Thema: Die unversöhnliche Haltung der USA gegenüber den sozialistischen Ländern. Er betont, die Hochrüstung der USA werde weitergehen.

Dann verspricht er, alles zu tun, um das kommunistische Komplott, durch das Johannes Paul II. angeblich ermordet werden sollte, aufzudecken. Dieses Attentat sei ein Akt unbeschreiblichen Fanatismus... ein Anschlag auf den Menschen und auf Gott... ein Akt der internationalen Gewalt... Der Präsident begrüßt die diesbezügliche Kühnheit und Entschlossenheit der italienischen Regierung.

Auf einer Sitzung des italienischen Parlaments attackieren die Minister Lelio Lagorio (Verteidigung), Virginio Rognoni (Inneres) und Clelio Darida (Justiz) die VR Bulgarien und bekunden ihre Begeisterung über die Arbeit der Geheimdienste. Der US-Botschafter in Rom berichtet dem State Department über den Erfolg der Kampagne gegen Sofia und Moskau.

Januar 1983

Das Jahr der Stationierung der neuen US-Raketen in Europa. Am 17. Januar

Für Generale — der Zeige-,
für Friedenskämpfer in Co-
misso — der Schlagstock

findet im Vatikan eine Beratung mit Bischöfen aus den USA, der BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien statt. Ergebnis: Die amerikanischen Kirchenfürsten dämpfen ihre Kritik am Weißen Haus wegen des Wetrüstens und der US-Politik in Mittelamerika. Der Vorsitzende der Nationalen Katholischen Bischofskonferenz der USA, James Malone, wendet sich einem anderen globalen Problem — der Anwendung von Verhütungsmitteln — zu.

Am 24. Januar erstattet der Vatikan einen Bericht über die Ergebnisse der Beratung an Clement Zablocki, der die Delegation des Auswärtigen Ausschusses des US-Kongresses leitet. Ende Januar trifft in Rom der Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, ein, um die Lage im Lande und den bevorstehenden Polen-Besuch von Johannes Paul II. zu erörtern.

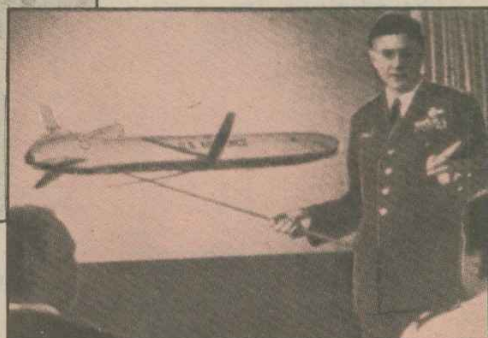
Unterdes gehen die Wechselbäder für die Katholiken weiter. "New York Times": Paul Henze, ein hochkarätiger CIA-Mitarbeiter, suche in der Türkei nach der "bulgarischen Spur". Fernsehgesellschaft CNN: Sofia und Moskau seien in das Attentat verwickelt. "Times": Die Geheimdienste Bulgariens handelten auf direkte Anweisung der UdSSR. NBC: Agca und Antonow hätten die Ermordung des "Solidarnosc"-Führers Walesa geplant. "Los Angeles Times": Antonow solle nicht freigelassen werden, da das die Anschuldigungen schwer erschüttern und eine Sturzflut diplomatischer Proteste gegen die Untersuchungsmethoden in Italien hervorrufen würde.

Februar 1983

In Washington liegen neue Pläne für den nichtklärten Krieg gegen Nicaragua

bereit. Doch die Sympathien der Katholiken für die sandinistische Revolution gehen der US-Administration weiterhin gegen den Strich.

Am 7. Februar stattet der Vizepräsident Bush dem Vatikan einen Besuch ab. Er stimmt mit der römischen Kurie die Operation "Horse" gegen die Regierung Nikaraguas ab. Erörtert wird auch die Lage



in Polen. Bei einer Begegnung mit der italienischen Regierung übt Bush Druck aus, um so schnell wie möglich "Beweise" für die Beteiligung sozialistischer Länder an dem Attentat zutage zu fördern. Selbst wenn sich das negativ auf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf auswirken sollte, betont der Vizepräsident.

Dem Druck auf Italien schließt sich der US-Kongress an. Am 8. Februar trifft Senator D'Amato in Rom ein. Er trifft mit den Ministern Rognoni (Inneres), Colombo (Äußeres) und mit Untersuchungsrichter Martella zusammen, rät, die Untersuchung gegen Bulgarien zu lenken.

Am 10. Februar kehrt D'Amato in die USA zurück und wirft der CIA Passivität vor. Das Weiße Haus rügt Casey wegen "Untätigkeit". Am 18. Februar führt der Geheimdienstausschuß des US-Senats eine Sondersitzung durch. Dabei wird in scharfer Form Unzufriedenheit mit der Arbeit des Direktors der CIA und damit geäußert, daß es deren Mitarbeiter an Engagement bei der Suche nach der "bulgarischen Spur" fehlen lassen.

In Langley zieht man seine Schlüsse. Bald schon wird dem Präsidenten mitgeteilt, sieben Agenten stünden bereit, um den italienischen Behörden zu helfen. D'Amato ist zufrieden. Außenminister Shultz erklärt vor dem nationalen konservativen politischen Aktionskomitee: Die US-Regierung könne solange keine normalen Beziehungen mit Bulgarien haben, wie es den Terrorismus unterstützt.

März 1983

Der Papst unternimmt eine Reise in Staaten Mittelamerikas und der Karibik.

Das Weiße Haus und die konservativen Bischöfe setzen darauf große Hoffnungen, die teilweise in Erfüllung gehen sollen. Der Vatikan verurteilt die Geistlichen, die die "Theologie der Befreiung" unterstützen und bei den Guerillas mitkämpfen. Die Führung der katholischen Kirche verlangt den Rücktritt der Geistlichen, die Ämter in der Regierung Nikaraguas bekleiden.

Im gleichen Monat trifft der italienische Außenminister Colombo in Washington ein. Er wird mit Fragen bedrängt, wie die Untersuchung des "Falls Antonow" vorankomme. Der Minister kann nichts Beruhigendes mitteilen. Am 8. März werden Zeugen zur "Verschwörung" gegen Walea vernommen. Am 12. März fand die erste Gegenüberstellung von Agca und Antonow statt. Ergebnis: Null. Am 22. März zieht die "New York Times" sauer folgende Bilanz: Untersuchungsrichter Martella werde sich erst gegen Jahresende durch die Aktenberge durchgearbeitet haben und seine Entscheidung treffen.

Am 23. März vermeldet NBC einen weiteren Wutanfall im Weißen Haus. Dort droht man, den römischen Residenten und zwei weitere Mitarbeiter der "Firma"

"Washington Post": Der Kampf zwischen dem materialistischen Marxismus und der Religion finde erneut allgemeine Aufmerksamkeit. Die Rechten verhehlen nicht, daß sie die Polen-Reise des Papstes für ihre Zwecke mißbrauchen wollen.

März 1984

Der Staatsrat Nikaraguas verabschiedet das Gesetz über die Wahlen. Sie sollen am 4. November stattfinden. An der Wahlvorbereitung sind auch Hunderttausende von Katholiken beteiligt. Auch Washington bereitet sich auf seine Art vor. Die CIA billigt die Vermingung der Häfen Nikaraguas. Vom 7. bis zum 24. März laufen sieben ausländische Schiffe auf Minen. Empörung in aller Welt.

Der Vatikan bewahrt sein Schweigen. Dafür bekundet die römische Kurie gegen Monatsende ihre Unterstützung für die polnischen Bischöfe, die die Beibehaltung der Kruzifixe in den Schulen verlangen.

In Rom geht die Untersuchung der Tätigkeit des Präsidenten des vatikanischen "Instituts für religiöse Angelegenheiten", Paul Marcinkus, weiter, der eng mit amerikanischen Rechten liiert und in die Mächenschaften des Freimaurerbanks Roberto Calvi verwickelt ist. Als die Untersuchung "zu weit" geht, folgt ein wirksames Ablenkungsmanöver: Die Justizbehörden beschließen, Antonow aus dem Hausarrest ins Gefängnis zu überführen. Diese Nachricht verdrängt für gewisse Zeit den "Fall Marcinkus".

April 1984

Ein schwerer Monat für die US-Administration. Am 3. April unternehmen von der CIA ausgehaltene Contras eine erfolglose Attacke auf eine nikaraguanische Kleinstadt. London und Paris verurteilen den nichterklärten Krieg Washingtons gegen die Sandinisten. Der US-Senat verabschiedet mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, die den Einsatz von CIA-Fonds für die Vermingung der Häfen Nikaraguas untersagt.

Europa erlebt eine neue Welle der Antikriegskundgebungen — in Belgien, Italien, Großbritannien, der BRD, Holland und Österreich. An ihnen nehmen auch Millionen Gläubige teil.

Das Weiße Haus geht zum Gegenangriff über. Der Präsident verkündet im Fernsehen: Wenn der Kongreß die offizielle Mittelamerika-Politik ablehne, bedeute das, die Feinde der Demokratie zu ermuntern. Die Kongreßabgeordneten, betont er, müßten nicht nur die gemeinsamen Ziele der Regierungspolitik, sondern auch deren konkrete Ausformung unterstützen.

In einem Interview für ABC sucht die USA-Chefdelegierte bei der UNO, Jeane Kirkpatrick, die Vermingung der Häfen Nikaraguas zu rechtfertigen. Das State Department erklärt, Washington weigere sich, für die kommenden zwei Jahre

Urteile des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag in Streitfragen zwischen den USA und einem beliebigen Staat Mittelamerikas zu akzeptieren. Die "New York Times" veröffentlicht einen Artikel mit der Quintessenz: Nikaragua? Nur weiter so, Amerika!

Die Rechten versuchen immer aktiver, den Vatikan in die Offensive des Weißen Hauses zu ziehen. Die US-Administration nimmt die diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl, die vor über 100 Jahren abgebrochen wurden, wieder auf. Zum Botschafter wird der kalifornische Millionär William Wilson, ein alter Freund Reagans, ernannt. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Annäherung zwischen der römischen Kurie und dem Weißen Haus in vielen Fragen — von Polen bis Mittelamerika.

Wenige Tage später kritisiert der Bischof von Managua, Miguel Obando-y-Bravo, schärfstens die Regierung Nikaraguas. Er verlangt, die Sandinisten sollten Vereinbarungen mit den Contras treffen.

Es werden auch Versuche unternommen, die Lage in Polen zuzuspitzen. Vom 21. bis zum 23. April, während der Osterfeierlichkeiten im Lande, versuchen Opposition und rechter Klerus, ihnen staatsfeindlichen, antisozialistischen Charakter zu geben. Am 22. April gibt der Vatikan eine Erklärung für die "Solidarnosc" und für die polnischen Geistlichen ab, die Härte in der Frage der Kruzifixe in Schulen und Institutionen verlangen.

Als starkes Propagandageschütz fährt die italienische Presse am gleichen Tag Claire Sterlings neues Buch "Anatomie eines Attentats" auf — eine Ansammlung von Lügen über die angebliche Verschwörung von Geheimdiensten der UdSSR und Bulgariens sowie türkischer Terroristen zur Ermordung des Papstes.

Mai 1984

Am 2. Mai trifft Johannes Paul II. auf dem Weg nach Südkorea in Fairbanks (Alaska) mit Ronald Reagan zusammen, der aus der VR China zurückkehrt. Eine sehr wichtige Begegnung für den Präsidenten: In den USA läuft der Wahlkampf an, ein harter Kampf um die Stimmen der 52 Millionen amerikanischen Katholiken — des reichsten und einflußreichsten Teils der katholischen "Weltkirche". Kameraleute des nationalen Komitees der Republikaner filmen die Begegnung "für die Geschichte" und für Reklamestreifen, die bei den Primaries gezeigt werden sollen. Bei der Begegnung werden die Lage in Mittelamerika und in der VR Polen sowie die Ost-West-Beziehungen erörtert.

Am 9. Mai erklärt der US-Präsident, in Nikaragua seien alle wahren Katholiken gegen die Sandinisten. In Washington vergißt man auch die Gläubigen in Polen nicht, wo die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen vorbereitet werden. Die Rechten wollen der "Solidarnosc"



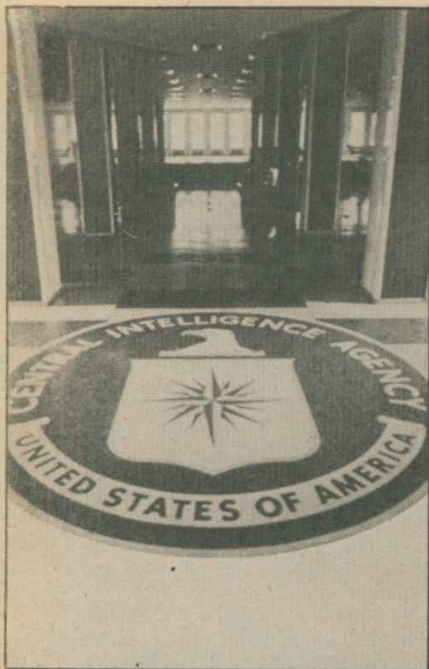
Die besten Katholiken für das salvadorianische Regime — die Straßtrupps

wegen Nichtausführung von Anweisungen im "Fall Antonow" aus der CIA zu jagen.

Juni 1983

In einem "nichtgeplanten" Interview erklärt Agca erstmals, an dem Attentat auf den Papst seien auch sowjetische Geheimdienste beteiligt. Die sensationelle Erklärung wird sofort von der Presse aufgegriffen, die dieses Thema bis hin zum Polenbesuch von Johannes Paul II. weiterführt.

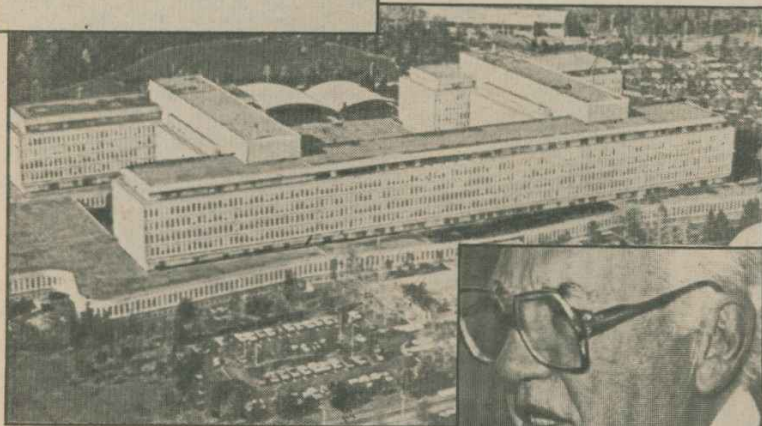
Die Reise wird von der Presse im gleichen provokatorischen Geist beleuchtet. "New York Times": Der Papst sei für die kommunistische Ideologie gefährlicher als alle Raketen des Westens.



Die Rechten sind betrübt, doch lassen sie den Kopf nicht hängen. Wieder steigt Claire Sterling auf die Barrikaden. Ohne ihre Informationsquelle zu nennen, legt sie in der "New York Times" den genauen Inhalt der streng geheimen Anklageschrift Albano gegen Antonow und andere, die in das Attentat verwickelt sein sollen, dar. Wieder etwas für die Skandalchronik! Der stellvertretende politische Sekretär der Italienischen Liberalen Partei, Antonio Patuelli, richtet eine offizielle Anfrage an die Regierung, an den Innen- und den Justizminister. Er verlangt, mitzuteilen, welche diplomatischen Schritte (bis hin zum Abbruch der Beziehungen) die Regierung gegenüber Bulgarien zu ergreifen gedenkt oder bereits ergriffen hat.

Oktober 1984

Der Wahlkampf in den USA geht in die Endrunde. Die Stimmung im Weißen Haus wird von Geistlichen und Gemeindegliedern verdorben, die sich am gesamt nationalen Monat des Kampfes



eine Million Dollar zukommen lassen. 200 000 Dollar stiftet die AFL-CIO.

Erstaunlich synchron taucht in Rom die Anklageschrift im "Fall Antonow" auf. Tausende von Seiten — Akten, Dokumente, Verhörprotokolle. Ihr Inhalt wird für "streng vertraulich" erklärt. Doch die eigentliche Schlußfolgerung wird nicht verschwiegen: Agca lüge nicht, wenn er die Kommunisten bezichtigt, "diese Haie, die gute Katholiken fressen".

Juni 1984

Der Wahlkampf in den USA kommt auf Touren. Die Schlacht um die Stimmen, darunter der Gläubigen, tritt in das entscheidende Stadium. Außenpolitische Initiativen kommen zum Einsatz. Das Weiße Haus bietet Nikaragua Verhandlungen an. Washington versucht, die polnische Karte auszuspielen. Doch die Versuche, Unruhen bei den Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen am 17. Juni in Polen zu inszenieren, scheitern.

26



Casey und Langley: alles aus dem "Fall Antonow" herausgeholt!

Fotos aus: "Panorama" (Italien),
"Der Spiegel" (BRD) und
"Express" (Frankreich)

gegen die Reagan-Politik beteiligten. In Europa sind die Rechten erbost über die auf Beschluß der UNO durchgeführte Aktionswoche für Abrüstung und andere Antikriegsmanifestationen. Die Solidaritätskampagne für die Sandinisten weitet sich aus — sie wird auch von Gläubigen unterstützt.

Söldner verüben mit Unterstützung der CIA einen weiteren Einfall in Nikaragua. Die USA verkünden eine Blockade der Häfen Nikaraguas. Ein bulgarisches Schiff auf der Fahrt nach Bluefields und ein

sowjetisches, das Corinto anlaufen soll, werden aufgebracht.

Erneut wird die "große Presse" mobilisiert. Sie ist rund um die Uhr tätig, meldet "alarmierende Ereignisse" in Polen. Gleichzeitig platzen neue Sensationen im "Fall Antonow" — Schlag auf Schlag. Am 25. Oktober zeigt CBS eine Reportage, die die Version von einem kommunistischen Komplott gegen den Papst "bestätigen" soll. Am 26. Oktober übergibt Martella den "Fall" einem Geschworenengericht. Der Richter muß eingestehen, daß die Anklage nicht über direkte Beweise gegen die Bulgaren verfügt. Dieses unangenehme Detail wird von schwerer Presseartillerie übertönt. Am 27. Oktober veröffentlicht die "New York Times" einen Bericht über das Komplott der Bulgaren und Agcas gegen "Solidarnosc"-Führer Walesa. Verfasser ist der bereits bekannte Kanonier, Mrs. Claire Sterling. Am gleichen Tag läßt der italienische "Corriere della Sera" einen großen Artikel über das Attentat los. Als Zündschnur dienen ein Interview mit Sterling, die wie Figaro mal hier, mal dort ist, und der Artikel eines britischen Experten für "sowjetischen Terrorismus", Paul Wilkinson. Am 31. Oktober salutierte die Presse Martella, der den Journalisten feierlich seinen 1243 Seiten dicken Dossier mit den Untersuchungsmaterialien überreicht. Am Abend zeigt das italienische Fernsehen eine Reportage über das "bulgarische Komplott" und einen provokatorischen antisowjetischen Film aus den USA.

November 1984

Bis zu den Wahlen in Nikaragua und den USA sind es nur noch wenige Tage. Die letzten Versuche werden unternommen, die katholischen Wähler zu beeinflussen. Die gesamte westliche Presse strotzt vor Artikeln über Polen, Agca, Antonow. Diese Beiträge werden neben Reportagen aus Managua und Washington veröffentlicht. Dabei soll der Gesamteindruck entstehen, die Gläubigen würden vor den Kommunisten nur von einer Bastion — der Reagan-Administration — verteidigt werden.

Nach dem 6. November wird es spürbar stiller — als habe das ein unsichtbarer Dirigent so gewollt. Doch aus dem "Fall Antonow" hat man noch nicht alles herausgeholt. Wie die vergangenen drei Jahre zeigen, läßt sich unschwer vorhersagen, wann der ganze Rummel wieder beginnen kann: Wenn weitere Versuche unternommen werden, die Lage in Polen zuzuspitzen, wenn die USA neue Abenteuer in Mittelamerika wagen werden, wenn Washington versuchen wird, in Europa Neutronensprengköpfe zu stationieren, was sicher verstärkte Friedensdemonstrationen auslösen wird. Und wenn schließlich in Italien Kommunal- und Präsidentschaftswahlen steigen werden. Das steht aber auf einem anderen Blatt.

EIN GEBOT DER NUKLEARÄRA: UMDENKEN

Prof. Dr. German ROSANOW



Angesichts der Gefahr eines Nuklearkriegs sind Sofortmaßnahmen zur Bezeichnung des Wettrüstens geboten. Darauf ist die Außenpolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder ausgerichtet. Die weltpolitische Lage ist aber nach wie vor gespannt, und immer raffiniertere Waffen werden entwickelt. Wie die Verfasser des unlängst in der UdSSR erschienenen Buches "Neues Denken im Nuklearzeitalter" mit Recht schreiben, liegt das nicht nur an der Politik der Westmächte, sondern auch an der Philosophie der Stärke oder, wie sie im Westen oft genannt wird, der Abschreckungsphilosophie, die dieser Politik zugrunde liegt.

Sie kam in den USA im grellen Schein der ersten Nuklearbombendetonation zur Welt. Das unschütterliche Vertrauen auf die Allmacht der Kernwaffen im Verein damit, daß sich die USA von jeher für den neuen Erlöser halten, was die ethische und psychologische Grundlage der Überlegenheitsphilosophie bildet, der fast unbegrenzte Glaube der Amerikaner an die Stärke sowie die Tatsache, daß ihnen als Nation die verheerenden Folgen der Weltkriege erspart blieben, das alles sind, wie es in dem vorliegenden Buch heißt, Faktoren, ohne die schwer beurteilt werden kann, wieso die Abschreckungsphilosophie in den USA so tief verwurzelt ist und wieso gerade amerikanische Politiker die eifrigsten Verfechter der Nuklearwaffen und ihres Einsatzes sind.

Die Buchverfasser, die reiche Erfahrungen in Kontakten mit westlichen Politikern und Wissenschaftlern besitzen, weisen folgerichtig die Unhaltbarkeit eines "Arguments" der Abschreckungsverfechter nach dem anderen nach: die Versuche, in den weltpolitischen Beziehungen "begrenzte Kernwaffenkriege" zu legalisieren und den Untergang der Zivilisation als unabwendbar hinzustellen; das Bestreben, das Wettrüsten als unvermeidliche Folge und Begleiterscheinung des Fort-

schritts in Wissenschaft und Technik zu präsentieren; die Verlegung des kompromißlosen ideologischen Kampfes in den Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen. Die einflußreichsten Persönlichkeiten im Obergeschoß des Militär-Industrie-Komplexes, die die Öffentlichkeit in den USA und in anderen westlichen Ländern daran gewöhnen, die Welt durchs Visier der nuklearen Abschreckung zu sehen, haben, wie in dem Buch hervorgehoben ist, verfolgen dabei ganz bestimmte Ziele, nämlich:

- das unaufhaltsame Schrumpfen des wirtschaftlichen und politischen Einflusses der USA in der Welt dadurch zum Stehen zu bringen, daß man sowohl die Bündnispartner als auch die Gegner in den Strudel des Wettrüstens hineinreißt und sie mit der Möglichkeit eines Nuklearkonflikts schreckt, vor dem die USA nicht zurückscheuen würden, falls sie merken sollten, daß ihre "Lebensinteressen" bedroht seien;

- im Hinblick auf die sozialistische Ländergemeinschaft hat die Abschreckungsphilosophie und -politik den Zweck, ihnen das Wettrüsten aufzunötigen, das ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung hemme, wodurch ihr Anteil am globalen Bruttosozialprodukt nicht so schnell zunehme und die Wirkung des Vorbilds für die Entwicklungsländer, die vor der Wahl ihres Entwicklungswegs stehen, abgeschwächt werde. Außerdem ergäben sich bei der Abschreckungspolitik und bei der Verhärtung der Konfrontation mehr Möglichkeiten für die psychologische Kriegführung gegen den Sozialismus und zum Schüren des Antikommunismus in der ganzen Welt;

- den Entwicklungsländern gegenüber hat die Abschreckungsphilosophie und -politik den Zweck, die nationale Befreiungsbewegung einzuschüchtern und niederzuwerfen und die frei gewordenen Länder in das aufreibende Wettrüsten einzubeziehen, das sie in Regional- und Bürgerkriege verstrickt und wirtschaftlich und militärisch noch abhängiger von den USA und den anderen westlichen Ländern macht;

- die Einbeziehung der Länder

Westeuropas ins Wettrüsten, auch ins nukleare, soll nach Washingtons Absicht die militärische und politische Allianz des Westens bei einer unbestritten führenden Rolle der USA konsolidieren, die Militärausgaben der Bündnispartner einschließlich der Aufwendungen für den Ankauf amerikanischer Waffen, in die Höhe treiben und durch Beschränkung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostens ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten abschwächen;

- außerdem soll die Abschreckungsphilosophie und -praxis eine allgemeine Weltuntergangsstimmung und folglich Angst, Mißtrauen und Apathie wecken und die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten der breiten Massen zum Abflauen bringen.

Die Buchverfasser schreiben, es handle sich — kurz gesagt — um einen "ganz bewußten und gezielten Kurs der USA darauf, in der Welt die militärische Überlegenheit zu erlangen und ihre Weltherrschaftsansprüche zu verwirklichen".

Die Autoren begnügen sich nicht damit, Ziele und Triebfedern der Abschreckungspraxis und -philosophie bloßzulegen. Vielmehr zeigen sie auch, wie absurd, unhaltbar und für die Menschheit höchst gefährlich sie ist. Im Kernzeitalter sind neue Faktoren entstanden, und sie wirken immer stärker auf den ganzen Bereich der internationalen Beziehungen — Faktoren, die eine neue, dem jetzigen Stand der wissenschaftlich-technischen Revolution und den sozialen Wandlungen entsprechende Denken sowie eine entschiedene Abkehr von der imperialistischen Abschreckungsphilosophie und -politik erfordern.

Welche sind es?

Erstmalig in der Geschichte sind Massenvernichtungswaffen entwickelt und, namentlich die nuklearen, in Mengen gehortet worden, mit denen die Menschheit selbst ausgelöscht werden kann. Erstmalig haben die beiden militärischen Blöcke ein ungefähres Kräftegleichgewicht erzielt, was einen Kernwaffenkrieg für alle seine Teilnehmer, auch für den, der ihn anfängt, zum Selbstmord macht. Das Wettrüsten hat einen Umfang und ein Tempo angenommen, bei denen es sich jeder Kontrolle zu entziehen droht. Es erhöht nicht nur die Wahrscheinlichkeit einer Nuklearkatastrophe, es vertieft auch die Kluft zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern, führt zur Verschmutzung der Atmosphäre, zum Anwachsen der Wüsten und zum Waldster-

* Anatoli Gromyko und Wladimir Lomejko. "Nowoje myschlenije w jadernoj wek". Moskwa, Meshdunarodnyje otnoschenija. 1984.

ben, was unumkehrbar zu werden droht und für die kommenden Generationen katastrophal werden kann.

Das Auftreten dieser qualitativ neuen Faktoren habe, so heißt es in dem Buch, "unseren Planeten zu einer gemeinsamen Heimstatt gemacht, in der das Wohlergehen jedes Bewohners von dem jedes anderen abhängig ist und diese Abhängigkeit vom Verhalten jedes einzelnen und von den gemeinsamen Sicherheitsmaßnahmen im weiten Sinne des Wortes unablässig zunimmt".

Um eine ersprießliche internationale Zusammenarbeit anzubahnen, muß man sich der Realitäten der Welt von heute bewußt werden. Die wichtigste besteht darin, daß es sich kein soziales System, mag es noch so reich und stark sein, im Zeitalter des nuklearen "Supermordens" erlauben kann, die Lebensinteressen eines anderen Landes zu ignorieren und es nur als Rivalen anzusehen. Zur einzig möglichen Überlebensformel wird in unserem Zeitalter die dialektische Einheit der Gegensätze, bei der die Gegner im Ideenkampf zugleich Verbündete im Kampf für die Erhaltung der menschlichen Zivilisation und des Lebens auf Erden überhaupt sind. Wie es in dem Buch heißt, verlangen die Realitäten im Nuklearzeitalter eine Revision grundlegender Begriffe wie Gewalt, Überlegenheit, Sieg und Sicherheit. Not tue ein absolut neuer Begriff der Sicherheit, der eigenen und derjenigen anderer, und folglich eine neue Einstellung zur internationalen Sicherheit. In unserer Zeit kann man unmöglich Vorteil zum Schaden anderer erzielen, ohne letztlich sich selbst zu schaden. Diese neue geschichtliche Gesetzmäßigkeit wird durch die ganze Geschichte der forcierten nuklearen Aufrüstung in den USA bestätigt. Jedesmal, wenn die USA durch neue Waffen alleinige Vorteile erzielten, zwangen sie die UdSSR zu Gegenmaßnahmen. Somit haben die USA durch ihr Vorgehen die eigene Sicherheit eigentlich nicht erhöht, sondern untergraben, weil das Wettrüsten in eine neue, gefährlichere Runde eintrat, was wiederum die internationale Stabilität und Sicherheit unterminierte. In dem Buch heißt es: "Wahre Sicherheit im Nuklearzeitalter ist beiderseitige Sicherheit, darauf fußend, daß jede der beiden Seiten nicht allein die Interessen der anderen Seite berücksichtigt, sondern bei Maßnahmen zur eigenen Sicherheit daran denkt, der Sicherheit anderer keinen Abbruch zu tun. Die beiderseitige Sicherheit kann nur nach dem Grundsatz der Gleichheit und gleichen Sicherheit gewährleistet werden."

Die dringende Aufforderung der Verfasser an die Politiker, Wissenschaftler und im öffentlichen Leben stehenden Persön-

lichkeiten, sich im Nuklearzeitalter eines Umdenkens zu befleißigen, gewinnt erstrangige Bedeutung, denn im Westen gibt es einflußreiche Anhänger der Abschreckungsphilosophie und -politik, die eine militärische Überlegenheit über die andere Seite zu erlangen suchen.

Jetzt kollidieren auf der Erde zwei verschiedene Einstellungen zur gegenwärtigen und zukünftigen Menschheitsgeschichte, zwei verschiedene Denkweisen. Die Anhänger der alten Einstellung, die mit Begriffen der Gewalt und Abschreckung operieren, möchten den sozialen Fortschritt zum Stehen bringen und die Welt nach ihren eigenen imperialistischen Gelüsten ummodellieren.

Die Anhänger der neuen Denkweise dagegen, die auf die menschliche Vernunft und Solidarität bauen, setzen sich für eine Entsklavung des menschlichen Geistes, für die gemeinsame Verantwortung der Menschen vor den jetzigen und künftigen Generationen und für die Zukunft der Erde ein. Die Autoren fragen, ob darauf zu hoffen sei, daß sich das neue Denken durchsetzt, ehe die totale Katastrophe hereinbricht. Sie antworten: "Wir glauben, ja."

Die Gewißheit, daß sich das neue Denken durchsetzen wird, wird vor allem durch die konsequente Friedensliebe der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder bestärkt, die in ihrer Politik zur Aufrechterhaltung der militärstrategischen Parität eine Garantie für die nationale und internationale Sicherheit, eine Garantie für die Erhaltung des Friedens auf der Erde sehen.

Das Phänomen der anwachsenden Bewegung für Frieden und gegen einen Kernwaffenkrieg besteht darin, daß sich im Westen immer neue Bevölkerungsschichten, die sich nicht mehr ausschließlich auf Politiker und Experten verlassen, in vehemente Antikriegsaktionen einschalten."

Der dritte und letzte Faktor besteht darin, daß sich in den kapitalistischen und den Entwicklungsländern immer mehr nüchtern denkende Politiker über die neuen Realitäten des Nuklearzeitalters, insbesondere über die wichtigste klarwerden: die Notwendigkeit, dem Wettrüsten ein Ende zu machen, ehe es dem Leben auf der Erde ein Ende setzt.

Nicht Waffen und Gewalt, sondern die Vernunft und der Wille der Völker sind in der Geschichte entscheidend. Marx schrieb: "... Die Vernunft siegt dennoch in der Weltgeschichte." Der innige Glaube an die Kräfte der Vernunft, die sich den Kräften des Irrsinns und Kriegs entgegenstellen — er ist das Leitmotiv des vorliegenden Buches. ■

Washington suchte lange nach einem Ort für neue Relaisstationen der "Stimme Amerikas", um verstärkte Rundfunksendungen Richtung UdSSR abzustrahlen. Ein Land nach dem anderen verzichtete auf diese "Ehre". Und da erklärte sich Israel im Grunde einverstanden. Meldungen zufolge sind die Verbündeten einem entsprechenden Abkommen nahe. Doch AP zufolge zieht es die Reagan-Administration vor, die Einzelheiten dieses Komplotts geheimzuhalten...

Amerikaner und Israelis hätten wohl über ihre Länder viel Neues erfahren, würden sie die Sendungen der "Stimme Amerikas" und der "Stimme Israels", die in die Sowjetunion ausgestrahlt werden, hören. Sie würden vernehmen, daß ihr Leben voller Vergnügungen, Überfluß und unbegrenzter Freiheiten ist. Ein Leben, das ebenso fröhlich in den USA und in Israel ist wie es "natürlich" als finster und ärmlich in der Sowjetunion präsentiert wird. Darüber bekunden beide Sender ihre "aufrichtige Besorgnis". Sie machen sich auch "Sorgen", weil die Zahl der aus der UdSSR ausreisenden Juden merklich zurückgeht.

Jeder dieser Sender hat seine Gründe für solche "Sorgen". Israel mit seinen permanenten Aggressionen braucht ja ständig neues Kanonenfutter. Zugleich benötigen die USA ein starkes Israel im Nahen Osten und außerdem den propagandistischen Nutzen. Wollen ja die beiden "Stimmen" jeden aus der UdSSR ausreisenden Juden als jemanden hinstellen, der die "freie Welt" gewählt hat und folglich in der Sowjetunion "gequält" und "verfolgt" wurde. Wenn z. B. ein französischer Jude nicht nach Israel fährt, dann bedeutet dies nur, daß er es nicht will. Wenn hingegen ein Jude aus der UdSSR nicht nach Israel auszuwandern gedenkt, dann natürlich nur, weil man ihn "nicht ausreisen läßt".

Jeder, der nach dem zweiten Weltkrieg die UdSSR verließ, hatte dafür sein Motiv — den Wunsch nach Familienzusammenführung mit im Ausland lebenden Angehörigen.

Ja, und die politische "Freiheit", die "Verfolgung" und die böse "Diskriminierung"? Die in New York in Russisch erscheinende Zeitung "Nowoje russkoje slowo" kommt nach einer unter ehemaligen Sowjetbürgern durchgeführten Umfrage zu dem Schluß: "Paradox, doch keiner von ihnen" (ehemaligen Sowjetbürgern — die Red.) "hat, wie sich herausstellt, an politische Freiheit gedacht."

Zugleich spürten viele, die nach Israel kamen, sehr schnell, was die trockenen Zahlen aus dem Bericht des Nationalen Instituts für Sozialversicherung Israels für sie persönlich bedeuten können.

"Gegenwärtig", heißt es in dem Bericht,

"NEUE ZEIT" 2.85

ZWEI STIMMEN— EIN LIED

Worüber die westliche
Propaganda schweigt

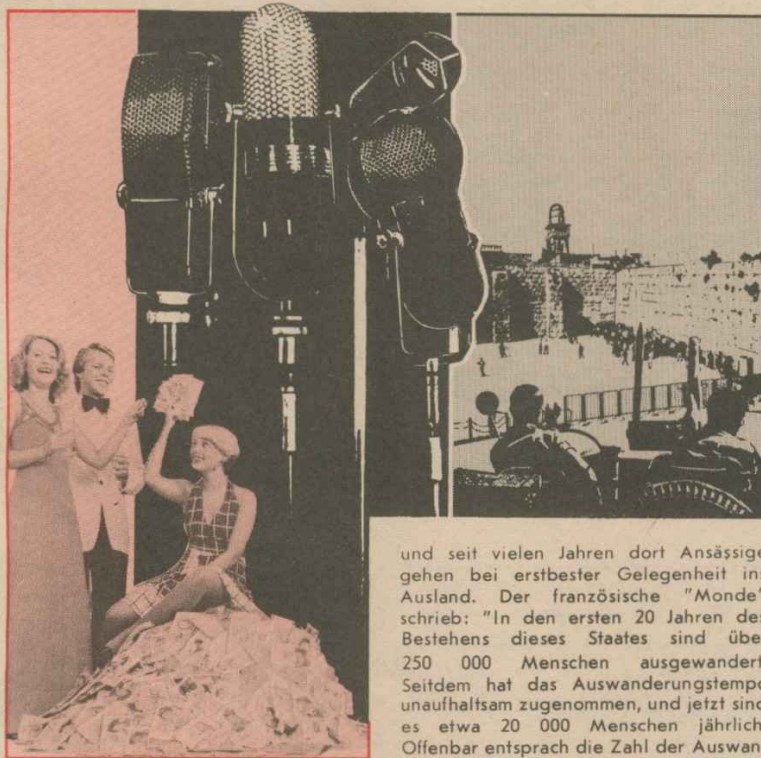
Michail TARATUTA

"leben ca. eine halbe Million Israelis, also jeder achte Einwohner, unter der Armutsgrenze, die für Personen mit einem Monatseinkommen von weniger als 115 Dollar festgelegt wurde. In den letzten sechs Jahren hat sich die Zahl der Armen verdoppelt, und diese Tendenz hält an... Die Inflation aber erreicht 400% bei den welthöchsten Steuern."

Sehr bald schon erfahren die Einwande-

Musterungsstellen, die Menschenmaterial für weitere Aggressionen brauchen. Jene aber, die das Glück hatten, nicht eingezogen zu werden, erwartet eine neue Enttäuschung: Allein schon ihre Herkunft aus sozialistischen Ländern nimmt ihnen — in der Kastenhierarchie Israels — jede Hoffnung auf einen würdigen Platz in der Gesellschaft.

Und viele verlassen Israel. Einwanderer



und seit vielen Jahren dort Ansässige gehen bei erstbesten Gelegenheit ins Ausland. Der französische "Monde" schrieb: "In den ersten 20 Jahren des Bestehens dieses Staates sind über 250 000 Menschen ausgewandert. Seitdem hat das Auswanderungstempo unaufhaltsam zugenommen, und jetzt sind es etwa 20 000 Menschen jährlich. Offenbar entsprach die Zahl der Auswanderer in den letzten Jahren der Zahl der Einwanderer oder überstieg diese sogar. Jeder dritte Auswanderer ist im Lande selbst geboren. Zu denjenigen, die das Land verlassen, gehören Geschäftsleute, Künstler und sogar Staatsbeamte." Meldungen zufolge leben jetzt allein in den USA über 500 000 Menschen mit israelischem Paß. Eben dorthin zieht es meistens (wenn es gelingt) auch ehema-

lige Sowjetbürger, die im "Gelobten Land" gescheitert sind. Was aber erwartet sie in den USA? Die besagte "Nowoje russkoje slowo" schrieb: "Ingenieure müssen sich als Arbeiter verdingen, Milchbärte, die davon geträumt hatten, zu reisen und sich die Welt anzuschauen, verdienen kaum ihren Lebensunterhalt, ehrgeizige Literaten, die sich der Hoffnung auf künstlerischen Ruhm hingaben, erfuhren, daß selbst die 'eigenen' Schriftsteller hier nur selten vom Schreiben leben können. Ja, am schwersten hat es hier die Intelligenz. Am schlimmsten ist nicht die schwere körperliche Arbeit, sondern die Notwendigkeit, sich psychologisch umzustellen, nicht der zu bleiben, der man ist, sich selbst zu verlieren. Bitter ist es, einen ergrauten Dichter zu sehen, der Arbeitslosenunterstützung erhält, oder eine Schriftstellerin, die Pasteten knetet..."

Die Statistik bestätigt es: Von den eingewanderten USA-Bürgern arbeiten nur 1 bis 1,2 Prozent in ihrer Fachrichtung oder zumindest in einem ähnlichen Bereich. Das erste Gefühl, das über die Menschen kommt, ist Verlorenheit. Zynisch wundert sich das "New York Times Magazine" über die "völlige Naivität" ehemaliger Sowjetbürger, die einfach nicht wahrhaben wollen, daß die Straßen in Amerika nicht goldgepflastert und die Matratzen nicht mit Dollarbündeln vollgestopft sind. Aber war es nicht der Regierungssender "Stimme Amerikas", der diesen Menschen in den USA das Paradies auf Erden verhieß?

Wie "Nowoje russkoje slowo" schrieb, beginnen die ehemaligen Sowjetbürger da zu vergleichen: "Ein Einwanderer erinnert sich beim Mietezahlen sehnsüchtig daran, wie billig Wohnung, Gas und Strom in der UdSSR waren. Er seufzt und blättert einen Dollar für eine Metromarke hin — das sind eben keine fünf Kopeken." Ja, das sind nicht fünf Kopeken wie in der Sowjetunion. Übrigens wird der Einwanderer noch wiederholt aufseufzen müssen. So beim Bezahlen der Steuern, die einen Großteil des Verdienstes verschlingen können. Und auch beim Gedanken daran, daß seine Kinder hier, in den USA, wohl kaum Universitätsabschluß bzw. eine andere Hoch- oder Fachschulbildung werden erhalten können. In der UdSSR aber ist das kostenlos. Und bei einer Krankheit, wenn der Einwanderer daran zurückdenkt, daß er in der Sowjetunion weder einen Arztbesuch noch einen Krankenhausaufenthalt oder selbst die komplizierteste Operation hätte bezahlen müssen.

Und was soll der Einwanderer denken, wenn er z. B. erfährt, daß 1983 der Bürgerrechtsvereinigung zufolge 350 Überfälle, Drohungen und Einschüchterungen gegenüber Juden in den USA verzeichnet wurden. Die antisemitischen Aktionen umfaßten bewaffnete Überfälle,

rer im "Gelobten Land" auch, daß die Arbeitslosigkeit, die es in der UdSSR schon seit langem nicht mehr gibt, in Israel doppelt so hoch wie in den USA ist. Die Einwanderer begreifen auch, daß sie, anders als versprochen, von niemandem erwartet werden, der ihnen alle Probleme abnimmt — abgesehen einmal von den

Brandstiftungen sowie die Schändung religiöser Heiligtümer.

Da erst beginnen die einen zu verstehen, was sie eigentlich verloren haben, die anderen aber versuchen erfolglos, ihre Bürgerrechte zu erstreiten. Als aktuelles Beispiel kann der Appell von 34 Ärzten jüdischer Abstammung, die einst aus der UdSSR ausgereist waren, an die US-Bundesbehörden dienen. Sie protestieren offiziell gegen die Diskriminierung, die ihnen die Möglichkeit nimmt, ihren Beruf auszuüben. Die Klage wurde im Namen von 34 Ärzten erhoben, doch ihr wollen sich laut Informationsdienst der "New York Times" auch viele andere Leidensgefährten anschließen, die die UdSSR auf der Suche nach dem "dolce vita" verlassen haben. Wie der Sprecher dieser Gruppe, Arkadi Fischman, berichtete, habe er bei der Arbeitssuche Anfragen an 800 amerikanische Krankenhäuser gerichtet, selbst an solche, die in Alaska liegen. In keinem dieser Krankenhäuser wurde ihm eine Stelle angeboten. Und das, obgleich er alle Zusatzprüfungen in Medizin und Englisch abgelegt hat. Da ist das Los vieler seiner Kollegen. Nachdem man Namen und Schicksale der Einwanderer zur Hetze gegen die Sowjetunion mißbraucht hatte, wurden diese Menschen einfach fallengelassen. Mögen sie vergeblich nicht nur an 800, sondern an 8000 Krankenhäuser schreiben — weder die Propaganda noch erst recht die amerikanischen medizinischen Einrichtungen, die ihre eigenen kommerziellen Interessen verfolgen und die alles tun, um nichtamerikanische Mediziner von der ärztlichen Praxis fernzuhalten, brauchen sie.

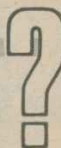
Und da tauchen Briefe wie jener auf, der vor einiger Zeit von einer anderen russischsprachigen Zeitung, "Russkoje slowo", veröffentlicht wurde: "Selbst die reiche russische Sprache hat wohl kaum die Ausdrücke, die die Lage beschreiben können, in der sich jetzt Hunderte von Menschen, die die Sowjetunion verlassen haben, befinden. Arm und unglücklich haben sie den Sinn ihres Lebens verloren, ziehen sie auf der Suche nach einem besseren Los durch die Welt. Doch nachdem, was sie verloren haben, werden sie kaum etwas Besseres finden."

Die Worte dieses Briefes werden auch von Angaben der US-Einwanderungsbehörde bestätigt: 28 Prozent der Auswanderer aus der UdSSR akzeptieren von Anbeginn ihres Aufenthalts in den USA dieses Land nicht.

"Mich bedrückte immer mehr, daß ich hier so überflüssig war", klagte die ehemalige Sowjetbürgerin Zilja Gurewitsch. "Ich wurde von niemandem gebraucht. Ich fühlte mich heimatlos und verloren. Ist doch die Heimat alles, was dich umgibt: die Stadt, die Häuser, die Verkäuferin aus dem Geschäft, die dir in deiner Muttersprache antwortet, die Arbeit und das Bewußtsein, gebraucht zu werden. Hier aber bedeutet das Wort 'Heimat' Nostalgie nach jener fernen, so gewohnten und vertrauten Welt, bedeutet tiefen Schmerz..."

Viele ehemalige Sowjetbürger schreiben solche Briefe "nach Hause", an in der Sowjetunion zurückgebliebene Verwandte, schütten ihr Herz aus. Sie schreiben an sowjetische Zeitungen, um von ihrer Tragödie zu berichten, damit andere nicht die gleichen Fehler machen. Kein Wunder, daß von Jahr zu Jahr die auch ohnehin relativ geringe Zahl von Menschen, die die UdSSR verlassen wollen, weiter zurückgeht. Viele aber, die bereits einen Ausreiseantrag gestellt hatten, zogen ihn wieder zurück...

Vor 500 Jahren konstatierte Machiavelli, Politik habe mit Moral nichts zu tun. Seitdem hat sich vieles in unserer Welt geändert. Doch den in die UdSSR ausgestrahlten Rundfunksendungen aus den USA und Israel zufolge ist Moral offenbar bis heute nicht Bestandteil der Politik dieser Staaten geworden. Ginge das überhaupt? Müßte ja sonst die "Stimme Israels" ihren Hörern von den 800% Inflation, den höchsten Steuern in der Welt und von der Aussicht für jeden Einwanderer berichten, bei den Besatzungstruppen irgendwo in Libanon zu landen, und die "Stimme Amerikas" dürfte die antisemitische Gewalt in den USA und die Armut der weitaus meisten Einwanderer nicht verschweigen. Und so singen beide "Stimmen" das gleiche Lied — das Lied der Lüge, der Verleumdung und des Betrugs. ■



Vor kurzer Zeit fiel mir der Name "Heritage Foundation" auf. Es soll hierbei um eine Organisation gehen, die die USA auffordert, ihr Mitwirken an der Erarbeitung des Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffen abzusagen. Was für eine Organisation ist es! Wie wirkt sie auf die US-Administration ein!

Alexander
PROCHOROW
Moskau

Die 1973 ins Leben gerufene "Heritage Foundation" (Erbschaftsfonds) erläßt eine Gruppe von Wissenschaftlern, Politikern und Staatsmännern. Seit ihrem Bestehen ist sie zu einer Art "akademische Lobby" im Dienst der Reaktion geworden, um sowohl die Öffentlichkeit als auch die regierenden Kreise der USA zu beeinflussen. Die aus Spenden rechts eingestellter Mäzene und einiger zionistischer Gesellschaften und Organisationen finanzierte und von diesen beanspruchte "Heritage Foundation" war bei der Ausarbeitung des Programms der Republikaner für den Wahlkampf 1980 maßgebend beteiligt. Nach Reagans Machtantritt übernahmen Mitarbeiter der "Heritage Foundation", deren Tätigkeit der US-Präsident und ein Kuratorium in gemeinsame Regie bekamen, verantwortungsvolle Ämter in Regierung und Kongreß.

Derzeit präsentiert sich die "Heritage Foundation" als Gehirntrust des rechten Flügels der Regierungspartei.

In ihren jüngsten Empfehlungen fordert die "Heritage Foundation" das Weiße Haus unverhohlen auf, das Wettrüsten auch weiterhin voranzutreiben und die Produktion von Kernmitteln und C-Waffen äußerst zu steigern. Sie verlangt ferner, den Prozeß der Kontrolle über alle Arten von Rüstungen völlig zu blockieren und den durch die UdSSR und die USA 1972 signierten Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme nicht anzuerkennen.

Nach Auffassung der "Heritage Foundation" habe Washington in der laufenden vierjährigen Amtsperiode Präsident Reagan eine Politik weiterhin intensiv zu betreiben, die faktisch als die Politik des Staatsterrorismus und der Piraterie in Weltmaßstab bezeichnet werden kann.

AN UNSERE LESER

Abonnieren Sie die Moskauer Hefte für Politik "Neue Zeit". Sie erscheinen russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch.

Bestellen Sie die "Neue Zeit" bei Buchhandlungen, Vertriebsorganisationen und Firmen, die sowjetische Publikationen führen und mit der Außenhandelsvereinigung "Meshdunarodnaja kniga" in Verbindung stehen.

Die Kritik mancher westeuropäischer Pazifisten an den Regierungen sowohl der USA als auch der Sowjetunion erscheint mir völlig logisch. Beide Supermächte sind in gleichem Maße für den nuklearen Rüstungswettlauf in Europa verantwortlich. 40 Jahre schon, seit dem letzten Krieg, halten sie faktisch den Kontinent besetzt.

Claudio MATINELLI
Perugia, Italien



Es diskutiert

NZ-Kommentatorin

Galina

SIDOROWA

Versuchen wir einmal gemeinsam zu klären, was Ihnen "völlig logisch" erscheint, Signore Matinelli. Doch zu Beginn ein geschichtlicher Exkurs.

1948. In Europa treffen die ersten atombombenbestückten US-Flugzeuge ein.

1953. Die USA stationieren die ersten Atomgranaten in Westeuropa.

1958. Washington stellt in Europa die ersten Nuklearraketen auf. Die Raketen (Thor und Jupiter) sind auf 105 Objekte in den sozialistischen Ländern Osteuropas und im Westteil der UdSSR gerichtet.

Sollten wir da einfach abwarten und die Kriegsvorbereitungen ignorieren? Eben diese Haltung einzunehmen, forderten von unserem Land einige meiner Gesprächspartner auf dem dritten Konvent der Bewegung für europäische nukleare Abrüstung (END), der im Sommer v.J. in Ihrer Stadt durchgeführt wurde. Eine "Forderung", die ebenso naiv wie verantwortungslos ist. Hätte ja eine derartige Passivität der UdSSR nicht nur jenen im Westen Auftrieb gegeben, die sich nur zu gern über einen dritten Weltkrieg und die Möglichkeit, ihn zu gewinnen, auslassen, sondern auch eine reale Gefahr für alle, einschließlich der Westeuropäer, geschaffen. Ein Nuklearkrieg würde niemanden verschonen.

Es war nicht die Sowjetunion, die mit dem nuklearen Rüstungswettlauf begann. Nicht sie ist für dessen Eskalation verantwortlich. Sie mußte aber auf die Bedrohung reagieren — um der eigenen Sicherheit und der ihrer Freunde willen. Doch die Sowjetunion bemühte sich jahrzehntelang um Entspannung auf dem Kontinent. Was aber bekamen wir zur Antwort?

1949, während die UdSSR die Nachkriegsdemobilisierung von 8,5 Millionen Militärangehörigen abschließt, bil-

den die USA zusammen mit ihren Verbündeten die NATO. Als Gegengewicht wird 1955 der Warschauer Vertrag gegründet. Sein Artikel 11 lautet übrigens: Diese Organisation wird unnötig, sobald ein System der kollektiven Sicherheit in Europa geschaffen sein wird.

Der antikommunistische Lügenschleier hindert nicht nur Sie daran, die politischen Realitäten zu erkennen. Selbst unter führenden Vertretern der westeuropäischen Pazifisten kann man Leute treffen, die meinen, das Wichtigste im Kampf für die Sicherung des Friedens sei es, Europa von den "Besatzern" zu befreien. Sie meinen damit, wie sie erläutern, den Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium der europäischen Staaten und die Auflösung der Blöcke. Interessanterweise folgt in der Regel der Vorbehalt, Westeuropa sei "von Freunden besetzt", den sozialistischen Staaten Osteuropas aber sei die "Besatzung aufgezwungen" worden (obgleich die Truppen dort laut entsprechenden Abkommen stationiert sind).

Leider haben die Anhänger solcher Ansichten vergessen, daß Europa gerade den sowjetischen Soldaten die Befreiung vom Faschismus verdankt. Es war die Sowjetunion, die 20 Millionen ihrer Söhne und Töchter dafür geopfert hat, daß wir — Russen, Italiener, Holländer und Franzosen — uns heute eines Lebens in Frieden erfreuen können. Und Vorsicht: Die Logik der Äußerungen über eine "Besatzung" führt unweigerlich zu der Forderung nach Revision der Nachkriegsordnung auf dem Kontinent und zu den berüchtigten Aufrufen, "Europa vom Kommunismus zu befreien". Eben dafür setzte sich bekanntlich ein gewisser Zbigniew Brzezinski ein — und mit ihm zusammen viele andere US-Spitzenpolitiker, die gleichzeitig die europäischen Nukleararsenale auffüllen ließen. Nur bedauerlich, daß sich auch einige Vertreter der Friedensbewegung in diese antikommunistische Kampagne haben hineinziehen lassen.

Was hingegen den Aufruf nach Auflösung der Blöcke angeht, so wurde diese Idee erstmals von der Sowjetunion vorgebracht und von ihr nie von der Tagesordnung zurückgezogen. Nur müssen anfangs die Voraussetzungen für eine solche Auflösung geschaffen werden.

Übrigens trägt die UdSSR mit allen ihren Initiativen dazu bei, diese Voraussetzungen zu schaffen. Erinnern wir uns nur an 1982. Wir beschlossen einen Abbau der Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen sowie ein Moratorium für die Aufstellung von Waffen dieses Typs. Die USA antworteten darauf mit neuen Raketen.

Wissen Sie, Signore Matinelli, was mich auf dem Konvent in Perugia wunderte? Keineswegs die "in gleicher Weise" gegen Moskau und Washington gerichtete Kritik und das Gerede von "gleicher Verantwortung", sondern der scharfe antisowjetische Ton einiger Äußerungen, während über die Gefahren der US-Politik mit wohlwollendem Schweigen hinweggegangen wurde. Das dürfte wohl seine Gründe haben. Die führenden Vertreter der NATO-Länder und ihrer Geheimdienste haben ja einen wahren Krieg gegen die Friedensanhänger entfesselt. Zum Einsatz kommen Knüppel und Handschellen, doch nicht nur... In die Friedensbewegung werden Provokateure eingeschleust, sie soll von innen gesprengt und der Geist des kalten Krieges in sie hineingetragen werden. Einige Führer der END lassen sich aber nolens volens von diesen Kräften dirigieren, wenn sie sich dafür aussprechen, die Friedensbewegung in eine "westliche", d.h. "gute", und eine "östliche", d.h. "böse" zu teilen, wobei die eigentlichen Ziele der Friedensbewegung geschickt durch andere ersetzt werden. Statt Friedenskampf wird Kampf für die Aktivierung einer "politischen Opposition" in den sozialistischen Ländern offeriert. Nicht von ungefähr kommt der Rummel um die Teilnahme diverser Emigrantengruppen, die in der Regel dem Friedenskampf fernstehen und ihre eigenen politischen Ziele verfolgen, an Aktionen westeuropäischer Pazifisten. Im Grunde sollen Sie und Ihre Freunde zum blinden Werkzeug im schmutzigen Kampf gegen den Sozialismus gemacht werden. Sind die westeuropäischen Friedensanhänger etwa daran interessiert?

Auch die Diskussion über die "gleiche Verantwortung" dient keineswegs der Festigung der Friedensbewegung. In Wirklichkeit soll sie nur die Verantwortungslosigkeit gewisser Politiker der Friedensbewegung verbergen, die die Frage vertuschen wollen, welche Seite konkrete Abrüstungsschritte unternimmt und welche es bislang bei schönen Worten bewenden ließ. Eine solche Verantwortungslosigkeit kann uns alle teuer zu stehen kommen. Desorientiert sie ja die Friedensanhänger in ihrem Kampf gegen die wahre Quelle der Nuklearraketengefahr — die aggressive Politik der USA und der NATO.

Den kürzeren gezogen

Die Hindernisse, die Washington dem Handel mit den sozialistischen Ländern bereitet, schädigen die Wirtschaft der USA beträchtlich. Das stand in der "Newsweek" (USA) zu lesen und dazu Worte eines Vertreters der General Electric, des Vizevorsitzenden der industriellen Koalition für Technologietransfer, McKelvain, es gebe kein US-Monopol auf den Know-how-Verkauf. Strikte Restriktionen seien eine wahre Himmelsgabe für die Konkurrenz im Ausland, die amerikanischen Firmen würden dadurch wahrscheinlich aber um Milliarden Dollar geschädigt.

Gruß ins Jenseits



Einwohnerinnen von Erlangen schrieben an die US-Botschaft in Bonn und verlangten, daß die lärmenden Flugzeuge der US-Luftwaffe nicht mehr ihre Häuser überfliegen. Sie zitierten die 1914 verstorbene bekannte österreichische Pazifistin, Trägerin eines Nobel-Friedenspreises, Bertha von Suttner. Der Luftwaffenattache der Botschaft, Oberst Charles Aiello, empfahl den Damen in seinem Antwortschreiben, den Lärm der Flugzeuge als "Symbol der Sicherheit und des Friedens" aufzufassen. Mit folgendem Satz wandte er sich

an Frau von Suttner persönlich: "Zögern Sie bitte nicht, mir zu schreiben, falls ich noch weiterhin behilflich sein kann."

Bandit bleibt Bandit

Ein vor die US-Präsidentenkommission für organisierte Kriminalität zitierter Zeuge hat bestätigt, daß Nguyen Cao Ky, Ex-Ministerpräsident der Marionettenregierung Südvietnams, der vor dem Volkszorn unter die Fittiche seiner amerikanischen Beschützer floh, ein ganzes Bandensystem leitet. Die Banden brechen ein, erpressen und treiben Rauschgifthandel. Kys 15 Gehilfen, größtenteils auch Ex-Generale aus Südvietnam, führen Banden mit rund 1000 Mitgliedern an. Der Associated Press zufolge sind sie in 13 US-Bundesstaaten besonders rührig.

Sinniges Angebinde



Der "Toronto Star" (Kanada) berichtet: Enttäuscht über die Ablehnung des Weißen Hauses, energische Maßnahmen gegen den sauren Regen zu treffen, der die Natur zugrunde richtet, hat ein Vertreter der gesetzgebenden Versammlung des Staates New York, Maurice Hinchey, Reagan eine Gallonenflasche Regenwasser aus den Adi-

rondacks und dazu einen Fichtensetzling geschickt und ihn aufgefordert, den Setzling einzupflanzen und mit dem sauren Wasser zu begießen, dann werde er sehen, daß die Fichte eingeeht.

Wenigstens im Fernsehen



Die "Hamburger Morgenpost" berichtet, den größten Erfolg im bundesdeutschen Fernsehen, einen viel größeren als sämtliche Fernsehserien aus den USA, habe das TV-Programm "Unser schöner Wald soll leben". Es wird von 14 Millionen Bundesbürgern gesehen, nach Ansicht der Zeitung, weil in der BRD ein Waldsterben im Gange ist.

Aus Taktgefühl

Bei der horrenden Arbeitslosigkeit in Großbritannien finden sich Engländer, die die Arbeit freiwillig aufgeben. Meistens sind es Frauen von Arbeitslosen. Wie der Nationalrat für Eheempfehlungen in einem Bericht hervorhebt, kündigen diese Frauen trotz der großen Not, um ihren Männern ein noch größeres Minderwertigkeitsgefühl zu ersparen.

Können Sie lesen?

Das hört man oft in den hochentwickelten USA, und kein Wunder. Dem "Christian Science Monitor" zufolge können dort 74 Millionen Erwachsene nur notdürftig oder gar nicht lesen und schreiben. Unter den Angehörigen der nationalen Minderheiten ist das Analphabetentum besonders verbreitet.

Na klar!

Die Vereinigte Labour-Partei Grenadas, eine von Eric Gairy geleitete Marionettenpartei, hat vor Washington wieder einmal einen Kotau gemacht. Laut "Guardian" (Großbritannien) haben Repräsentanten dieser Partei den Wunsch geäußert, den neuen Flughafen nach Präsident Reagan zu benennen, wahrscheinlich im Gedenken an die Rolle, die die US-Luftwaffe bei der schändlichen Aggression gegen Grenada gespielt hat.

Schwachsinnrekord



Die Amerikanerin Cassandra Williams hat ihre neugeborene Tochter, wie der belgische "Soir" schreibt, auf einen Namen getauft, der aus 1019 Anfangsbuchstaben der Namen von Verwandten, Städten, Ländern und Automarken besteht. Sie selbst kann ihn nicht aussprechen, dafür ist die ehrgeizige Dame aber ins Rekordbuch von Guinness aufgenommen worden. Der "Soir" nennt ihre Tat den Schwachsinnrekord.

Noch ein Rekord

Französische Zollbeamten in einem in Marseille angekommenen Behälter 10 t Haschisch, eine Art Rekord für solchen Schmuggel. Die Rauschgiftpartie wird von der France Presse auf 20 Mio Dollar geschätzt.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

AEROFLOT OFFERiert

eine neue internationale Flugroute

MOSKAU-WIEN-TRIPOLIS-LAGOS-LOME



Auf der Linie verkehren komfortable
TU-154-Maschinen.

In 9 Stunden und 30 Minuten werden 7500 km
zurückgelegt.

Die Flugzeuge verkehren am ersten Freitag
jedes Monats.

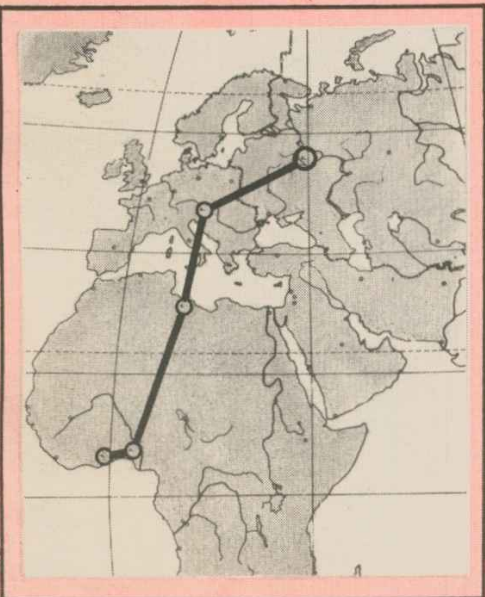
Näheres bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

GUTE REISE!

Flugplan

SU 421 TU 154 Freitag	Flughafen	SU 422 TU 154 Sonnabend
12.30 ab	Moskau	an 16.30
13.20 an	Wien	ab 11.55
14.20 ab		an 10.55
17.10 an	Tripolis	ab 8.05
18.35 ab		an 6.45
22.55 an	Lagos	—
0.10 ab		
0.10 an	Lome	ab 1.10
Sonnabend	Flughafen	Sonnabend

(Ortszeit)



АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB

„Im Objektiv: PLANET ERDE“

Die Jury hat die zum Wettbewerb eingesandten Arbeiten begutachtet (die besten waren im Laufe des Jahres 1984 veröffentlicht).

ERSTER PREIS (eine einwöchige Reise in die UdSSR):

Iwan GRIGOROW (Bulgarien).

ZWEITER PREIS:

Manfred SCHOLZ (BRD),

Valentin ROGATSCHOW (UdSSR).

DRITTER PREIS:

K. Chandrapal SINGH (Indien),

Wsewolod SSORIN (UdSSR).

TROSTPREISE:

Hella HÄBER (DDR),

Ivan LUŽAK (ČSSR),

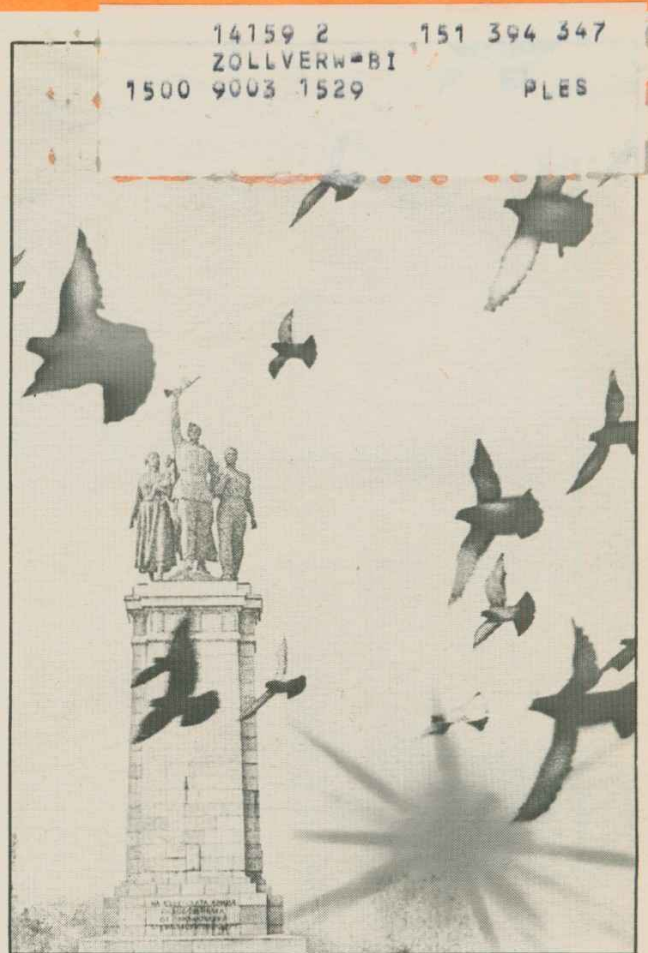
Antonio LOPEZ MATOS (Kuba),

Josep Lluís PALOMO i VIDAL (Spanien).

Wir gratulieren den Siegern, danken den Teilnehmern am Wettbewerb und fordern alle, die es wünschen, ob Amateure oder Berufsfotografen, auf, am Fotowettbewerb 1985 teilzunehmen. Das Thema bleibt dasselbe: das Tagewerk, die Lebensweise, die Freuden und Kümernisse von Menschen und Völkern.

Zugelassen sind sowohl Einzelfotos als auch Bildreportagen und -berichte in schwarzweiß und im Mindestformat von 13×18 cm. Als Beilage kurze Erläuterungen und Angaben über den Hersteller (voller Name, Anschrift).

Ihre Einsendungen richten Sie bitte an: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja ploščad', Redaktion der „Neuen Zeit“. Bitte vermerken Sie auf dem Umschlag „Fotowettbewerb“.



Iwan GRIGOROW:
Denkmal für die sowjetischen
Befreier



Valentin ROGATSCHOW:
Kamtschatka, Juli-Schmidt-Gletscher



Manfred SCHOLZ: Nein zu den amerikanischen Raketen!